

Wöchentlich 65 Pf., monatlich 3,50 M., im voraus zahlbar. Vollbezug 4,22 M., einschließlich 60 Pf. Postgebühren und 72 Pf. Postbestellgebühren. Auslandsendenement 4.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Feiertags einmal. Die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Voll und Zeit“ und „Kinderfreund“, Ferner: „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Jugend“, „Bild in die Zukunft“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Kampfbroschüre 80 Pfennig. Restanteile 4.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das jeweilige Wort 25 Pfennig (zwei bis vier getragene Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellenangebote das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsnachhilfe 50 Pfennig. Familienangelegenheiten 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäftsbüro Lindenstraße 2, wachsende bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292—297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37536. — Dankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3.

Trauer um Stresemann.

Deutschland und die Welt ehren den toten Friedenskämpfer. Staatsbegräbnis am Sonntag.

Gustav Stresemann liegt auf der Bahre, eine tiefe Bewegung geht durch Deutschland und die ganze Welt. Fremde Staatsmänner brechen ihren Urlaub ab und geben in Ausdrücken, die weit entfernt sind von leeren Formeln der Höflichkeit, Kunde von ihrer Trauer und Bestürzung. Die Kränze, die sich auf dem Sarg des toten Staatsmannes häufen, sind eine Ehrung nicht nur für ihn, sondern für das deutsche Volk, das ihn emporhob und mit seinem Vertrauen trug, für die Deutsche Republik, ohne die er, der Sohn kleiner Bürgerleute, nie hätte werden können, was er geworden ist.

Die ausländische Presse, ohne Unterschied der Partei, schließt sich dieser allgemeinen Huldigung an. Die Freunde der Verständigung preisen den Toten als ihren wertvollsten und erfolgreichsten Bundesgenossen, ihre Gegner finden erst recht, daß Stresemann Ungeheures für Deutschland geleistet hat. Denn nach ihrer Auffassung hat ja seine Politik nicht echten Friedenszielen, sondern nur den deutschen Interessen gedient. Sie sind der Meinung, daß die Staatsmänner ihres Landes einem erfolgreichen Gegenspieler, der nur an sein Land dachte, unterlegen seien.

Aber — welche Wunder verbringt der Tod! — selbst unsere deutsche Rechtsprelle kann sich aus diesem allgemeinen Chor trauernder Verehrung nicht ganz ausschließen. Die Kritik, die sie, wie es ihr gutes Recht ist, an dem politischen Wirken des Verstorbenen übt, zeichnet sich durch ungewohnte Sachlichkeit aus. Selbst die „Kreuzzeitung“ spricht von „der hohen Pflichtauffassung des hingeshiedenen Ministers“, der „in den Sielen gestorben“ ist. Selbst die „Deutsche Tageszeitung“ rühmt „den Ernst und den nationalen Grundton seiner politischen Lebensarbeit“ und sie findet „die Tragik dieses plötzlichen Todes in etwas gemildert, da es Stresemann vergönnt war, am Schluß seiner Laufbahn wenigstens das eine Ziel, auf das seine Arbeit gerichtet war, die Rheinlandräumung, in greifbare Nähe gerückt zu sehen“. Selbst der „Total-Anzeiger“ nennt Stresemann einen „glühenden Deutschen“ und: „Niemand hat je stärker, leidenschaftlicher, wirksamer die Bedeutung der Idee, des kategorischen Imperativs und der sittlichen Forderung auch in der Politik verfochten, als der lodernde Redner Gustav Stresemann.“ Ja, selbst die „Nachtausgabe“ sagt von ihm:

Der deutsche Außenminister wollte in den letzten zwei Jahren ganz bewußt die Politik vor die Wirtschaft stellen. Er wollte als erstes die Räumung der Rheinlande und dann den Kampf um die Freiheit der deutschen Wirtschaft und den Kampf um die freie Regelung im Wiederaufbau. Ob diese Politik richtig war oder nicht, das noch einmal ausführlich darzulegen, dazu ist jetzt nicht die Stunde.

Die Geschichte wird einmal feststellen, wieviel vom Wiederaufstieg Deutschlands auf Dr. Stresemann fällt, wieviel an Hemmungen für den deutschen Aufstieg auf die Fehler der Außenpolitik Dr. Stresemanns zu rechnen sind und wieviel auf das Konto des Schicksals zu sehen ist, das den Mann abberief, als er den Schlüsselstein in das Gewölbe seines eigenen Baues legen wollte.

Man könnte solche Regungen menschlicher Besinnung nur dann als echt nehmen, wenn man vergessen könnte, was noch gestern gewesen ist und was noch heute nebenherläuft. Ein Mann, von dem man nach seinem Tode so sprechen muß, hat auch als Lebender das Recht, nicht beschimpft, verleumdete und geheißt zu werden. Wer aber das an ihm getan hat, der soll entweder vom Sarge wegstehen oder auch vor ihm den Mut seiner Besinnung haben. Es geht schlecht an, den Idealismus, die sittliche Kraft, den nationalen Willen eines Verstorbenen zu preisen, gegen den man soeben erst die entehrende Zuchthausstrafe wegen angeblichen Landesverrats beantragt hat.

Man verlangt vom deutschen Volk, daß es durch Annahme eines sogenannten „Volksbegehrens“ diesem Antrag zustimmen, daß es dem Verstorbenen zum Dant für all

das, was er selbst nach dem Urteil seiner Gegner gemessen ist, die moralische Achtung ins Grab nachschicken soll.

Sie ist an ein Volk ein schimpflicheres Ansehen gestellt worden!

„Partei der anständigen Menschen“. Severings Nachruf auf Stresemann.

Der Reichsrat begann seine Donnerstagssitzung mit einer Trauerkundgebung für den verstorbenen Reichsaußenminister Dr. Stresemann.

Reichsinnenminister Severing eröffnete die Sitzung und führte aus: „Ueber Ihren heutigen Beratungen liegt wie ein tiefer Schatten die Trauernachricht vom Tode des deutschen Außenministers Dr. Stresemann. Wer wie Sie den Vorzug hatte, in den letzten Jahren mit ihm amtlich oder gesellschaftlich zu verkehren, der wird erfahren haben, daß er wirklich täglich sich sein Leben erobern mußte. Der mußte aber auch, daß jede Freude, jeder kleine Erfolg im politischen Leben Deutschlands, besonders in der Außenpolitik geeignet war, seinen Lebenswillen, seine Willenskraft zu stärken. Und es hat in den letzten Monaten einige solcher Lichtblicke, einige Erfolge in der deutschen Politik gegeben. Darum konnten wir hoffen, daß er es erleben würde, eine Etappe auf dem Wege zur deutschen Freiheit mit einem vollen Erfolge getront zu sehen.“

Um so erschütternder trifft uns die Nachricht von seinem plötzlichen Tode. Ich hatte den Vorzug, vor 22 Jahren mit ihm in den Reichstag einzuziehen und mit ihm eine Kriege der Junioren zu bilden. Ich habe deshalb keinen Kampf als Parlamentarier und Staatsmann seit Jahrzehnten aus nächster Nähe beobachtet. Er war, da unterstreiche ich das Wort des Herrn Reichskanzlers, ein Kämpfer in des Wortes wahrster Bedeutung. Er wich dem Kampf nicht aus. Er liebte den Kampf. Aber so oft er auch die Ringe mit dem politischen Gegner kreuzte, diese Ringe blieb blank. Nie ist sie vergiftet worden mit einer persönlichen Herabsetzung, mit persönlicher Verleumdung. Das ist ihm in der Zeit seines politischen Wirkens nicht immer vergönnt worden, so daß er es war, der einmal, als die deutsche Untugend, die Zwittertracht, die Herabsetzung des politischen Gegners hohe Wellen schlug, zur Bildung einer Partei der anständigen Menschen aufgefordert hat.

Welche Folgen sein Tod im innerpolitischen Leben Deutschlands haben wird, ist heute noch eine offene Frage. Aber lassen Sie mich auch an dieser Stelle die Hoffnung aussprechen, daß es gelingen wird, über seinem Grabe den Bund der anständigen Menschen zu schließen, eine Partei der anständigen Menschen zu gründen, die nicht in organisatorische Formen geschlossen zu werden braucht, sondern die nur von dem einen Willen befeuert sein soll, den politischen Kampf mit anständigen Waffen zu führen.

Was der Verstorbene seiner Familie gewesen ist und was die Familie in Zukunft vermissen wird, können wir nur ahnen. Aber wir wissen folgendes: seine Partei hat in ihm den klugen Führer, das Parlament den schlagfertigen Debattier, den glänzenden Redner, die Deutsche Reichsregierung den hervorragenden Staatsmann und das deutsche Volk endlich den glühenden Patrioten verloren. In einer norwegischen Ballade, die schon allgemein in den Vaderschlag deutscher Sänger aufgenommen ist, heißt es: „Das Banner kann stehen, wenn der Mann auch fällt!“ Es ist ein Mann gefallen. Aber das Banner wird stehen. Das Banner deutschen Rechts und des Weltgewissens.“

Staatssekretär Dr. Weismann schloß sich im Namen der Länderregierungen den ehrenden Worten an, die Minister Severing dem Gedächtnis Stresemanns gewidmet hatte.

Staatsbegräbnis am Sonntag. Trauerfeier der Reichsregierung.

Zunächst wird mitgeteilt: Aus Anlaß des Hinscheidens des Reichsaußenministers Dr. Stresemann trat Donnerstag nachmittag das Reichskabinett unter dem Vorsitz des Herrn Reichskanzlers zu einer Trauerfeier zusammen. Der Reichskanzler gedachte hierbei erneut in warmempfundener Worten des Dahingeshiedenen und würdigte sein Wirken für Reich und Volk. Staatssekretär von Schubert gab der tiefen Trauer Ausdruck, die das Auswärtige Amt und seine Beamtenschaft über den Verlust ihres unübertrefflichen Chefs empfand. Im Anschluß hieran beschloß das Reichskabinett auf Antrag des

Reichsinnenministers das Staatsbegräbnis, das im Einvernehmen mit der Familie am Sonntag vormittag stattfinden wird.

Die Leiche des Reichsaußenministers Dr. Stresemann wird am Sonntag feierlich im Reichstag aufgebahrt werden. Zur Totenparade wird voraussichtlich eine Kompanie der Reichswehr kommandiert werden. Die Trauerrede wird Reichskanzler Herrmann Müller halten. Nach der Trauerfeier im Plenarsitzungssaal des Reichstags wird der Sarg durch das Hauptportal auf die große Freitreppe getragen werden. Von hier aus führt schließlich der Trauerzug in Bewegung.

Die Beisetzung auf dem Friedhof in der Bergmannstraße, an der Hasenheide, soll nur im Beisein der aller nächsten Familienmitglieder erfolgen.

Weitere Meldungen siehe auch zweite Seite.)

Angriff abgeschlagen!

Der Ausgang des Kampfes um die Arbeitslosenversicherung Von S. Aufhäuser.

Das äußere politische Bild, das der Reichstag in seiner entscheidenden Sitzung am 3. Oktober bei der Endabstimmung über die Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz geboten hat, ist das deutlichste Zeichen für den Erfolg, den die Sozialdemokratie in ihrem langwierigen und harten Kampf gegen den von der Sozialreaktion gewollten Abbau der Versicherungsleistungen erzielt hat. Der Kampf war um so schwieriger, als er nicht nur mit den Oppositionsparteien der Deutschnationalen und der Kommunisten auszufechten war, sondern auch innerhalb der Regierungsparteien wiederholt zur denkbar schärfsten politischen Zuspitzung führte.

Die Gefahr einer Regierungskrise tauchte zuerst am 15. August auf, als der sozialdemokratische Arbeitsminister von volksparteilicher Seite gezwungen werden sollte, eine Regierungsvorlage zu unterbreiten, die den unsozialen Wünschen der Mehrheit des Sachverständigenausschusses entsprachen hätte. Damals bestand noch die Wahrscheinlichkeit, daß die sozialdemokratischen Mitglieder des Kabinetts zum Rücktritt genötigt sein könnten, wenn die Regierungsvorlage inhaltlich den Abbauvorschlügen der Deutschen Volkspartei angepaßt würde. Am Schluß der parlamentarischen Entscheidung hatte sich in den ersten Oktobertagen die politische Situation in das Gegenteil verkehrt. Das nunmehr verabschiedete Gesetz war für die Deutsche Volkspartei unannehmbar geworden, während es unter vollster Verantwortung der Sozialdemokratie von allen grundsätzlichen Verschlechterungen befreit worden ist.

In die Zwischenzeit fällt jener Kleinrieg, der das Abbauprogramm der Gegenseite Stück um Stück zerfallen hat. Die allgemeine Verlängerung der Parteizeit für alle Ledigen auf zwei Wochen ist abgemehrt. Die Anrechnung der Versorgungsgebühren der Kriegsbekämpften auf die Arbeitslosenunterstützung ist verhindert worden.

Der Angriff auf die Sozialrentner, ihre Rentenbezüge voll zur Anrechnung zu bringen, ist soweit zurückgeschlagen, daß eine Freigrenze von 30 M. monatlich in das Gesetz aufgenommen werden konnte; ein sozialdemokratischer Teilerfolg, den sogar die Kommunisten anerkennen mußten, indem sie trotz aller parteipolitischen Hemmungen für den sozialdemokratischen Antrag stimmten.

Vor allem aber ist von den wichtigsten gegnerischen Anträgen auf Kürzung der Regelunterstützungssätze für Arbeitslose mit weniger als 52 Wochen in dem neuen Gesetz nichts übrig geblieben. Jene Anträge, die insbesondere auch die Deutsche Volkspartei nach im Plenum am 1. Oktober mit der denkbar schärfsten politischen Willensertklärung und einer unerhört scharfmacherischen Begründung durch den Bergasseffor Dr. Hueck legitimiert eingebracht hatte, zeigen am besten die Ergebnisse des sozialdemokratischen Etappenkampfes. Jene Kürzungsanträge sollten ursprünglich nach den Beschlüssen der Sachverständigenmehrheit erster Lesung rund 154 Millionen Mark Ersparnis bringen. In der zweiten Lesung des Sachverständigenausschusses waren es nur noch 80 Millionen Mark. Im Verlaufe der interfraktionellen Verhandlungen hatte man der Sozialdemokratie neue Vorschläge

Beileidsfundgebungen.

Hingerafft vor der Ernte.

Der Reichszugler an Frau Dr. Stresemann.

Reichszugler Müller richtete zugleich im Namen der Reichsregierung an die Gattin des verstorbenen Reichsaußenministers ein Schreiben, in dem es heißt:

„Als ich gestern vormittag bei ihm weilte, da ahnte keiner von uns beiden, daß seinem verdienstvollen Wirken nach wenigen Stunden ein Ziel gesetzt werden sollte, und als er gestern in den Nachmittagsstunden sich seinen Parteifreunden zeigte, um politische Schwierigkeiten auszuräumen, da war es niemandem bewußt, daß der große Führer zum letzten Male in diesem Kreise gesprochen hätte. Eine tiefe Tragik liegt darin, daß der unerlöste Tod seinem Schaffen gerade jetzt ein Ziel setzte, nachdem er in einem sechsjährigen Kampfe um die deutsche Außenpolitik im Begriffe stand, die wertvollsten Früchte seiner Arbeit zu ernten und für das deutsche Volk die letzten Hemmnisse aus dem Wege zu räumen und die letzten Ueberbleibsel aus dem Kriege zu beseitigen. Für Sie, sehr verehrte gnädige Frau, sowie für Ihre Angehörigen, möge ein Trost in Ihrem tiefen Leid die Bewußtheit bedeuten, daß um den so unerwartet Verstorbenen nicht nur seine Familie, sondern auch die große Mehrheit des deutschen Volkes aufrichtig trauert.“

Aufrichtiges Beileid in Frankreich.

Paris, 3. Oktober. (Eigenbericht.)

Der Tod Stresemanns hat in Paris sowohl in politischen Kreisen als auch in der Öffentlichkeit tiefste Bestürzung hervorgerufen. Vor den großen Zeitungsredaktionen, die die Todesnachricht am Donnerstag gegen Mittag veröffentlichten, standen stundenlang große Menschenmassen.

In politischen Kreisen beklagt man in Stresemann den Verkämpfer der europäischen Verständigungspolitik, dessen Verlust gerade im gegenwärtigen Augenblick nicht nur für Deutschland, sondern für das ganze pazifistische Europa einen furchtbaren Schlag bedeute. In allen Pressestimmen, auch jener Politiker, die im Gegensatz zu Briand, mit Stresemann durch keine persönlichen Bande verknüpft waren, schwingt neben dem politischen Bedauern eine tiefe persönliche Erleichterung vor dem tragischen Schicksal des Mannes, der „in reifen Jahren noch Mut gehabt hat, seine politische Anschauung von Grund auf zu revidieren und zu ändern, da er eine Wahrheit erkannt hatte, für die er dann mit heroischer Selbsterzeugung Gesundheit und Leben opferte“.

Der französische Ministerpräsident Briand hat offiziell gleich drei Schritte unternommen, um Deutschland sein Mitgefühl auszudrücken. Er sandte ein Telegramm an den französischen Botschafter in Berlin, um durch ihn in der Wilhelmstraße seine Kondolenz übermitteln zu lassen. Gleichzeitig telegraphierte er an Frau Stresemann und begab sich schließlich sofort nachdem ihm die Nachricht telegraphisch übermitteln wurde zum deutschen Geschäftsträger Dr. Rieth. Im Laufe des Tages erschienen in der deutschen Botschaft ferner sämtliche Mitglieder des diplomatischen Korps und die einzelnen Mitglieder der französischen Ministerien oder ihre Vertreter zu Beileidsbesuchen.

Von den Kommentaren der Presse, die in den wärmsten und bemerkenswertesten Worten Stresemann würdigen, sei u. a. das des weitverbreiteten Mittagsblattes „Paris. Midi“ hervorgehoben: „Es ist bekannt — so schreibt das Blatt —, daß der deutsche Außenminister moralisch und körperlich furchtbar unter den ebenso hartnäckigen wie gemeinen Angriffen zu leiden hatte, die gegen ihn seit mehreren Jahren in absolut systematischer Weise in der Hugenberg-Presse gerichtet wurden. Geheimrat Hugenberg, der Drahtzieher dieser Kampagne, hat Stresemann tödlich gehaßt. Tödlich ist der richtige Ausdruck; denn die schändlichen Verheerungsmethoden Hugenbergs haben einen großen Teil der Schuld an der frühen Zerrüttung des Nervensystems Stresemanns und seiner Widerstandsfähigkeit. Hugenberg und seine Freunde können heute triumphieren: Stresemann, der geistige Vater der Locarno-Politik, der große Friedensstifter, der Begründer der deutsch-französischen Annäherung, ist tot.“

Macdonalds Trauer.

New York, 3. Oktober.

In einem Funkpruch von Bord des Dampfers „Berengaria“ widmet Premierminister Macdonald dem verstorbenen Reichsaußenminister Dr. Stresemann folgenden Nachruf: „Ich bin tief betrübt, denn Dr. Stresemann war nicht nur einer jener Männer, von deren Arbeit die friedliche Entwicklung Europas abhing, sondern ich habe ihn in meinen verschiedenen Berührungen mit ihm als Freund und kennen und schätzen gelernt. Sein Andenken ist geliebt, und ich kann nicht glauben, daß die großen Dienste, die er dem Frieden mit Geduld und Überlicht gewidmet hat, jemals rückgängig gemacht werden können. Als ich zum erstenmal mit ihm zusammentraf, war die Lage ernst und ungünstig, aber obwohl er offensichtlich unglücklich war, bewies er, daß er aus festem Holz geschnitten war. Ich glaube, als ich ihn vor einigen Wochen zuletzt sah, daß unser Goodbye unser Farewell sein dürfte. Dennoch war er zufrieden und voller Zuversicht, daß Deutschland dafür sorgen werde, daß seine Arbeit, welche so viel für Deutschland bedeutete, weitergeführt werde, wenn er nicht länger hier ist.“

Das Interesse aller am Frieden.

London, 3. Oktober. (Eigenbericht.)

In einem Nachruf auf Stresemann bemerkt der „Daily Herald“, es wäre vor zehn Jahren denkbar gewesen, daß der Tod eines deutschen Staatsmannes den Politikern der Alliierten zu ähnlichen Tributworten der Bewunderung Anlaß gegeben hätte: Aber das scheinbar Unmögliche ist hier Ereignis geworden. Stresemann war kein Sozialist. Er war in Wirklichkeit ein nationaler Politiker mit einem scharfen Verständnis und einem großen Maß an gesundem Menschenverstand, der ihm zeigte, daß die wahren Interessen der Völker in einer Politik des Friedens und der Verständigung liegen. Dieser Aufgabe widmete er sich; das Standbild, das er sich selbst errichtet hat, liegt in der Tatsache, daß Deutschland heute eine andere Weltstellung besitzt als zur Zeit seiner Amtübernahme. Damals war Deutschland eine Paria unter den Nationen; heute ist es, ohne daß es Wesentliches gespart hätte, ein anerkannter Großmacht, in freundschaftlichen Beziehungen zu seinen Nachbarn in Ost und West, ja der gesamten Welt. Unter denjenigen, die die Welt nach dem Kriege wieder aufgebaut haben, wird Stresemann einen besonderen Platz einnehmen. Heute bedauern ihn nicht nur seine Landsleute, sondern ganz Europa von London bis Moskau.“

Auch die bürgerliche Abendpresse, einschließend des deutschfeindlichen „Evening News“, bringt dem Andenken des toten Staatsmannes ihren aufrichtigen Tribut.

In der Beileidsfundgebung, die der britische Botschafter in Berlin im Auftrage des Außenministers Henderson der deutschen Regierung zu übermitteln hat, heißt es u. a.: Stresemann war ein

wesentlicher Faktor beim Werk der Konsolidierung des Friedens der letzten Jahre, und das von ihm gegebene Beispiel wird für alle Zeiten gelten und als eine Ermunterung für die wirken, die dieses Werk zum endgültigen Erfolg zu bringen wünschen. Ich habe das Gefühl, einen wirklichen persönlichen Verlust erlitten zu haben und werde mich stets meiner glücklichen Zusammenarbeit mit Dr. Stresemann im Haag und in Genf erinnern.

Die Trauer Amerikas.

Washington, 3. Oktober.

Staatssekretär Stimson gewährt nach der heutigen Pressekonferenz den deutschen Korrespondenten ein kurzes Interview, in dessen Verlauf er erklärte: „Herr Stresemann war ein großer Mann. Er leistete eine unermüdete und meisterhafte Arbeit für einen wirklich dauerhaften Wiederaufbau Deutschlands und Europas und diese Arbeit macht ihn zu einem der führenden Männer der Nachkriegszeit.“

Senator Borah erklärte, daß Stresemann unter den zeitgenössischen Staatsmännern an erster Stelle stehe und daß er an seine schwere Aufgabe mit Aufopferung und großer Genialität herangegangen sei. Die Welt verliere in ihm einen der wichtigsten Faktoren für die Festigung des Weltfriedens“.

Tschischerin an Hermann Müller.

Der Volkskommissar des Auswärtigen, Tschischerin, der zurzeit in Wiesbaden zur Kur weilte, hat an den Reichszugler folgendes Telegramm gerichtet: „Tief betroffen durch die erschütternde Nachricht vom dem plötzlichen Abgang des glänzenden Staatsmannes, welcher der deutsche Außenminister, der Schöpfer des Berliner Vertrages war, spreche ich

dem Führer der befreundeten deutschen Regierung mein tiefempfundenes Beileid

anlässlich des großen Verlustes aus, der auch für uns ein schmerzlicher Schlag ist angesichts der hohen Bedeutung der Tätigkeit des hochgeschätzten Staatsmannes, der über die Festigung der Beziehungen unserer Länder stets sorgfältig wachte. Nach unserer vieljährigen, auf Friedenszwecke gerichteten Zusammenarbeit ist Dr. Stresemanns Ableben für mich persönlich ein erschütternder Verlust.“

Der schweizerische Bundespräsident Dr. Haab sagt in seinem Beileidschreiben, daß Stresemann es verstanden habe, „durch seine allgemein anerkannten Fähigkeiten Deutschland wiederum die ihm zukommende internationale Geltung zu verschaffen und gleichzeitig unserem ganzen Erdteil durch die von ihm besorgte und durch seine Autorität geförderte Politik die Hoffnung auf eine Wiedergesundung zu eröffnen. Sein Hingang macht daher auch uns zu aufrichtigen Leidtragenden“.

Albert Thomas bezeichnet Stresemann als treuen Anhänger des Internationalen Arbeitsamtes und persönlichen Freund.

Der dänische Ministerpräsident Stauning bezeichnete seinen Tod als einen Verlust nicht nur für Deutschland, sondern auch für ganz Europa.

Der Bundesvorstand des Reichsbanners sagt: „Das neue Deutschland dankt ihm, daß er seine ganze Kraft für Deutschlands Wiederaufbau und Europas Befriedung einsetzte.“

Hindenburg treibt Landesverrat!

Graf Reventlow verlangt auch für ihn das Zuchthaus.

Stresemann, für den die Volksbegehrier Zuchthausstrafe wegen Landesverrats verlangten, wird nun am Sonntag als ein Großer der deutschen Republik begraben werden. Hindenburg ist feierlich und förmlich aus dem Zuchthausparagrafen des „Freiheitsgesetzes“ herausgenommen worden — sehr zum Mißvergnügen der Nationalsozialisten, deren außenpolitisch führender Reichstagsabgeordneter, Graf Reventlow, sich nun in seinem „Reichswart“ folgende Sätze leistet:

„Halten wir uns aber an die brennende Frage, den Kampf gegen den Young-Plan! Hindenburg hat Stresemann nach dessen Rückkehr aus dem Haag beglückwünscht. Er billigt also den Young-Plan, ebenso

wie er bisher alles gebilligt hat, was Stresemann an politischen Verbrechen gegen das deutsche Volk begangen hat,

von Locarno bis zum heutigen Tage. Und dieser Dank an Stresemann von Seiten des Reichspräsidenten war ein höchst politischer Akt, berechnet, auf die Volksstimmung zu wirken und das Urteil zu beeinflussen und besonders all den Kreisen, die sich national nennen, zu sagen: sogar der verehrte Feldmarschall heißt Stresemann Young-Plan-Politik gut. . . Hier kommt es lediglich auf die Feststellung an,

daß Hindenburg ungeachtet besten Willens die Politik treibt oder unterstüßt, welche wir für unbedingt verderblich und landesverräterisch halten.

Wenn nun in dem Volksbegehren die Landesverratsstrafe für Minister verlangt wird, welche für den Young-Plan eintreten, so war es schon nahe daran, das Volksbegehren zu wirken und politischen Rinderei zu machen, wenn man gemütsoll entrüstet rief: aber Hindenburg, unser Hindenburg muß doch ausgenommen werden! . . . Und wenn wir ein Gesetz wollen, das Landesverrat als Landesverrat bestraft, so ist es uns vollkommen gleichgültig, ob dadurch auch jemand getroffen werden könnte, der eine Vergangenheit und Eigenschaften hat, wie, in diesem Falle, Hindenburg.

Mit Goebbels, der „auch vor der Autorität des Generalfeldmarschalls nicht halt macht“, und Reventlow, der für Hindenburg ausdrücklich die Zuchthausstrafe verlangt, machen Hugenberg und Seidte, Deutschnationale und Stahlhelm — bei dem Hindenburg selbstamerweise noch immer „Ehrenmitglied“ ist — gemeinsam ihr Volksbegehren. Sie bezeigen zwar dem gegenwärtigen Haupt der Republik bei jeder Gelegenheit in kriecherischen Formen ihre „Verehrung“, wagen aber nicht ein Wort des Protestes gegen ihre Bundesgenossen, die gegen den Reichspräsidenten den ersten und besten Vorwurf schleudern. Sie haben den greisen Feldmarschall durch stärkste Pression veranlaßt, das Amt des Reichspräsidenten zu übernehmen. Ihre Pflicht wäre es, ihn jetzt vor den Infamien zu schützen, mit denen ihre Freunde und Kampfgenossen ihn bedecken. Aber sie wagen es nicht, diese „deutschen Männer“, sie schweigen. . . !

gemacht, die erst 60, dann nur noch 45 Millionen Mark Kürzungersparnis gebracht hätten. In dem Vorschlag des Reichsratskompromisses blieben für die Kürzung der Unterstützungen nur noch 11 Millionen Mark übrig, die von der Sozialdemokratie akzeptiert werden sollte. Die Reichstagsfraktion hielt sich jedoch bis zur letzten Stunde an ihre erste Erklärung vom 25. April 1929, wonach sie auch diese schon so weit verringerte Kürzung der Regelsätze ebenfalls ablehnen mußte. Es ist der Festigkeit der Sozialdemokratie zu danken, daß auch nach der Novelle die alten Regelsätze der Arbeitslosenunterstützung unverändert bleiben, ohne Rücksicht darauf, ob der Erwerbslose 52 Arbeitswochen zurückgelegt hat oder nicht.

Auch in der Frage der Saisonarbeiterunterstützung bedurfte es aller Kräfteanstrengung, um die Pläne der Sozialreaktion abzuwehren. Die Rechtsparteien hatten sich zunächst die Vorschläge der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zu eigen gemacht. Es war vorgeschlagen worden:

Keine Arbeitslosenunterstützung erhält der Arbeitslose für die Zeit, in der eine regelmäßig wiederkehrende Arbeitslosigkeit berufsmäßig ist.

Nachdem diese allgemeine Entziehung der Saisonarbeiter verhindert worden war, stritten die Gegner um so entschiedener für eine besondere Verlängerung der Arbeitszeit auf drei Wochen, und es war ihnen bereits gelungen, sie im Reichsrat durchzusetzen. Die Sozialdemokratie hat auch diese Belastung der Bauarbeitergruppen aus der Vorlage wieder entfernen können. Da die Einigung der Parteien über die Regelung der Saisonarbeiterunterstützung bis in die allerletzten Tage hinein überhaupt unmöglich erschien, so bestand schließlich die Gefahr, daß mangels einer gesetzlichen Bestimmung die Reichsanstalt auf Grund ihrer Befugnisse von sich aus eingegriffen, indem sie die Arbeitszeit verlängert und die Unterstützungsdauer verfürzt hätte.

Angesichts dieser großen Gefahr ist die Neuregelung der Unterstützungssätze für die Saisonberufe der einzige Weg, um diese Arbeitergruppen, die nach der gestellten Gesetzgebung in einer völlig unzulänglichen Sonderfürsorge stehen, wieder in die allgemeine Arbeitslosenversicherung einzugliedern. Es ist erreicht worden, daß die bisherige Bedürftigkeitsprüfung auch für die Saisonarbeiter wieder völlig aufgehoben und damit ihr Rechtsanspruch hergestellt wird.

Gegenüber den falschen kommunistischen Ausstreuungen über die Neuregelung der Saisonarbeiterunterstützung muß auch festgestellt werden, daß in den unteren sechs Lohnklassen überhaupt keine Veränderung eintritt und in den darüberliegenden die Unterstützungssätze der Krisenfürsorge zur Auszahlung kommen. — Die unterschiedliche Regelung für das Saisongewerbe und die übrigen Berufe bewegt sich also in den Grenzen, die einen billigen Ausgleich gegenüber den übrigen Versicherten darstellen. Wären die Vorschläge der bürgerlichen Parteien nicht verhindert worden, dann würde an die Stelle dieser Sonderregelung für das Saisongewerbe eine allgemeine Kürzung je nach der Anwartschaftszeit getreten sein. Da die Mehrzahl der Saisonarbeiter zwangsweise alljährlich mit einer regelmäßigen Arbeitslosigkeit rechnen muß, ihnen also immer wieder die 52 Arbeitswochen fehlen, so hätten die Bauarbeiter, Dachdecker, Zimmerer usw. ohne die jetzt getroffene Sonderregelung 40 bis 50 Proz. der vollen Unterstützungssätze verloren. Die neuen Bestimmungen für das Saisongewerbe sind bis zum März 1931 befristet.

Die sofortige Erhöhung der Beiträge ist am Widerstand der Deutschen Volkspartei gescheitert, und es war leider auch in dieser wichtigen Arbeiterfrage nicht möglich, die fehlenden volksparteilichen Stimmen durch die der kommunistischen Fraktion auszugleichen, so daß die endgültige Beitragsregelung noch folgen muß. Da die Arbeitslosen unter diesen parteipolitischen Widerständen von rechts und links nicht leiden dürfen, so muß der entsprechende Fehlbetrag durch die Reichskasse aufgebracht werden.

Für die Arbeitnehmerschaft ist die Inanspruchnahme der Reichskasse erträglich; schlimm wäre es dagegen gewesen, wenn der Fehlbetrag durch Unterstützungsabbau gedeckt worden wäre. Es ist das Verdienst der Sozialdemokratie, einen solchen Angriff auf die Arbeitslosenversicherung abgesehen zu haben.

Reichstagschluß.

Die Empfehlungen der Weltwirtschaftskonferenz.

Nach der Erledigung der Arbeitslosenvorlage erledigte der Reichstag am Donnerstag die zweite Beratung des Gesetzes zur Ausführung der Empfehlungen der Weltwirtschaftskonferenz.

Abg. v. Stubendorff (Dnat.) erklärt, seine Freunde würden die Vorlage ablehnen. — Abg. Frau Sender (Soj.) erwidert, es handle sich jetzt nur um die Ratifizierung dessen, was die frühere Reichsregierung genehmigt habe. — Abg. Dr. Schneider (D. Vp.) erklärt die Zustimmung der Deutschen Volkspartei zu der Vorlage. — Ministerialdirektor Posse betont, Deutschland sei nur denjenigen Staaten gegenüber verpflichtet, die dem Internationalen Abkommen gegen Ein- und Ausfuhrverbote und -beschränkungen beigetreten sind. Polen gehöre nicht dazu. Die Ausnahmeklausel für notleidende Wirtschaftszweige könne möglicherweise auch auf die deutsche Landwirtschaft angewandt werden. — Abg. v. Stubendorff (Dnat.) beantragt mit Rücksicht auf diese Erklärung die Zurückverweisung der Vorlage an den Ausschuss. Das wird abgelehnt.

In namentlicher Abstimmung wird die Vorlage mit 321 gegen 112 Stimmen bei einer Stimmenthaltung in zweiter und dritter Beratung angenommen. — Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Vizepräsident Effer schlägt vor, die Bestimmung des Zeitpunktes für die nächste Sitzung dem Präsidium zu überlassen. — Abg. Stoedter (Komm.) beantragt, am Montag eine Sitzung abzuhalten, um den Young-Plan zu erörtern. Der kommunistische Antrag wird abgelehnt; es bleibt bei dem Vorschlag des Vizepräsidenten.

Vizepräsident Effer schließt um 12 Uhr die Sitzung mit dem Wunsch, daß beim Wiederzusammentritt des Reichstages Präsident Lobe wieder in voller Gesundheit seines Amtes walten möge.

Die für Freitag vorgesehene Sitzung des Auswärtigen Ausschusses ist infolge des Ablebens des Reichsaußenministers auf unbestimmte Zeit vertagt worden.

Eine abgefragte Waffenauktion. Die von der französischen Domänenverwaltung für den 11. Oktober angekündigte Versteigerung von Waffen, u. a. 35 000 Gewehren und 18 Millionen Patronen, wird, wie jetzt bekanntgegeben wird, auf Veranlassung des Finanzministers nicht stattfinden.

Weg mit der Dienstpflicht!

Wachcorps an Stelle des Heeres. — Sozialistische Abrüstung in Dänemark.

Kopenhagen, 3. Oktober. (Eigenbericht.)

Der sozialdemokratische Verteidigungsminister Rasmussen brachte am Donnerstag im Reichstag den Abrüstungsvorschlag der dänischen Regierung ein. Der Vorschlag sieht die Umwidmung von Heer und Flotte zu einem Wachcorps und einer Staatsmarine vor. Die jährlichen Ausgaben sind auf 18 Millionen Kronen veranschlagt, während die Durchführung des geltenden Wehrgesetzes ungefähr 60 Millionen Kronen erfordert.

Die neue Vorlage weist jeden Gedanken einer Verteidigung mit militärischen Mitteln zurück und betrachtet als Ziel Dänemarks die Aufrechterhaltung der Neutralität in Übereinstimmung mit den geltenden internationalen Abkommen und Bestimmungen. Das Kriegs- und Marineministerium wird deshalb aufgelöst. Das Wachcorps und die Staatsmarine sollen dem Ministerpräsidenten unterstellt werden. Als Obliegenheiten der Staatsmarine sind Fischereinspektionen und Seerettungen vorgelesen. Alle Festungsanlagen sollen geschleift und alle privaten Militärorganisationen aufgehoben werden. Die allgemeine Wehrpflicht wird abgeschafft. Jährlich werden 1600 Soldaten im Wachcorps und 700 Matrosen in der Staatsmarine ausgebildet. Gegenwärtig werden unter der allgemeinen Wehrpflicht noch 10 000 Soldaten ausgebildet.

Kohlenfrage — Privatangelegenheit!

Nur die Bergarbeiter für Eingreifen des Völkerbundes.

Genf, 3. Oktober. (Eigenbericht.)

Die Konferenz der Kohlenfachverständigen wurde am Donnerstag nachmittags nach lebhaften Debatten geschlossen, ohne daß es gelungen wäre, eine einheitliche Linie über das Verhalten des Völkerbundes bei der Behandlung der internationalen Kohlenregelung zu erzielen.

Auf der einen Seite mühten die Bergarbeiter auf ihrem Standpunkt der möglichst weitgehenden Einschränkung und Mitarbeit der Bergarbeiterschaft bei einer internationalen Kohlenregelung bestehen, auf der anderen Seite lehnten die Unternehmer es ab, eine andere internationale Kohlenvereinbarung als eine solche durch private Syndizierung mitzumachen. Sie betonten auch in privaten Besprechungen, daß die Grubenindustriellen die Kohlenvereinbarung als

eine geschäftliche Angelegenheit auffaßten, an der weder die Arbeiter, noch der Völkerbund zu beteiligen seien.

Während die Arbeitervertreter sich gegen diesen Standpunkt wehrten, kann das gleiche nicht von den anwesenden Mitgliedern des Wirtschaftsausschusses und Völkerbundes und den Beamten der Wirtschaftsabteilung des Sekretariats gesagt werden. Sie betonten die Schwäche des Völkerbundes gegenüber dem internationalen Unternehmertum in übertriebener Weise. Als einziger Fortschritt wurde erreicht, daß die Wirtschaftsabteilung des Völkerbundes die Kohlenfrage regelmäßig beobachtet und das Kohlenkomitee in seiner Teilnehmerliste von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerfachverständigen in regelmäßigen Konferenzen diese Beobachtungen vermerkt und dem Wirtschaftsausschuß bzw. dem Völkerbundsrat Vorschläge für ein eventuelles Eingreifen machen soll. Die Weiterbetätigung der Arbeitervertreter an diesen Sitzungen ist so gut wie gesichert, wenn auch die endgültige Beschlußfassung dem Völkerbundsrat zukommt, der sich in seiner Januartagung auf Grund eines Berichtes des Wirtschaftsausschusses mit der Konferenz beschäftigen wird. Die Bergarbeiter sind gewillt, diesen kleinen Anteil an der offiziellen Mitwirkung des Völkerbundes an der Kohlenfrage, den sie nunmehr errungen haben, zu bewahren und auszubauen.

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Hufmann empfing nach Schluß der Sitzung die deutsche Presse und wies darauf hin, daß die Kohlenverhandlungen der Initiative der Bergarbeiterinternationale ihren Ursprung verdanken und auch diese Konferenz sich in der Hauptsache mit der Förderung der Bergarbeiter beschäftigen müßte. Als Gewerkschafter sei man gewöhnt, daß die leitenden Beamten und die Vorsitzenden der Konferenz die Initiative der Konferenz übernehmen. Das sei in Genf nicht der Fall gewesen. Der Völkerbund scheine geneigt,

die Initiative und damit die Verantwortung den Interessenten zu überlassen.

Hufmann betonte weiter, daß wohl Nuancen, aber keine grundsätzliche Verschiedenheit zwischen den Bergarbeitervertretern der einzelnen Länder über die Auffassung der Lage und über die zu erhebenden Forderungen beständen.

Finanzpolitische Debatte in Brighton.

Für oder gegen erhöhten Bankdiskont.

Brighton, 3. Oktober. (Eigenbericht.)

Im Mittelpunkt der Donnerstagvormittags-Sitzung des Kongresses der Arbeiterpartei stand eine Rede des Schatzkanzlers Philipp Snowden, die sich im wesentlichen mit zwei großen Fragen befaßte: mit der Erhöhung des Bankdiskonts durch die Bank von England und mit der grundsätzlichen Bedeutung des Börsentrachs der Hotry-Gruppe.

Snowdens Ausführungen hinsichtlich des Bankdiskonts wurden trotz ihres theoretischen Charakters mit großem Interesse angehört, da eine unter der Führung des Rationalökonomisten W. S. Wise stehende Gruppe des Kongresses die Einbringung einer außerhalb der Tagesordnung stehenden Resolution ankündigte. In dieser Resolution wird eine Untersuchung der Wirkungen der Erhöhungen des Bankdiskonts gefordert, den die Gruppe Wise als einen verstärkten Sabotageakt der Bank von England gegen die sozialistische Regierung zu betrachten scheint. Snowden wollte in seiner großangelegten Rede, bei deren Abschluß er Gegenstand herzlicher Ovationen war, sichtlich die übertriebenen Vorstellungen von den ungunstigen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt auf ihr berechtigtes Maß zurückzuführen. Er betonte in langen grundsätzlichen Erörterungen, daß die Erhöhung des Diskontsatzes in weitaus höherem Maße dem bedenklichen Abfluß von Gold ins Ausland Einhalt gebieten würde, als irgend jemand vermuten könnte. Im Hinblick auf den vor zwei Monaten erfolgten Börsentrach Hotry teilte Snowden mit, daß zurzeit Untersuchungen vom Handels- und Schatzamt vorgenommen würden, und er keinerlei Bedenken habe, die bestehenden, für die Aktien- und verwandten Gesellschaften geltenden Gesetze zu ändern und zu verschärfen, falls sich dies als notwendig erweisen sollte.

Wise zog angesichts des Versprechens Snowdens seine Resolution zurück, betonte aber gleichzeitig, daß die Erhöhung der Bankrate sich als Deflation auswirke und daher einen ungünstigen Einfluß auf den Beschäftigungsgrad habe.

Entgangenes Ziel.



Wie sie gestern noch hekten!

Und wie sie morgen wieder heken werden.

Wie Erzberger und Rathenau, die Mörderdämonen zum Opfer fielen, war auch Stresemann Angriffsziel einer wüsten nationalstolischen Hehe. Wie sehr diese Angriffe der politischen Gegner alles Maß überfliegen, zeigen die folgenden Zitate.

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ gab in der Nummer 320 vom 10. Juli aus der Rede des Abgeordneten Hugenberg in Münster folgende Sätze wieder: „Es muß in Deutschland eine Schar leben, die nichts anerkennt, was Schwäche und Völkerverrat über uns verhängen. Die Pariser Abmachungen sind das Zeugnis höchster ruhebedürftiger Freigebit. Es gibt Völker in der Welt, die für

das selbe und unfähige Deutschland Breitschoids und Stresemanns nichts als Verachtung empfinden.

Wer diesmal auf der anderen Seite steht, mag sich überlegen, ob sein Name nicht vor der Geschichte geächtet sein wird.“

Justizrat Glah führte auf dem Alldeutschen Verbandstage in Würzburg (laut „Deutsche Zeitung“ Nr. 205 vom 2. September) aus: „Was Herr Stresemann als Führer der deutschen Ordnung im Haag verbrochen hat, steht

seiner sachlichen Unfähigkeit die Krone auf...“

Was ist ein Scheidemann im Vergleich mit diesem Minister des Außeren? In der Geschichte wird der Name Stresemann unmittelbar hinter dem Erzbergers stehen.“

Die „Landeszeitung“ in Rudolstadt gibt am 3. September 1929 aus der Rede des Stahlhelmführers Helwig, die dieser in Jena hielt, folgende Worte wieder: „Der klare Trennungstrieb, der jetzt gezogen werden muß, ist nicht zu ziehen zwischen Deutschnationalen und Sozialisten, zwischen rechts und links, sondern zwischen Deutsche und Lumpen.“

Es ist ein beschämendes Zeugnis für die politische Unreife breiter

Schichten im deutschen Volke, daß gegen die Politik der Befreiung und Befriedung ein derart maßloser Kampf geführt wurde.

„Es ging mir auf die Nieren.“

München, 3. Oktober. (Eigenbericht.)

Ein mit Stresemann eng befreundeter prominenter deutscher Wirtschaftsführer schildert in der Münchener Telegrammzeitung sein letztes Zusammensein mit dem Verstorbenen am vergangenen Sonntag: Stresemann, der sich recht schwach fühlte, sagte dabei: „Jetzt erst weiß ich, wie das Wort entstand: Das geht mir auf die Nieren. Ich muß es täglich in meiner furchtbaren Wahrheit erfahren, wenn mich meine Gegner besudeln.“ Am schwersten habe ihn das Hugenberg-Volksbegehren getroffen. Stresemann nannte es eine Infamie sondergleichen. Dieses Volksbegehren sei vielleicht auch die Ursache seines raschen Todes. Es sei für Stresemann ein niederstimmernder Gedanke gewesen, daß er, der alle seine Gesundheit dem Wiederaufstieg Deutschlands opferte, für seine ganze Mühe den Namen eines Landesverrätters ernten sollte.

Mit größter Scheinheiligkeit spricht das Münchener Hugenberg-Blatt von dem hohen Idealismus, von dem sich Stresemann in seiner Außenpolitik ohne Rücksicht auf seine Person und seine schwer erschütterte Gesundheit habe leiten lassen. Diese Feststellung hindert das Blatt aber nicht, in der gleichen Nummer seine Hegepropaganda für den Zuchthausparagrafen des Volksbegehrens fortzusetzen.

Das Hitler-Organ, das in den letzten Wochen soundsooft in großen Ueberschriften „Zuchthaus und Galgen für Stresemann“ gefordert hatte, „sieht angesichts des Todes von einer weiteren Beurteilung seiner Person ab“.

„Wir haben kein Präsidium“

Vom Generaldirektor, der nicht mitarbeiten wollte

Die Leute, die ihr Geld in die Komödie tragen, sind zu bedauern. Am Donnerstag konnte man in der öffentlichen Verhandlung des preussischen Untersuchungsausschusses über den Raiffeisen-Scandal ein Lustspiel völlig umsonst genießen.

„Wir haben kein Präsidium“, singen die Chorstudenten an der Kneiptafel, wenn der Präside verlagert. Der Kantus geht dann bekanntlich weiter: „Auf dem Dache sitzt ein Greis“.

So hat man zur Zeit des Generaldirektors Dietrich auch in der Raiffeisenbank gelungen, und nicht einmal leise. In der Nachmittags-Sitzung sah sich durch eine Fragestellung des kommunistischen Abgeordneten Schulz der ehemalige Wittdirektor Seemann-Gegbert veranlaßt, dem Ausschuss einmal rückhaltlos sein Herz auszusprechen. Seemann betonte nochmals, daß es in dieser Bank Präsidialsituationen so gut wie gar nicht gegeben hat, denn der Generaldirektor Dietrich war meist nicht erreichbar. Die wichtigsten Gegenstände konnten nicht besprochen werden, über die größten Geschäfte wurden die Meinungen im Direktorium nicht ausgetauscht. — „Da sind also die Herren“, bemerkt der stellvertretende Vorsitzende, Genosse Leinert, lachend.

„In diesem Saal eigentlich zum ersten Male vollständig beieinander versammelt?“

Seemann (resigniert): „Da haben Sie leider nicht so ganz unrecht.“

Herr Seemann hat sich allerdings bemüht, gemeinschaftliche Sitzungen zustandzubringen. Er schildert, wie er wiederholt an den Generaldirektor Dietrich mit der Bitte herantreten sei: „Herr Generaldirektor, reihen Sie sich doch in unsere Front ein, arbeiten Sie doch bitte mit.“ Aber der Herr Generaldirektor arbeitete nicht mit, er zog es vor, als Reichstagsvizepräsident den großen Herrn zu spielen, was ihn aber nicht verhinderte, sein Gehalt von 2500 Mark monatlich bei der Raiffeisenbank pünktlich abzuholen und nebelnd noch sich von der Bank einen in die Hunderttausende gehenden Kredit geben zu lassen. Man ist beruhigt: Herr Dietrich hat wenigstens in der Bank die Stelle gekannt, wo das Geld ausgegibt wurde. Und das ist ja wohl für einen Deutschnationalen die Hauptsache.

So geschah es, daß auch in den Aufsichtsrats-Sitzungen der Vorstand keine einheitliche Meinung vertreten konnte. Auf die Frage des Aufsichtsratsvorsitzenden Klingebiel, welcher Ansicht denn der Vorstand in einer bestimmten wichtigen Sache sei, mußte Seemann antworten: „Der Vorstand als solcher pflegt bei uns überhaupt keine eigene Meinung zu haben.“

Natürlich protestiert Dietrich gegen diese Darstellung, aber man

hat den Eindruck, daß er mit seinem Bortschwall nichts widerlegt. Direktor Schwarz unterstützt die Darstellung von Seemann. Man gewinnt mehr und mehr den Eindruck, daß sowohl Dietrich wie der ehemalige Präsident der Preussischen Semper sich diesen Mann als bequemem Sündenbock für ihre eigenen Veräumnisse ausgesucht haben. Seemann betont noch, daß er oft entschlossen war:

„Ich gehe weg. Das ist hier nicht zu ertragen.“

Lehnen Endes aber hat ihm doch der Mut der Konsequenz gefehlt.

In der Vormittags-Sitzung war dieser Basse eine sehr ernste Auseinandersetzung vorangegangen: Der stellvertretende Vorsitzende Leinert und der Berichterstatter Ruttner hielten den Vorstandsmitgliedern die Goldmarkbilanzen vom 1. Januar und 31. Dezember 1924 vor und wiesen — in Übereinstimmung mit dem Revisionsbericht — nach, daß es sich

um frisiert und schöngefärbte Bilanzen

handelte. Die Vorstandsmitglieder suchten sich zu verteidigen, aber sie konnten doch nicht plausibel machen, nach welchen kaufmännischen Grundsätzen man für 40 Millionen Mark Forderungen an Schuldner, die bereits völlig illiquide waren, und deren Deckung mehr als problematisch war, mit 100 Prozent aktiviert in die Bilanzen einsetzt, wie bei Raiffeisen gelehrt.

Die Konferenz der Präsidenten.

Das Ergebnis vom Haag.

Die Aussprache der Reichsregierung mit den Staats- und Ministerpräsidenten der deutschen Länder über das Ergebnis der Haager Konferenz wurde am Nachmittag im Kongreßsaal des Reichstanzlerhofes fortgesetzt. In eingehender Aussprache wurden auf Grund von Äußerungen und Anfragen der Ländervertreter entsprechende Darlegungen der Vertreter der Reichsregierung sündliche mit der Konferenz zusammenhängende Probleme durchgesprochen. Die Konferenz wurde vom Reichstanzler gegen 5 Uhr nachmittags geschlossen. Da die Aussprache lediglich der Orientierung der Länderregierungen diene, wurden Beschlüsse nicht gefaßt.

Neuer Volkskommissar für Arbeit. Das Präsidium des Volkswirtschaftsausschusses der sowjetrussischen Republik hat den Kommunisten Romanow zum Volkskommissar für Arbeit ernannt. Der Vorgänger Romanow, Bahmutow, wurde seiner Stellung entsetzt, weil er sich gegen die Politik Stalins ausgesprochen hat.

WERTHEIM

Leipziger Str. (Versand-Abt.) Königstr. Rosenthaler Str. Moritzplatz

Preise für Freitag u. Sonnabend, soweit Vorrat, Mengenabgabe vorbehalten.
Fleisch, Fische, Geflügel, Obst und Gemüse werden nicht zugesandt.

Wurstwaren

Sülze Pfund 0.45	Feine Leberwurst 1.80
Dampfwurst . . . Pfund 0.90	Zervelat u. Salami 1.80
Rotwurst Pfund 1.10	Speck fett Pfund 1.35
Wiener Würstch. Pfd. 1.15	Schinkenspeck Pfd. 2.10
Leberwurst (Bismarck) 1.25	Kochschinken Pfund 2.40
Mettwurst (Bismarck) 1.45	Königstr., Rosenthaler Str., Moritzplatz
Jagdwurst Pfund 1.45	Landleberwurst Pfd. 0.95
Fleischwurst . . . Pfund 1.65	Knoblauchwurst Pfd. 1.15
Schinkenwurst Pfd. 1.65	Polnische Wurst Pfd. 1.45

Obst u. Gemüse

Pflaumen 5 Pfund 0.55 an	Preiselbeeren 5 Pfd. 0.95
Kochäpfel . . . 5 Pfund 0.20	Bananen Pfund 0.38
Tafeläpfel . . . Pfund 0.15	Tomaten Pfd. 0.09 0.15
Goldparmänen Pfd. 0.25	Senfgurken 0.04 0.08
Kochbirnen 3 Pfund 0.25	Möhren gewasch. Pfd. 0.05
Graubirnen holl. Pfd. 0.20	Weißkohl Holst. Pfd. 0.05
Bergamottbirnen 0.20	Rotkohl Holstener, Pfd. 0.08
Weintrauben . Pfund 0.25	Wirsingkohl Holst. 0.12
Kleichen, ca. 3/4 Pfd. br. 1.45	Zwiebeln 3 Pfund 0.20

Backartikel

Olympia-Mehl 2-Pfd.-Beutel 0.56 0.60 5-Pfd.-Beutel 1.20 1.35 1.45	
Rauheif-Mehl 5-Pfund-Beutel 1.45	
Kartoffelmehl Pfd. 0.20	Sultaninen 0.68, 0.52, 0.38
Maispuder . . . Pfund 0.27	Rosinen Pfund 0.38 0.48
Mandeln süß 1.90 2.60	Korinthen Pfd. 0.62 0.68
Kokosnuß geraspelt 0.52	Zitronat Pfund 1.60
Vanillin-Zucker 5 Beutel 0.20	Backpulver 5 Beutel 0.30
Linsen 0.20	Viktoria-Erbisen 0.24
Bohnen weiß 0.26	Puddingpulver mit Vanille- und Mandelgeschmack, Pfund 0.40

Frisches Fleisch

Kafler mild gesalzen Pfund 1.35	
Kalbskamm u. -Brust . . . Pfund 0.86	
Kalbsnierebraten Pfund 0.94	
Kalbskeule ganz und geleilt . . . Pfund 1.05	
Kalbsschnittel Pfund 2.10	
Schweinebauch u. -Rücken mit Beilage, Pfund 1.22	
Schweinekamm u. -Blatt mit Beilage, Pfund 1.26	
Schweineschinken Pfund 1.30	
Querrippe Pfd. 0.80	Gulasch Pfd. 0.95
Rinderkamm u. -Brust Pfund 0.85	
Schmorfleisch mit Knochen ohne Knochen Pfund 1.10 1.30	
Roastbeef mit Knochen Pfund 1.10	
Rinderzungen Pfund 1.20	
Gehacktes Pfund 0.80	

Prima Gefrierfleisch

Rinderkamm u. Brust . . . Pfund 0.80
Hammelvorderfleisch . . . Pfund 0.88
Hammelrücken Pfund 0.95

Winterkartoffeln prima Qualität, Zentner von 3.25 an
Zusendung in Groß-Berlin per Zentner 0.50, Sackpfand 0.50

Käse u. Fette

Ramadou Stück 0.22	Steinbuscher 0.75 1.05
Camembert vollfett 0.24	Tilsiter vollfett, Pfund 0.92 an
Limburger Pfd. 0.58 1.05	Schweizer dänischer 0.98
Holländer Pfd. 0.70 1.10	Schweizer vollf., bayr. 1.28 an
Edamer Pfund 0.75 1.10	Emmentaler Art 1.15
Margarine Pfd. von 0.50 an	Molkereibutter Pfd. 1.88
Kokosfett Pfund von 0.50 an	Tafelbutter Pfd. 2.00 2.14

Dänische Butter billigst

Räucherwaren

Fettbücklinge 0.25 0.38	Kieler Bücklinge 0.55
Bundaale Bund von 0.28 an	Seelachs i. Stücken, Pfd. 0.55
Makrelen . . . Pfund 0.35	Spickaale Pfund von 2.65 an

Kaffee

Konsum-Misch. Pfd. 2.10	Olympia-Misch. Pfd. 3.40
Haushalt-Misch. Pfd. 2.60	Globus-Misch. Pfund 3.80
Sonder-Misch. Pfund 3.00	Residenz-Misch. Pfd. 4.20

Geflügel u. Wild

Tauben Stück von 0.72 an
Suppenhühner Pfund von 0.88 an
Brathühner Pfund von 1.15 an
Enten frisch geschlachtet . . . Pfund von 1.25 an
Hirsch-Ragout Pfund 0.48
Hirschblätter Pfund von 0.90 an
Rebhühner ausländische . . . Stück 0.98 an

Junge Gänse u. Gänsefleisch billigst

Fische

Bratschollen . . . Pfund 0.08 0.18 0.40
Pfötzen u. Dorsche Pfund 0.18
Hornaale Pfund 0.20
Schellfische Pfund 0.25 0.38
Goldbars ohne Kopf, ganze Fische, Pfund 0.34
Kabeljau ohne Kopf, ganze Fische, Pfund 0.36 an
Fischfilet feines Pfund von 0.65 an
Grüne Heringe . . . 5 Pfund 0.48 0.70

Theater, Lichtspiele usw.

Freitag, 4. 10. Staats-Oper Unter d. Linden A.-V. 210 19 Uhr Die Frau ohne Schatten

Freitag, 4. 10. Städt. Oper Bismarckstr. Tarnus II 20 Uhr Madame Butterfly

Staats-Oper Am Pld. Republik Vorst. 38 19 1/2 Uhr Die Fledermaus

Staatl. Schauspiel am Gendarmenmarkt A.-V. 156 20 Uhr Ein besserer Herr

Staatl. Schiller-Theater, Charlth. 20 Uhr Der Kaufmann v. Venedig

Winter Garten
8 Uhr - Zentr. 2010 - Stunden erlanbt
Isabella Ruiz u. weitere Attraktionen
Sonnabend u. Sonntag je 2 Vorstellungen
3^o und 6 Uhr, 3^o kleine Preise.

Volksbühne
Theater am Blüchplatz
Täglich 8 Uhr
Dantons Tod
v. Georg Büchner
Regie: Karl Heinz Martin

Der Kaufmann von Venedig
Piscator-Bühne
8 Uhr
Der Kaufmann von Berlin

Metropol-Th.
Tägl. 8 1/2 Uhr
Marieffa
Musik v. Viktor Strauss
Käthe Dorsch
Michael Bohnen

Reichshallen-Theater
Abends 8 Sonntag nachm. 3
Des großen Andrangs wegen immer noch das
Feest-Programm mit der
auktigen Schluss-Revue:
Bei de Stettiner
Billetbest. Zentrum 112 63
Dönhoff-Brettis
Varieté - Tanz - Konzert

GROSSES SCHAUSPIELHAUS
tägl. 8 Uhr

3 Musketiere
Regie: ERIK CHARELL
Gesamt-Ausstattung: Prof. Ernst Sponer
Musikalische Leitung: Ernst Haase.
3 Uhr Sonntag nachmittags, halbe Preise.

Lessing-Theater
Norden 10846
Gruppe junger Schauspieler
Täglich 8 1/2 Uhr
Cyankali
\$ 218
von Friedrich Wall

Lustspielhaus
Friedrichstr. 226
Bergmann 2922
Täglich 8 1/2 Uhr
Grand Hotel
Lustspiel von Paul Frank

Theat. am Kottb. Tor
Kottbuser Str. 6
Tägl. 8 Uhr
auch Sonnt. nachm. 3 U.
Elite-Sänger
Der doppelte Alwin
"Ein Weltrevord. Lach."

Ganz ohne Baukostenzahlung Miets-Vorauszahlung
Neubauwohnungen!
Gegen Mietsicherheit: zum Teil in denselben Stadtteilen wie oben oder in: Neukölln, Britz, Tempelhof, Schöneberg, Wilmersdorf, Schmargendorf, Lankwitz, Zehlendorf, Steglitz, Tegel, Wittenau, Hohenschönhausen, Weißensee, Friedrichsfelde, Hirschgarten, Friedrichshagen, Kaulsdorf, Treptow, Johannisth., Niederschönweide.
In uns. Zusammenstellungen
bereits von ca. 53.- 67.- 75.- 87.- 95.- M. an
für 1 1/2 2 2 1/2 3 3 1/2 ZW.
berl. Wohnungs-Sekretariat, Kommandantenstr. 81
Nur mittw. 9 bis 7 Uhr!

LIGA FÜR MUTTERSCHUTZ
(Bund für bewußte Geburtenregelung)
Auskunft und Aufnahme: Gustav Hermann, Steglitz, Schloßstraße 128

Sonnabend, 5. Oktober, 20 Uhr
Stadthalle Klosterstraße
Oeffentliche Kundgebung
Thema:
Zwang zur Geburtenregelung
Redner: Rechtsanwalt Dr. Barbasch; Stadtarzt Dr. Max Hodann; Dr. Moses (M. d. R.); Schriftleiter J. Matuschewsky; Hauptgeschäftsführer Oehlschlager; Frau Dr. Herta Riese, Frankfurt a. M., Dr. F. A. Theilhaber; Dr. Thunert, Dörmold.
Unkostenbeitrag 0,50 Mark.

Rose-Theater, Große Frankfurter Str. 192.
Billetkasse: Alexander 3422
Täglich 8.15 Uhr
Die Weber
von Gerhart Hauptmann
Jeden Mittwoch 5.00 Uhr
Das tapfere Schneiderlein
Jeden Sonnabend 5.00 Uhr
und jeden Sonntag 2.30 Uhr.
Schneewittchen

CIRCUS BUSCH
Täglich 8 Uhr
Sonnabends und Sonntags auch nachm. 3 Uhr.
Denken Sie
an Sonnabend nachmitt. 3 Uhr
Das ganze Abendprogramm
bei ermäßigten Preisen
für Erwachsene u. Kinder:
0.50 bis Mk. 3.-
Abends 8 Uhr: Gala-Vorstellung
mit Simson Rigoulet -
Vasconcellos - Archa Noahi

Suche tauschlose 4-6-Zimmerwohnung gegen Abstand u. weißen Schein, möglichst im Bezirk Kreuzberg od. Westen. Angebote m. Abstand u. Friedensmiete an Kurt Rollenhagen, SW 48, Friedrichstraße 219. (Tel. Bergmann 9200)

Renaissance-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
STEMPELBRUDER
Schauspiel von Duschinsky.
Regie: Gust. Hartung.
Steinplatz C 1. 9901 u. 2583/84.

Theat. u. Westens
Täglich 8 1/2 Uhr
Sonnab. u. Sonntag 4 und 8 1/2 Uhr
Der Weiterfolg
Friederike
Musik von Franz Lehar

Alexanderplatz
Neue Königstr. 43

N*JSRAEL
BERLIN C2 · SPANDAUER STRASSE · KÖNIGSTRASSE
SONNABEND, 5. OKTOBER
BLEIBT DAS KAUFHAUS
GESCHLOSSEN

Raffael im Keller



auf Aaten zu beziehenden, schlechten, aber lüdnhaft teuren Veldruden an Vohntagen die Arbeiterorient überfchwemmen; aber plöglieh fieht man: Herrgott, das find hier ja alles „Originalbildgemälde!“ Richtig handgemalt . . . und dabei sollen fie noch nicht die Hälfte fo viel koften als die Veldrudte, wenn fie auch an Farblichkeit reichlich mit ihnen konkurrieren können! Da fiehen herrlich gelbe Paradiesvögel, da leuchten unwahrfcheinlich fchöne Vandschaften, da ift fogar ein Halbakt einer Frau, der gut einen halben Quadratmeter demotter Leinwand einnimmt und mit Rahmen nur 15 Mark koften foll. Und wahrhaftig: Unten, am Fuß der Kellertreppe, fieht der Künftler in eigener Perfon und malt an einem Bild, in deffen Künftler in eigener Perfon und malt an einem Bild, in deffen Vordergrund eine ausgezogene Dame fieht: Vor ihr kniet eine Jofe, im Hintergrund umarmen fieh zwei Menfchen. Eine erhabene Unabhängigkeit von den Gefehen der Perfpektive und der Anatomie begeistert den Künftler zu einer wahren Farbenorgie. Achjelzuckend will man fchon vorübergehen — da fieht man an dem „Firmenbild“ noch den Zufah: „Mitglied der Deutfchen Kunstgenoffenfchaft“ und den Zufah, dah drei der Bilder diefes Künftlers in der Ausftellung im Schloß zu bewundern find.

Und wahrhaftig: Er glaubt ganz feft, dah die Jury keine Gemälde zur Ausftellung zulaffen wird — ift er doch Mitglied der Kunstgenoffenfchaft und kann er doch, nach feinen Reden, unendlich mehr als alle Prominenten, „die nicht einmal die Fefte richtig an die Bäume heranmaten“. Und er hat darum feinen bürgerlichen Beruf an den Nagel gehängt und ift begeistert von feinen „Veldbildern“, denn „fo ein Veldbild hält fieh, und fo was verftaubt und vergilbt nicht, da haben Sie was von, wenn Sie fieh das zulegen . . .“

Vor kurzem ging ein junges Mädel mit einer fchlagfertigften Schärpe fpazieren: „Ich fuehe einen Veleger“ — wenige Monate früher bot ein Rabarett keinen Gefien billiges Futter für ihre Spottkuft und Laune durch die Vorträge unbegabter, künftbefeffener Dilettanten. Und nun fieht man, wie auch die wohlgemeintefien Hüfsorganifationen zu trügerifchen Brücken ins Nichts werden können; denn felbft wenn auf dem Wege des künftbefeffenen Dilettanten ein Schild hände: „Hoff! Wer weitergeht, muh verhungern“ — ihn würde es nicht fchreden . . .

Kein Zeppelin-Empfang in Berlin.

Die Fahrt wegen der Trauerfeier für Stresemann abgefaßt.

Die geplante Begrüßung des Luftfchiffes „Graf Zeppelin“ und der Empfang Dr. Edeners und der Mannfchaft des Luftfchiffes am 5. und 6. Oktober durch Reichs-, Staats- und ftädtifche Behörden find wegen des Todes des Reichsaußenminifters Dr. Stresemann abgefaßt worden. Ebenfo findet die Landung in Staaten nicht ftatt. Im übrigen ift die geplante für morgen geplante Zeppelfahrt Schlefien-Berlin-Ditpreußen vom Luftfchiffbau verlag worden. Es ift aber vorgefehen, am Montag oder Dienstag eine Fahrt nach Schlefien zu unternehmen. Das Luftfchiff wird dabei eine andere Route wählen, da es von Schlefien aus direkt wieder nach Friedrichshafen zurückkehrt. Die Berliner Reife fällt auch dann aus, ebenfo wird die geplante Ditpreußenfahrt in diefem Herbst nicht mehr ftattfinden.

Wenn wir an den „armen Künftler“ denken, dann fehen wir ihn noch immer ungefähr fo, wie ihn uns einft Spühweg in dem „armen Poeten“ zeigte: In irgendeiner Dachkammer, Berlin ftandierend oder, das Aug' in holdem Wahnfinn rollend, an einem Bilde fchaffend, deffen leuchtende Farben, deffen lachende Freude zu der Aermtlichkeit der Umgebung in einem grotesken Gegenfah ftanden. Der „ganz gemüthliche Mensch“ hat ja meift fo wenig Beziehung zu Künftlern, dah es den meiften gar nicht zum Bewußtfein kommt, wie überaltert ihre Vortellung eigentlich ift. Dabei ift es eigentlich wahrhaftig keine Nooität mehr, dah foft alle Künftler, bis fie fieh einmal durchgefetzt haben, irgendeine andere Arbeit fuehen müffen, die ihnen wenigftens das tägliche Brot fihert, und wenn es noch fo kärglich ift. Schon Böcklin mühte in Rom für einen induftriellen Amerikaner nach „einem neuen Verfahren“ Anfichten von Porto D'Angio nach Photographien herftellen, arbeitete Kunsthändlerfchlich (den heutigen Auktionsgemälden gleichzufehen) und zeichnete und malte fchließlich fogar anatomifche Präparate! Und fo fieht mancher noch heut an den goldgerahmten, „echt handgemalten“ Blumenftüden. Neben diefen allen aber gibt es unglückliche Liebhaber der Kunst: Ift fie dem einen ein Leuchfeuer, das ihn durch alle Nöte fchließlich doch in den fiheren Hafen leitet, fo ift fie dem anderen ein trügerifches Irrlicht, das ihn vom fiheren Wege der Bürgerlichkeit in Not und Elend todt.

Wohnungslos geht man eines Tages durch eine der grauen Straßen des Berliner Nordens und fieht, vor einer Kellertür ausgeftellt, plöglieh eine Reihe unwahrfcheinlich bunter Bilder: Vandschaften und Porträts, deren jedes eigentlich Grund für eine Beleidigungsnote des Dargestellten wäre. Zuerft muh man wieder eine diefer fliegenden Bilderausftellungen, die mit ihren

Die Sklarek-Verträge.

Stadtrat Gabel will Posten und Mandat niederlegen.

Gestern hat im Magiftrat eine eingehende Befprechung über die befanntgewordenen Verträge mit der Firma Sklarek begonnen. Wie das Nachrichtenamt der Stadt Berlin mitteilte, hat ein Vertrag zwischen der VAG und der Firma Sklarek aus dem Jahre 1926 in der Tat beftanden. Es handelt fieh um einen Geheimvertrag; der Auffichtsrat der VAG hatte davon Kenntnis.

Stadtrat Gabel, deffen Unterfchrift der Vertrag mit den Sklareks trägt, gibt der kommunistifchen Presse eine Erklärung, in der er mitteilt, dah er mit der Kreditgebarung der Stadtbank in feiner Weife etwas zu tun gehabt habe. Die angeblichen „Geheimverträge“ der VAG mit der Firma Sklarek sollen nach der Erklärung Gabels, die allerdings im Widerspruch zu den Mitteilungen des Stadtkämmerers Dr. Lange fieht, neben dem Auffichtsrat der VAG auch der Finanzverwaltung befannt gewesen fein. Bis zum Abfchluß diefes Vertrages feien mehrere die VAG finanziell fchwer belastende, bis zum Jahre 1930 gültige Verträge gefaufen. Diefe feien durch den Abfchluß eines für VAG günftigeren Vertrages annulliert worden. Stadtrat Gabel behauptet in der Erklärung an feine Partei, dah von „Geheimverträgen“, durch die unter feiner Mitwirkung die Stadt gefchädigt worden wäre, keine Rede fein könne. Stadtrat Gabel gibt zu, dah es von ihm ein Fehler gewesen fei, einen folchen Vertrag, der einem „Kapitaliften eine gewiffe Monopolftellung zufichert“, abgefchloffen zu haben, ohne mit feiner Partei darüber zu fprechen. Wegen diefes politifchen Fehlers werde er feine Funktionen als Stadtrat und Stadtverordneteter niederlegen, nachdem er feine Möglichtes dazu beigetragen haben werde, die Korruption, von der jezt alle Beteiligten ablenken möchten, aufzudecken, woran ihn kein Amtsgeheimnis hindern werde.

Der Auffichtsrat der Berliner Anfchaffungsgesellfchaft, dem Stadtrat Ahrens, Obermagiftraterat Schindler, Verwaltungsdirektor Gutjahr, Stadtrat Degner sowie die Stadtverordneten Braun, Vintke und Bubligh angehören, hat gestern nachmittag unter dem Vorfah von Stadtrat Gabel zu den Verträgen mit den Gebrüdern Sklarek Stellung genommen und, wie vom Nachrichtenamt mitgeteilt wird, folgenden einftimmigen Befchluß gefaßt:

„Der Auffichtsrat der Berliner Anfchaffungsgesellfchaft ftellt auf die verfhiedenen in der Presse erhobenen Befchuldigungen folgenden feft:

1. Die Berliner Anfchaffungsgesellfchaft hat weder mittelbar noch unmittelbar mit der Kreditgewährung an die Gebrüder Sklarek irgend etwas zu tun.
2. Die Meldungen der Presse über das Beftehen von Geheimverträgen mit der Berliner Anfchaffungsgesellfchaft find völlig aus der Luft gegriffen. Auf dem Vertragsergebnis der VAG find die Gebrüder Sklarek als Lieferanten für nicht typifizierte Konfektion angegeben.

Diefer Vertrag hat folgende Vorgefchichte: Die frühere Gefchäftsleitung der VAG hatte mehrere die VAG fchwer belastende Lieferungsverträge mit der Firma Gebrüder Sklarek abgefchloffen. Diefe Verträge find, um die Stadt vor Schäden zu bewahren, durch Verhandlungen umgewandelt worden. Der Auffichtsrat hat jezt nach dem Befehl der Gefchäftsleitung im Dezember 1926 dafür geforgt, dah die Abwicklung und Kontrolle der Lieferungen nach dem gleichen Prinzip, wie alle Lieferungsverträge bearbeitet werden, erfolgt.

Das Amtsgericht Berlin-Mitte hat jezt neben dem bereits erlafsenen Berüherrungs- und Verpfändungsverbot gegen die Gebrüder Sklarek und ihre Firmen zur weiteren Sicherung der Maffe bis zur Eröffnung des Konkursverfahrens den Konkursverwalter Schuster, Berlin SW 11, Königgräher Str. 55, als vorläufigen Verwalter beftellt.

Die Pflasterkästen

von A.M. Frey.

Was machen die Sanitätsbeftände? Funk hat im Wagen keinen Perubalfam mehr für die zunehmenden Kräftekrankheiten. Keinen reinen Alkohol für Säuberungszwecke, für Desinfektion, kaum mehr Spiritus. Die Papiererfahbinden reifen, wenn man fie in die Hand nimmt. Die Einfpritzungen gegen Starrkrampf müffen unterbleiben, fie sollen im Lazarett nachgeholt werden. Dies und anderes wird von der Karte geftrichen. Die elastifchen Binden zum Abfchnüren von Schlagaderverletzungen find alles, nur nicht elastifch; die neuen Refordfpritzen find aus Bebelstoffoffen so gebaut, dah fie gar nicht oder mangelhaft funktionieren. Die Zahl der angeforderten Fieberthermometer, der Hohnadeln, der Ampullen wird um zwei Drittel gekürzt. Das Verlangen nach dreieckigen Tüchern wird ganz geftrichen. Der Herr Korpsarzt ift ausverkauft. Was er tropfenweise nachgeliefert bekommt, ift miserable Ware. „Sie sollen ihren Hundstreich aufgeben, ihren verreckten, wenn fie nig mehr haben, womit fie ihnen führen können.“ Ichimpft Feldwebel Beithge. Dabei ift er noch einer von den wenigen, die nicht ganz ohne Bereitwilligkeit wären, weiterzumachen, gäbe man ihnen nur das Nötigfte.

Weiter geht es trotzdem! Mit der Befchießung Londons ift es nichts — dafür find die Amerikaner endlich fihbar. In welchen Mengen die Flieger kommen! In Horden, in Schwärmen! Sie verdunkeln die Sonne, wie die Pfeile der Perser einft für die kleine Schar des Leonidas die Sonne verdunkelt haben.

Was nicht kommt, ift dringender Soldatenerfah für die ausgepumpten, derart lädenhaften Kompagnien, dah mehr Läden als Männer da find. Es gibt „Kriegsstarke“, die den gröttesten Bestand von zwei Dufend Leuten aufweifen.

Wie hilft man fieh? Jedes Bataillon wird um eine Kompagnie verringert. Das Regiment streicht einfach drei Kompagnien, fie fallen unter den Tisch. Dadurch wird die ein-

zelne Einheit ftärker, famos. Wird das Regiment auch ftärker dadurch? Es tut fo als bliebe es, was in guten Zeiten war. Es kennt noch die Zahl zwölft: die zwölfte als letzte Kompagnie, wie einft. Es kennt nur die Zahlen zwei, fechs und zehn nicht mehr. Ein Rechenfunftftückchen, das dem Gegner die Zukunft fo unzweideutig rofig himmelt wie kaum irgendein Sieg. Denn ficher erfährt er davon.

Immerhin: die Diftion hat noch Infanterieregiment, ein Artillerieregiment dah fie überhaupt nicht mehr. Da tut man gleich ganze Arbeit, weil die Pferde immer rarer werden; vermutlich übrigens auch die Kanonen und Artilleriften. Inzwischen landen die Amerikaner maffenhaft — und Engländer unabläffig in jenem Calais, das Hauptmann Blume verfehenflich erobert hat. Was beginnt man in folcher Lage? Man macht weiter.

Auch Funks Regiment macht weiter. O mein — keine Rede von längerer Befchaulichkeit. Auch keine Rede davon, dah fie den Kriegsschauplatz wechfeln, fie glauben felbft nicht mehr daran, fie fühlen, wie der Weften jeden Mann abforbiert, der noch aus einer Flinte feuern kann.

Ein neuer ift als Regimentsarzt beftellt und angefangen, ein Oberarzt, der foldatifch ebenfo ehrgeizig wie beruflich reizbar ift; von einer gekrampften Schneidigkeit, mit dem Willen gerecht zu fein. Ein junger Oberarzt, ein eben beförderter, als höchfter Truppenderektor. Warum nicht? Kürzlich hat ein Feldwebel ein Bataillon geführt, weil nichts Rangbesseres da war — ein Bataillon, das vorher einen abligen Major an der Spitze sah! Nach dem abligen Major ein dienstfergrauter Polizeiwachmeister als Bataillonführer.

Wohin geht es? Nach wochenlangem Hin und Her, nach Bereitstellungen, Zurückziehungen, Vorfchüben, nach täglichem Wechfeln der Unterfunfte, fpäter nach täglichen Märfchen die gleiche Strecke hinaus und hinunter, nach Eisenbahnfahrten ins Hinterland, nach haffigen Fahrten in Laftkraftwagen wieder nach vorn — geht es an die Marne. Aber vorher verabschiedet fieh fchon wieder ein Regimentskommandeur: jener, der eben erst auf Major Dufang gefolgt ift. Wie er heißt, weiß man nicht fo recht, auch ein franzöfifcher Name, es geht zu schnell, du kannt dir die vertrakteten Silben nicht merken. — Der jezt kommt und länger bleiben wird, heißt von Artigand, ein richtiger Oberlieutenant. Es ift, als ob nur noch Franzosen das Regiment gegen Franzosen führten. In die Beule geht es hinein, die bis Château Thierry vorgetrieben ift: Ergebnis der letzten der drei Offensiven. Es ift unzweideutig Sommer geworden; fie gelangen über Fere

en Tardennois an die Marne und gleich hinüber: die Kompagnien noch gut, Nachzügler fchon unterm Eisenhagel der Kanonen, unterm Bombenhagel der Flugzeuge.

Funk liegt mit feinem Wagen an einem Hang feft, er fieht den Fluß vor fieh, lieblich gefchängelt, liebliches Ufer. Die Gefechtsbagage kann nicht hinüber, die Brücke liegt zu fehr im Feuer, ift dauernd kaputt, wird von Pionieren dauernd ausgebeffert.

Die Kompagnien find drüben, Aerzte gleichfalls, es foll fogar fchon einen Verbandplatz geben. Gibt es auch Verbandmaterial? Es wäre fehr wichtig, der Wagen könnte hinübergelangen.

Er bleibt, wo er ift. Der Widerftand des Gegners wächst an Dichte, begleitet vom Erfolg. Der Gegner hat die Deutfchen herangelaffen, nur um fie defto kräftiger zurückzumerfen.

Funk liegt im Gras, er preßt den Leib an den Boden und horcht auf die Einfchläge: da — dort — näher — ferner — ganz nah. Wenn man Glück hat, kommt man wieder einmal durch, wenn nicht, erwifcht es einen endlich.

Unfern fchreit ein Gaul, es ift ein wildes fchnaubendes Weinen; Funk fieht das Tier fpäter, zwei Beine find ihm bis in Kniehöhe weggeriffen, es liegt und lebt.

Er wird zu verwundeten Fahrern gerufen, und während er fie verbindet, kommt der Befehl: fchnell anspannen, abrücken in die Richtung, aus der man gestern gekommen ift.

Zurück also, zurück! Es geht in der Folge mächtig, es geht tagelang rückwärts. Man wird vom Feind geheht und gejagt. Die kampierende Bagage, felbft fie, wird überall aufgeföhört; kaum will fie fieh in einem Waldwinkel feffehen, rauschen und donnern die Schüffe herein. Wo ift Antwort der eigenen Artillerie? Sie fcheint es nicht mehr zu geben.

Nichts bleibt, als dah man weiter zu flüchten verfuht. Hierbei wird einem Feldunterarzt die Bruft tödlich zeriffen.

Es ift merkwürdig: fo viele hat Funk sterben gefehen — bei diefem will er's nicht glauben. Er hält den erkaltenden Kopf im Schoß, begreift nicht und fchreit: „Herr Dr. Schwarz — Dr. Schwarz!“ Dann läßt er den Toten fahren und rennt davon, denn die Angst überwältigt ihn, feiber getroffen zu werden. Das mächtige Geficht des jungen Menschen, der trotz allen Entbehrungen die Gabe gehabt hat, bis zur letzten Minute blühend auszufehen, beherrscht fo fehr das Waldinnere, dah über Funk die panifche Furcht herfällt: die Leiche da will nicht allein bleiben, fie lenkt den Tod beftimmt auf dich!

(Fortfegung folgt.)

Mythe für einen Sechser.

Wenn man gerade Zeit hat und an einem Bücherwagen vorbeikommt, dann stößt es sich zu schön in diesem gedruckten Kunterbunt. Kein ungeduldiger Ladenbesitzer stört diese Unterhaltung, der Büchermann ist es gewohnt, daß seine Kunstschaff lange, oft sehr lange währt und dann zum Schluss — gewöhnlich doch nichts laßt! Gedruckte Erzeugnisse gründerzeitlicher Art fallen einem da in die Hände. Detektiv- und Liebesgeschichten, hausfrauliche oder ärztliche Geleitworte, Pilzkunde und Okkultismus, Landkarten und Wörterbücher. Wer ganz billig kaufen will und keine großen Anforderungen stellt, der findet sich hier als Käufer ein. Eben schwirrt ein Gymnasiast mit einem padenden Detektivroman ab, und ein ältliches Fräulein ist emsig in die Bettüre über die verlängerte Lebensdauer des Fimmachobstes vertieft. Der fliegende Laden hat innerhalb seiner ach so billigen Preise verschiedene Preisstufen eingerichtet. Detektivromane rangieren am höchsten, nach ihnen kommen alle anderen novellistischen Erzeugnisse marmeladiger Art. Die billigste Stufe ist die „Sechserplatte“. Da wählt denn auch die Mehrzahl der Kaufkandidaten, aber keiner, außer dem Fräulein mit der Einmach-Wißbegier, findet hier das Passende. Zwischen Gollensteinbekämpfungsliteratur und Alpenführer führen Homer und Tacitus ein stillverträumtes Dasein. Eben erscheinen zwei neue Kaufstücke auf der Bildfläche. Backische von heute. Los auf die Sechserplatte und lustig drauflosgekauft. Die beiden Mädels machen einen recht intelligenten Eindruck, könnten Studentinnen oder so etwas Schulisches sein; aber der Schein trügt. Auch der Büchersechser scheint so zu denken, und er präsentiert ihnen die Odyssee. Da kriegt er aber einen verächtlich-spöttischen Blick von den beiden, und die eine davon meint: „Mensch, wir wollen doch ein Roman haben!“ Bereitwillig öffnet sich den zwei Wißbegierigen die Courts-Rahler-Abteilung, und hoch im Bogen fliegt der arme Homer zurück an seinen alten Platz. Dori laun er weitermodern oder warten, bis ihn ein gütiger Lumpenmann zum Einstampfen holt.

Ein berechtigter Erlaß.

Gegen republikfeindliche Ausschreitungen in einer Schule.

Hannover, 3. Oktober. (Eigenbericht.)

Von den in Goslar anlässlich der Verfassungsfeiern verteilten Kränzen für die Sieger im Jugendwettbewerb entfernten mehrere Schüler und Schülerinnen die schwarzrotgoldenen Schleifen. Sie wurden dafür von der Anstaltsdirektion mit der Androhung der Verweisung von der Anstalt bedroht. Inzwischen hat der preussische Kultusminister eine eingehende Untersuchung des Tatbestandes vornehmen lassen und daraufhin an das Provinzial-Schulkollegium in Hannover einen Erlaß gerichtet, in dem es heißt:

„Als auf weiteres entziehe ich dem Städtischen Realgymnasium und Gymnasium in Goslar das Recht, die Reiseprüfung in der Schule selbst durch den eigenen Lehrkörper vorzunehmen und dem Städtischen Gymnasium das gleiche Recht für die Abschlußprüfung. Ich bitte, dafür Sorge zu tragen, daß der Prüfungsausschuss, vor dem die Goslarer Schüler ihre Prüfung nunmehr abzulegen haben, gerade die Ergebnisse staatsbürgerlichen Unterrichts und staatsbürgerlicher Erziehung besonders sorgfältig feststellt. Ich bin ferner zu einer wirksamen Umgestaltung der beiden Lehrkörper gezwungen, deren Einzelheiten ich in kurzem bekanntgeben werde. Die Bestätigung darüber notwendig werdender Reuewahl behalte ich mir vor. Jedoch ist der Stadtverwaltung schon jetzt zu eröffnen, daß nur solche Persönlichkeiten Aussicht auf Bestätigung haben, die genügende Gewähr gegen die Wiederholung derartiger beschämender Vorkommnisse bieten.“

Gegen die Schulzerstörer.

Seit einiger Zeit werden in der Berliner kommunistischen Presse unter dem Titel „Schulterror“, wüste Attacken gegen die von Dr. Karzen geleitete Reutländer Reformschule geritten. Es handelt sich in besonderen um die Ausweisung eines Schülers aus den Arbeiter-Abiturlernen-Kursen, die als Versuchsschule dem übrigen Schulganzen angegliedert sind.

Die Entlassung erfolgte nach einer Schulgemeinde der Arbeiterkurse, in der der Schüler seiner Freude über die „konspirative Arbeit“, die seine kommunistischen Genossen gegen die Schule leisteten, Ausdruck verlieh. Die überaus große Mehrheit der lernenden Arbeiter an der Schule hat sich auf den Standpunkt der Schulleitung gestellt, daß ein Schüler unmöglich zu gleicher Zeit Schüler einer Versuchsschule sein kann, deren Bestand er durch sein politisches, konspiratives Wirken dauernd gefährdet. Der „Sozialistische Schüler-Bund“, der völlig im parteikommunistischen Fahrwasser schwimmt, versuchte am Freitag, dem 27. September, in einer öffentlichen Versammlung in einer Reutländer Schulaula, für den Relegierten Stimmung zu machen, ließ aber auf den entscheidenden Widerspruch der lernenden Arbeiter an der Karzen'schen Schule. Erst nach Heranziehung kommunistischer Ralkommandos gelang es diesen sonderbaren „Kulturkämpfern“ die Abstimmungsergebnisse günstiger zu gestalten bzw. umzugestalten.

Die lernenden Arbeiter aus den Abiturlernerkursen brachten in einmütiger Weise zum Ausdruck, allen schunichtistischen Hezereien von kommunistischer Seite ihre eigene Aktivität, die sich auf Bestand und Aufbau ihrer Schule stützt, auf das entschiedenste entgegenzusetzen.

Die Sprache als Mittel der Völkerverständigung.

„Die Freunde der Internationalen Kleinarbeit“ (Freddita), die ein Teil der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung ist, hat nunmehr ihre außerordentlich erfolgreiche Tätigkeit auf dem Gebiete des Besuchs-austausches mit Gleichgesinnten anderer Länder beendet. In großen Veranstaltungen im Berliner Gewerkschaftshaus ist die Vereinigung gemeinsam mit ihren englischen Freunden an die Öffentlichkeit getreten. Es hat sich immer wieder erneut gezeigt, daß der Aufbau persönlicher Freundschaften mit Gleichgesinnten anderer Länder im Interesse der Sozialistischen Internationale notwendig geworden ist. Ebenso hat es sich aber auch gezeigt, daß die Fremdsprache ein wichtiges Mittel zur Völkerverständigung ist. Neue Sprachkurse werden jetzt wieder eingerichtet in Englisch, Französisch und Esperanto. Große Wandbilder gestalten die Stunden ungemein interessant. Bei regelmäßigem Besuch der Klassen kann jeder schon nach 25 Abenden zu je 2 Stunden beginnen, vor der Klasse stehend, frei zu sprechen. Bestehende Kurse der mittleren und höheren Stufen können jederzeit einige Neuaufnahmen vornehmen. Sprachkundige Bestimmungsfreunde, die die Vereinigung ergreifen möchte, damit sie ihr Können in den Dienst der Sache stellen, werden alsbald mit ausländischen Freunden in Verbindung gebracht. Der Unterricht wird im Zentrum der Stadt abgehalten. Anmeldungen können nur nach Berücksichtigung werden, wenn sie schnellstens erfolgen an den Leiter der Kurse, Genossen B. Floerke, langjähriger Lehrer städtischer Fortbildungsschulen in England und Schottland, Berlin SW. 19, Kurstr. 32 (Telephon: Merkur 2196). Genosse Floerke erteilt jede gewünschte Auskunft. Aufnahme finden jedoch nur Parteigenossen und -genossen, freigeistlich organisierte und mit uns Sympathisierende.

Der Kennplak als Verführer.

Die Millionenunterschlagung bei der Kommandantur vor Gericht.

Nach mehr als einjähriger Voruntersuchung hat nunmehr Oberstaatsanwalt Lehmann in der aufsehenerregenden Unterschlagungsaffäre bei der Kommandantur Berlin Anklage erhoben. Der Oberzahlmeister Hermann Martin ist angeklagt, in der Zeit von 1925 bis 1928 rund eine halbe Million Reichsmark unterschlagen zu haben. In Wirklichkeit hatte Martin in dieser Zeit nach und nach nahezu 900 000 Mark der ihm anvertrauten Kasse entnommen, er hat aber etwa 400 000 Mark zurückgezahlt. Die entstandene Schädigung beläuft sich genau auf 490 500 Mark.

Martin war seit dem 1. März 1925 Obersekretär beim Heereswirtschafts- und Rechnungsamt der Kommandantur Berlin. Durch falsche Anforderungen hat er nach und nach die großen Summen hinterzogen. Er trug Zahlungen an Wachkompagnien ein, die niemals in Berlin gewesen waren. Durch falsche Buchführung wußte er seine Verührungen zu verdecken. Es kam ihm dabei zustatten, daß sein direkter Vorgesetzter, der Oberinspektor Weitschach jede Kontrolle unterließ, weil er angeblich keinen Anlaß zu Mißtrauen hatte. Im Laufe der Voruntersuchung hatte sich noch ergeben, daß Weitschach durch Zahlungen in Form von „Darlehen“, die er von Martin erhielt, ein Interesse daran hatte, ein Auge zuzudrücken. Er hat auch zugegeben, daß er seit dem Jahre 1927, als der Fehlbetrag erst 170 000 Mark betrug, gemerkt habe, daß die Zahlungen von Martin nicht aus eigenen Mitteln, sondern aus der Reichskasse erfolgt sind. Oberinspektor Weitschach ist daher auch mitangeklagt. Martin wissenschaftlich Beihilfe geleistet zu haben, er wird ferner der Heblerlei beschuldigt. Außerdem hat sich auch ergeben, daß Weitschach auf eigene Faust aus dem Kontingentsfonds etwa 7000 Mark unterschlagen hat. Martin behauptet, daß er von den unterschlagenen Geldern nichts mehr besitze, er will alles restlos beim Buchmacher veräußert haben. Tatsächlich war Martin ein leidenschaftlicher Wetteiler, bei einem Buchmacher allein hat er 1928 bis zu seiner Verhaftung eine Viertel Million auf Pferde verwettet. Er pflegte 1300 Mark auf ein Pferd zu setzen und bediente sich dabei

gleichzeitig mehrerer Buchmacher. Sein „System“ ging dahin, durch einen Außenleiter einmal einen außergewöhnlich großen Gewinn zu erzielen.

Auf Antrag von Rechtsanwalt Walter Heyn ist Martin auf seinen Geisteszustand untersucht worden. Der Gerichtsarzt, Professor Dr. Strauch, hat ihn jedoch für völlig zurechnungsfähig erklärt. Martin und Weitschach werden sich demnächst vor dem Großen Schöffengericht Berlin-Mitte zu verantworten haben. Die Hauptverhandlung wird hoffentlich Aufschluß geben, wie es möglich war, daß diese Riesentrügereien vier Jahre lang unentdeckt bleiben konnten.

Geraubte Einschreibebriefe im Postkutschwagen.

Der Postkutschner Rechen war Bahnpostbegleiter in einem Postkutschwagen der Eisenbahnstrecke Berlin-Frankfurt am Main. Er hat mehrfach Einschreibebriefe, in denen er Geld vermutete, beiseite geschafft und zu Hause ihres Inhalts beraubt. Die Briefe selbst ließ er durch seine Frau vernichten. In einem der geraubten Briefe, einem Einschreibebrief aus der Schweiz, fand er 2000 Mark. Einschreibebriefe, die für ihn unentwertbare Wechsel oder Schecks enthielten, schloß er wieder und ließ sie von seiner Frau außerhalb von Berlin in einen Briefkasten werfen. Rechen, der jetzt vor dem Schöffengericht Charlottenburg wegen Amtsunterschlagung und Urkundenfälschung angeklagt war, wollte aus Rot gehandelt haben. Es wurde ihm aber nachgewiesen, daß er einen großen Aufwand getrieben hat. So hat er seiner Frau einen sehr teuren Pelz gekauft, auch ein Klavier, Teppiche und mehrere gute Anzüge angeschafft. Das Schöffengericht verurteilte den ungetreuen Postkutschner zu einem Jahr und drei Monaten Zuchthaus. Auf Antrag von Rechtsanwalt Dr. Jacques Abraham wurde der Haftbefehl jedoch aufgehoben und die mitangeklagte Ehefrau erhielt wegen Beihilfe und Heblerlei einen Monat Gefängnis mit Bewährungsfrist.

Schredensfahrt eines betrunkenen Chauffeurs. Zwei Kinder überfahren.

Ein schweres Autounglück, das ein Todesopfer forderte, ereignete sich gestern Abend in Neubabelsberg.

Der Kartoffelbändler Erich Heil aus der Karlstraße 34 kam mit seinem Lieferauto durch Neubabelsberg, um nach Rommow nach Hause zu fahren. An der Kaiser-Wilhelm-Straße fuhr er zwei Kinder vor den Augen der Mutter an. Es war der 7 Jahre alte Max Kleifinger und seine 13 Jahre alte Schwester Inge. Der Knabe wurde auf der Stelle getötet. Die Kinder weinten mit ihrer Mutter in Neubabelsberg bei Bekannten zu Besuch; sie wohnen am Kolbuser Ufer 41 in Berlin. Der wilde Fahrer jagte weiter und überfuhr an der Karl-Ecke Müllerstraße einen Arbeiter Otto Dorgel, der dort mit seinem Handwagen stand. Endlich gelang es, den rasenden Autofahrer anzuhalten und festzunehmen.

Auf der Wache stellte es sich heraus, daß er vollkommen betrunken war. Es war bisher unmöglich, ihn zu vernehmen. Das schwerverletzte Mädchen sowie der Arbeiter Dorgel wurden ins Krankenhaus gebracht.

Rotorrundunglück in Adlershof.

Gestern Abend ereignete sich in Adlershof ein schweres Rotorrundunglück. Auf der Rudower Chauffeur, an der Kreuzung der verlängerten Bismarckstraße fuhr ein Rotorrundfahrer in vollem Tempo in ein zweispänniges Pferdewagen hinein. Der Fahrer des Rotorrades, der 37jährige Obergerichtsvollzieher Wilhelm Blesch aus der Spreestraße 4 in Niederlehnoweide wurde in hohem Bogen aus das Strohhalmkoffer geschleudert, wo er mit einem Schädelbruch und schweren inneren Verletzungen bemußlos liegen blieb. Ein Pferd wurde auf der Stelle getötet. Der Kutscher des Gespannes, das angeblich schlecht beleuchtet gewesen sein soll, blieb unverletzt. Blesch wurde durch die Feuerwehre in das Köpenicker Krankenhaus gebracht, doch konnte bei seiner Einlieferung nur noch der Tod festgestellt werden.

Gestern Abend geriet ein Geschäftsauto infolge des schlüpfrigen Asphalts an der Nordseite des Leipziger Platzes, unmittelbar an der Straßenbahnhaltestelle auf den Bürgersteig und fuhr gegen die eiserne Umfriedung des Hofes. Drei Personen, die an der Haltestelle auf die Straßenbahn warteten, wurden von dem Auto erfasst und zum Teil erheblich verletzt. Die Verunglückten wurden zur Rettungsstelle in der Eichhornstraße gebracht, wo ihnen die erste Hilfe zuteil wurde.

Dampf- und Elektroautobus.

Neue Versuchswagen der BVG.

Ein Mittagsblatt veröffentlicht eine Mitteilung über Dampfautobusse, die angeblich bei der BVG. eingeführt werden sollen. Dazu ist folgendes zu bemerken: Es hat lediglich eine Probefahrt mit einem Kleindampf-Personenwagen stattgefunden. Dieser Wagen ist mit einem Kessel ausgerüstet, der mit 100 Atmosphären Überdruck arbeitet und eine kleine, schnelllaufende Dampfmaschine betreibt. Der Dampf wird über einen Kondensator wiederum dem Kessel zugeführt, so daß das Kesselspeisewasser erst nach längerer Betriebsdauer ersetzt zu werden braucht.

Ob die BVG. zu dem Entschluß kommt, Dampfautobusse in ihren Dienst zu stellen, kann nach dem augenblicklichen Stand der Angelegenheit noch nicht gesagt werden. Dagegen sind die Pläne bezüglich der elektrischen Oberleitungsumbisse so weit gediehen, daß mit dem Bau von zwei Versuchswagen begonnen werden kann. Die Wagen werden auf einer wenig in Anspruch genommenen Außenstrecke ausprobiert werden.

Wiederoeffnung des Deutsch-Amerikanischen Theaters. Vor kurzem öffnete das Deutsch-Amerikanische Theater in der Köpenicker Straße in geschmackvoller architektonischer Neugestaltung (Architekt Alex Terenczy) wieder seine Pforten. Der neugebaute Zuschauerraum, in einem warmgehaltenen braun-goldenen Ton mit blauen Lichtbändern gehalten, wirkt in seiner schlichten Vornehmheit angezogen und gemühtlich. Bei der Eröffnungsvorstellung sprach General Alexander der herrliche Begrüßungsworte und wies bei dieser Gelegenheit auf die reichdeutige künstlerische Begegnung dieser Bühne hin. Woher stammt der Name Deutsch-Amerikanisches Theater? Die Kelterer aus der dortigen Gegend wissen es wohl, nicht mehr aber die Jungen. Vor etwa einem Vierteljahrhundert wurde an dieser Bühne amerikanische Theater- und Varietékunst

gezeigt. Deutsche Direktoren, die nach Amerika gegangen waren, importierten die dortige Theaterkunst. Man gab amerikanische Revuen — die Revue ist also älter als wir denken — und auch ernstere Bühnenwerke, die das Schicksal deutscher Auswanderer behandelten. Später wurde es dann zum Kino umgewandelt. Nun fiel die Frage: Soll es seinen alten Namen behalten oder irgend-einer neomodischen, phantastischen Benennung Witz machen. Es erging ein Preisauschreiben an das Publikum und einstimmig ward der alte Name wiedergewählt. Die Vorführung des Films „Ich liebe für Dich“, eine Bearbeitung des „Zauberberg“ von Thomas Mann und Franz von Suppés „Schöne Galathee“, als stibliche Miniatur-travestie, leiteten den ersten Abend in unterhaltlicher Weise ein.

Fahrt der Kinder nach Gohrisch.

Die Reisezeit ist jetzt vorüber, aber noch immer gibt es Kinder, die dringend eines Erholungsurlaubes bedürfen. 65 000 Berliner Kinder, die im Jahre verabschiedet werden, können ja nicht alle gerade in den großen Ferien rantonnen. Die Bezirke Kreuzberg, Prenzlauer Berg und Wedding hatten unter ihren Kindern erneut erholungsbedürftige ausgesucht, und in den letzten schönen Herbsttagen trat die junge Schar die Reise nach dem August-Bebel-Kinderheim der Berliner Arbeiterwohlfahrt an. „Zunehmen!“ Wie ein Befehl riefen es ihnen die Eltern noch durchs Fenster zu. Und wenn man sie sah, schmal und bleich, glaubte man an die Notwendigkeit dieses Zurlaubes. Die Kinder waren guten Muts. Fröhlich traten sie die Reise nach Gohrisch an. Kameraden hatten ihnen erzählt, was dort los ist, und sie freuten sich nun auch, für 6 Wochen in die Sächsische Schweiz zu kommen. Wanden in erstaunlich frühem Optimismus erschienen es nur bedauerlich, daß 6 Wochen auch einmal ein Ende haben. Aber keiner von den Buben und Mädels, die da die Fahrt ins Sächsische antraten, wird enttäuscht von dem August-Bebel-Heim in die Großstadt zurückkehren. Sie werden gekräftigt für den Winter heimkehren, um anderen Erholungsbedürftigen Platz zu machen.

Altajar, im Hause des Metropol-Theaters, zeigt wieder eine stattliche Reihe von Attraktionen. Ein wahres Riesenausgebot musikalischer und gelunglicher Stimmungsinstrumente sorgt dafür, daß das Tanzparquet auch nicht einen Augenblick verwaist ist. Zu schmissigen Jazzrhythmen werden abwechselnd Künstler und Publikum über die Tanzfläche. Das sibirische Tänzertrio Vitile Vitich u. Co. gefalle in seinem ungemein lebendigen technisch ausgezeichnet durchgeführten Grotesk ganz besonders gut. In flott-übersprudelndem Tempo werden Bauchtänzerin und Schlittschuhläuferin, ein schmalziger Bolzer und ein feuriger Krakowiat, vermischt mit allerhand tänzerischer Akrobatik, flott und schmissig hingelegt. Die beiden Plakons bringen gute Antipodenspiele, Belleq zeigt tollkühne Kopfbalace auf dem Trapez. Auch alle anderen Darbietungen zeigen gute, originelle Leistungen.



„Du bist wirklich zu nervös! Wenn Du nun mal zu den Menschen gehörst, die das Coffein im Bohnenkaffee nicht vertragen können, so mußt Du eben coffeinfreien Kaffee trinken. Kaffee Hag schmeckt ebenso gut wie anderer Bohnenkaffee bester Qualität. Seine besonderen Vorzüge werden heute von fast allen Ärzten anerkannt. Ich sehe deshalb nicht ein, warum wir nicht, wie Millionen andere, nur noch Kaffee Hag trinken wollen. Besorge ihn bitte sofort.“

Die Aussichten des Zionismus.

Zur Vorgeschichte der Bewegung.

Von Karl Kautsky.

Marg Kritiker lieben es, höhrend auf marginale Prophezeiungen hinzuweisen, die sich nicht erfüllt haben. In Wirklichkeit ist es vielmehr erstaunlich, wieviele der Erwartungen eingetroffen sind, die Marg und Margisten ausgesprochen haben. Nicht immer waren wir erfreut über die Richtigkeit der Prophezeiung. Denn nicht selten bestand sie darin, Unternehmungen einen Fehlschlag vorauszusagen, denen wir vielmehr einen Erfolg gewünscht hätten.

Wer hätte nicht gewünscht, daß Lenins kühnes Unternehmen gelungen wäre und daß es Rußland und von dort aus der Welt den Sozialismus gebracht hätte! Daß sich unsere Befürchtung bewahrheitet, die Leninistische Methode müsse in Unheil enden, erfüllt uns durchaus nicht mit Befriedigung.

Und ebenso steht es mit dem Zionismus. Sein Ziel ist uns äußerst sympathisch: Dem gequälten Judentum eine Heimstätte zu schaffen, in der es frei über sich verfügt, gesichert gegen jede Mißhandlung. Nur ungern kamen wir — unter dem „wir“ ist fast die ganze Sozialdemokratie bis zum Weltkrieg zu verstehen — zur Ueberzeugung, Palästina sei nicht der Boden, um das Judentum als Nation zu sammeln und in einen nationalen Staat zu vereinigen. Dazu ist Palästina viel zu klein. Es könnte im besten Fall zwei von den 14 Millionen Juden der Welt aufnehmen. Heute zählt es ihrer etwa 150.000. Ueberdies aber liegt Palästina ganz im Bereiche der orientalischen islamitischen Welt. Das Judentum aber befindet sich bis auf wenige Ausnahmen ganz im Bereiche der europäischen Kultur, wozu auch Amerika gehört, mit der es unauflöslich verwachsen, in der es zu einem, man kann sagen, unentbehrlichen Faktor geworden ist. Nur bornierter Lokalpatriotismus kann in Europa die Juden als Fremde empfinden. Dagegen müssen die europäischen Juden im Bereiche der islamitischen Welt stets Fremde bleiben.

Für die Verpflanzung europäischer Juden gerade nach Palästina spricht nur eines: ihre Erinnerung an einen Zustand, der vor zweieinhalb Jahrtausenden aufgehört hat zu existieren. Im Jahre 722 vor Christo zerstörten die Assyrer den jüdischen Staat in Palästina. Nur Jerusalem erhielt sich frei. Aber bald (586) wurde es ebenfalls erobert von den Babyloniern. Trotzdem wuchs und gedieh das jüdische Volk weiter, aber nicht mehr in Palästina, sondern in der Diaspora der Zerstreuung. Wohl erhielten die Juden im Jahre 538 von den Persern die Erlaubnis, Jerusalem wieder als ihre Stadt aufzurichten, aber es wurde nicht die Hauptstadt eines nationalen, die ganze Nation umfassenden Reiches, sondern eine Stadt inmitten einer nichtjüdischen Bevölkerung, ein Wallfahrtsort, die Stätte des Tempels Jehovas, zu dem die Juden von allen Enden der Welt pil-

gerten, um dort in historischen Erinnerungen und messianischen Hoffnungen zu schwelgen. Die Juden in der Diaspora hörten auf hebräisch zu sprechen, das gleiche trat schließlich für die Bewohner Palästinas ein.

Staatliche Selbständigkeit haben die Juden nicht mehr erlangt. Jerusalem mit seinem Gebiet stand zuerst unter den Persern, dann seit Alexander dem Großen unter den Griechen, schließlich unter den Römern, die im Jahre 70 nach Christo Jerusalem zerstörten und dem letzten Rest seiner Unabhängigkeit ein Ende machten.

Wenn die Juden jetzt, im 20. Jahrhundert nach Christo meinen, ihr nationaler Staat müsse gerade in Palästina eingerichtet werden, so ist das historische Recht, auf das sie sich berufen, noch brüchiger als jedes andere historische Recht. Es ist mehr als zwei Jahrtausende alt.

Für uns Sozialdemokraten kann das historische Recht keine Ansprüche verleihen. Die sozialdemokratischen Parteien haben denn auch bis zum Weltkrieg fast einmütig den Zionismus abgelehnt. Mit großer Entschiedenheit auch die große Mehrzahl der Juden in unseren Reihen. Sie betrachteten ihn als eine durch die traurige Lage des Judentums begründete, aber völlig aussichtslose romantisch-reaktionäre Utopie.

Der Weltkrieg hat den Zionismus belebt, ihm anscheinend eine reale Grundlage gegeben und dadurch auch bei vielen unserer Genossen die ablehnende Haltung erschüttert, die sie bis dahin den zionistischen Bestrebungen entgegensetzten.

Die Juden gingen in den Weltkrieg nicht als eine besondere Nation, mit einer besonderen Politik, die sie der Politik der anderen Nationen entgegensetzten. Sie bezogen sich durch ihre Haltung, wie sehr sie trotz ihrer traditionellen Eigenart bereits mit den Nationen verschmolzen waren, in denen sie lebten. Die in Deutschland lebenden Juden fühlten sich als Deutsche, die in Frankreich lebenden als Franzosen. Kein gemeinsames jüdisches Interesse überbrückte für sie den nationalen Gegensatz zwischen Deutschen und Franzosen. Die wenigen, die ihn zu überbrücken verstanden, taten es als Pazifisten, im Verein mit nichtjüdischen Pazifisten, nicht auf der Grundlage des Judentums.

Trotzdem erschien es hüben wie drüben den Regierungen angezeigt, den Juden als solchen besondere Berücksichtigungen zu machen, um sie für sich zu gewinnen. Das Judentum war ein zu wichtiger Faktor der europäischen Politik geworden, sowohl durch sein Wissen und Können wie durch sein Geld.

Auf beiden Seiten, bei der Entente wie bei den Zentralmächten schienen die Lockungen des Zionismus das wirksamste Mittel der Demagogie im Judentum zu sein. Man griff um so eher dazu, als man den Juden etwas versprach, was man nicht selbst, sondern was ein anderer abzutreten hatte, nämlich die Türkei. Außerdem aber erwartete auch jede der beteiligten Großmächte in den Juden in Palästina eine Hilfstruppe für die eigenen imperialistischen Bestrebungen zu finden.

Im Sinne dieser Bestrebungen veröffentlichte Professor Ballod im Jahre 1917 eine Schrift über „Palästina als jüdisches Ansiedlungsgebiet“, in der er ausführte, „daß es im Interesse Deutschlands und Oesterreichs liegt, wenn sich größere jüdische Massen in der Türkei ansiedeln“. Einmal deswegen, weil dadurch dem armen Menschen und Mitteln verarmten türkischen Bundesgenossen neue Menschen und Mittel zugeführt werden. Dann, weil die zuwandernden Ostjuden deutsch sprechen und so den Handel der Türkei mit den Zentralmächten fördern dürften. Endlich deshalb, weil die Juden in Palästina ein Gegengewicht gegen die England freundlichen Araber bieten könnten.

Indes, ebenso sehr wie die Deutschen, meinten die Engländer, eine Vermehrung der jüdischen Bevölkerung in Palästina müsse ihnen nützen, unter der Voraussetzung, daß diese Bevölkerung in ihren Existenzbedingungen auf das Bestehen der englischen Herrschaft dort angewiesen sei. Schon im November 1917 verhielt Balfour den Juden in Palästina zwar nicht einen Nationalstaat, wohl aber eine Heimstätte für ein paar Tausend Juden, die gesichert dort wohnen sollten, solange britische Bajonette über ihnen wachten.

Das besagte im Grunde sehr wenig, und doch ließen sich nicht nur die Zionisten dadurch betören, in der Balfourschen Erklärung die Erfüllung ihrer Wünsche zu sehen, sondern auch außerhalb des Zionismus selbst in nichtjüdischen Kreisen, ja selbst bei vielen Parteigenossen stellte sich der Wahn ein, jetzt brauchten nur ein paar Hunderttausend von den 14 Millionen Juden der Welt in Palästina einzuwandern und die Judenfrage sei gelöst, die Zukunft des Judentums gesichert.

In Wirklichkeit haben die neuen Bedingungen die Aussichten des Zionismus nicht verbessert.

(Ein zweiter Artikel folgt.)

Zweimal Tannenberg!

Nationaler Sturm nach Osten.

In Frankfurt a. d. O. hielt die Deutsch-nationale Volkspartei eine Ostmarkentagung ab. Erzelenz von Kries: Deutschland werde nie auf den Anspruch, den es auf Polen- und Westpreußen habe, verzichten und verzichten können. „Freiherr“ von Hehl nannte die preußische Schulordnung von 1928 einen nicht gutzumachenden Fehler, da künstlich Kinderheiten geschaffen würden. Hugenberg unterstrich die Notwendigkeit, auf wirtschaftlichem und geistigem Gebiet im Osten noch einmal eine Tannenbergschlacht zu schlagen. Der Young-Plan bedeute „Knechtschaft bis 1988“.

Gleichzeitig bringen volksparteiliche Abgeordnete eine kleine Anfrage im Reichstag ein, die den Sinn hat, daß durch die zugesagte Entschädigung der armen Opfer der Räumung im Westen „nunmehr erneut in den preußischen Ostgebieten das Gefühl laßt, daß das Reich und Preußen für den durch den Kriegsausgang ebenfalls schwer geschädigten Osten geringeres Interesse haben als für den Westen“.

Der kauft alle 3!

Und alles — der Mantel, der Anzug und der Knabenmantel — vollwertige Kleidung aus guten Stoffen, von guter Verarbeitung und untadeliger Paßform.

Dieses Inserat soll Ihnen die Kauf- und Sparmöglichkeiten, wenn Sie bei uns kaufen, vor Augen führen.

Wir werben Anhänger für unsere Devise:

Von jetzt an „stets gut gekleidet“

Und unsere Preise sollen es Ihnen leicht machen, ihr Folge zu leisten.

Unmoderne, alte Kleidung schädigt Sie in Ihrem Fortkommen. Legen Sie die beiseite und kaufen Sie sich neue, moderne Kleidung, die Ihnen den Existenzkampf erleichtert.

Wie wenig das kostet, das sehen Sie ja an diesen Beispielen. Aber wenn Sie es in einer immensen Auswahl tausendfach bestätigt haben wollen —

GEHEN



39⁵⁰
Der moderne blaue Sakk-Anzug, unentbehrlich und geschätzt für Strohe und Beruf. Aus reinwoll. Kammgarn, sehr gute Verarbeitung

11⁰⁰
Der moderne Ulster; sehr dankbare Qualität, auf sehr schönem, warmen Fancy-Futter. Für 8-9 Jahre (sind. entzpred.)

49⁵⁰
Der elegante hochmoderne Ulster; sehr gute, tragfähige Ware, mit bestem Ueberkaro; elegante Verarbeitung auf gesteppter Kunstseide

SIE ZU C&A

BRENNINKMEYER
Königstr. 33 Chausseestr. 113
Am Dtl. Alexanderplatz Beim Stuttgarter Bahnhof

Nachdruck von Wort und Bild verboten!

Die obigen Angebote stehen Ihnen ab Freitag zur Verfügung! — Schriftliche Bestellungen können nicht berücksichtigt werden!

Riesenbank und Angestelltenentschied

Zur Fusion Deutsche Bank-Disconto-Gesellschaft.

Mit haben den Genossen Benno Marx, den Geschäftsführer des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankangestellten, gebeten, seine Auffassung über Bedeutung und Auswirkungen des Zusammenschlusses der beiden größten D-Banken speziell für die Bankangestellten und deren Forderungen darzulegen.

Ueber die Gründe, die zum Zusammenschluß der beiden Institute geführt haben, streiten die Gelehrten. Auffällig ist jedenfalls, daß der Beginn der Fusionsverhandlungen zeitlich mit dem Frankfurter Versicherungstrag zusammenfällt, Tatsache auch, daß die Direktion der Disconto-Gesellschaft längst nicht mehr im Orchester der Großbanken die erste Geige spielte, wie ehemals. Und da da baßt sich in dem nun aus zwei Kolossen sich formenden Riesenblock — mit 429 Millionen Aktientkapital und offenen Reserven, 4 1/2 Milliarden fremder Gelder und einem Umsatz von fast 400 Milliarden — eine gewaltige Macht zusammen, der gegenüber es gilt, die Augen offenzuhalten. Ebenso muß man sich darüber klar sein, daß der Zusammenschluß der beiden Institute

nicht nur eine Addition, sondern eine Multiplikation von Kräften und Einfluß

bedeutet. Die Folgen der Fusion, die nicht den Abschluß der Konzentrationsbewegung im Bankgewerbe darstellt, sondern den Anfang einer Zusammenschlußbewegung von größtem Ausmaße, werden nicht nur die Bankangestellten allein zu spüren bekommen, sondern ihre Auswirkungen und Ausstrahlungen werden sich sehr bald auch in Industrie und Handel bemerkbar machen. Waren Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft bereits bisher gemeinsam mit 14 Industriekonzernen verflochten, die Deutsche Bank bzw. die Disconto-Gesellschaft jede für sich mit weiteren 16 bzw. 15, so wird sich in Zukunft der Einfluß der „Debisto“ auf 45 Industriekonzerne (von 55 insgesamt) erstrecken. Hier sehen wir eine mehrheitlich gigantische Steigerung der Einflußsphäre des neuen Bankkolosses.

Es ist selbstverständlich, daß die Fusion zu einer Quelle steigender Beunruhigung der Bankangestellten geworden ist.

Allen Angestellten kommt die Unsicherheit ihrer Stellung mit brutaler Deutlichkeit zum Bewußtsein.

Niemand weiß heute, ob er nicht morgen gekündigt und damit dem Schicksal einer ungewissen Zukunft preisgegeben wird. Denn stets versucht man unten zu rationalisieren. Seit der Inflation haben die vier D-Banken mehr als 70 000 Angestellte, das sind zwei Drittel der Belegschaften, abgebaut. Bei dem Kontroll- und Leitungsapparat indessen sind ähnliche Schritte unterblieben, so daß hier ein kraßes Mißverhältnis klafft. Es kann nicht bestritten werden, daß der Kontroll- und Leitungsapparat der Banken dreifach überbesetzt und dabei zum Teil erheblich überaltert ist. Auch diese Tatsache beweisen, daß die Fusion andere Ursachen haben muß, als Zweck- und sinnvolle Rationalisierung. Den Abbau, soweit ihm diese Tendenz innewohnt, hat die Bankangestelltenchaft in geradezu bewundernswürdiger Haltung ertragen.

Jetzt liegen die Dinge ganz anders.

Die Umfänge der vier D-Banken haben sich seit 1924 nahezu verdreifacht. Die Zahl der Renten ist außerordentlich gestiegen, allein bei der Deutschen Bank von 230 770 auf 422 694. Dagegen hat sich der Durchschnittsbetrag des einzelnen Buchungsjahres stark reduziert. So ist z. B. der Durchschnittsbetrag der Warenwechsel bei der Disconto-Gesellschaft im Vergleich 1927:1928 von 2321,10 M. auf 1802,06 gefallen. Ich behaupte, daß die in den Banken zu bewältigende Arbeitslast sich seit 1924 vervielfacht hat, bei einer um zwei Drittel verringerten Angestelltenzahl. Hier zeigt sich das Ergebnis des Rationalisierungsprozesses, gleichzeitig aber auch die Wurzel der heute herrschenden empörenden Ueberstundenwirtschaft im Bankgewerbe. Erst in den letzten Tagen sind nach dieser Richtung geradezu unglaublich erscheinende Versätze in der Disconto-Gesellschaft festgestellt worden. Dort hat man in verschiedenen Abteilungen 13 Stunden und mehr, in einem Falle sogar 17 Stunden arbeiten lassen — unter Fälschung der Arbeitszeittafeln. Dagegen ist Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet worden. Bei den anderen Banken sind ebenfalls erhebliche Arbeitszeitüberschreitungen dauernd festzustellen. Dabei wird munter abgebaut. Von diesen Dingen weiß die Öffentlichkeit nichts. Um so notwendiger ist es, sie darauf hinzuweisen.

Angehts dieser Lage sollte man meinen, daß mit dem Abbau der Angestellten Schluß gemacht und statt dessen an einen Wiederaufbau der zu stark reduzierten Belegschaften herangegangen werden müßte. Das Gegenteil ist beabsichtigt. Neue Abbaupläne werden vorbereitet. Wiederrum sollen einige tausend Angestellte zur Entlassung gelangen. Dagegen müssen die Bankangestellten sich entscheiden zur Wehr setzen; denn mit vernünftiger Rationalisierung hat ein so weitgehendes Abbauprogramm nichts mehr zu tun. Die Bankangestellten müssen verlangen, daß, bevor über einen weiteren Abbau von Angestellten auch nur diskutiert werden kann, zuvor das

krasse Mißverhältnis zwischen Arbeitsbienen und Bureaukratie beseitigt wird.

Man sehe sich einmal die Zahl der Unterschriftsträger an, dann weiß man, was zu geschehen hat. Allein in der Zentrale der

Deutschen Bank, Berlin, sind 102 Vorstandsmitglieder, Stellvertreter, Direktoren, Generalbevollmächtigte und Abteilungsdirektoren vorhanden. Dazu kommt noch ein ganzes Heer von Protokuristen, Bevollmächtigten und Kontrollleuten. Ein anderes Beispiel: Eine Nürnberger Großbankfiliale beschäftigt 5 Direktoren, 9 Protokuristen, einen Bevollmächtigten bei einem Personalbestand von rund 50 (!) Angestellten.

Will man also wirklich rationalisieren, dann ist hier der Hebel anzufassen, die Vollbeamten nicht ausgenommen, von denen jeder einzelne mehr verdient als 300 Angestellte zusammen. Hier könnten Ersparnisse erzielt werden, die in die Tugend von Millionen gehen, ist doch festgestellt worden, daß im Bankgewerbe die Unkosten sich so verteilen, daß auf sachliche Ausgaben 20 Proz., auf persönliche 80 Proz. entfallen. Von diesen 80 Proz. entfallen auf die Direktoren allein 1/3, die Protokuristen und Bevollmächtigten ein weiteres 1/3, während das ganze große Heer der Angestellten sich mit der Hälfte zu bescheiden hat. Mit anderen Worten: Der stark überbesetzte Leitungsapparat verschlingt allein fast die Hälfte der gesamten persönlichen Unkosten.

Man führe also zuerst den leeren Leitungsapparat auf das wirtschaftlich gebotene Maß zurück, bevor an eine weitere Reduktion des Angestelltenkörpers gedacht werden darf. Angestellte aber können m. E. überhaupt erst dann für den Abbau in Frage kommen, wenn vorher die Ueberzeitarbeit abgeschafft, die angesichts der nennenswerten Maschinenarbeit erforderliche sechsstündige Arbeitszeit in den Maschinenabteilungen und die 42stündige Wochenarbeitszeit in den anderen Bankbüros eingeführt ist, die früher im Bankgewerbe schon bestanden hat. Neben strenger Kontrolle der Banken durch die Gewerbeaufsicht wird es

Aufgabe des Reichsarbeitsministeriums

sein, Verpflichtungen bindender Art den Bankleitungen für den Fall aufzuerlegen, daß trotz Beobachtung dieser Forderungen ein weiterer Abbau von Angestellten ins Auge gefaßt werden sollte. Für diesen Fall wird gefordert, daß die älteren Angestellten ausreichend pensioniert, jüngere in neue gesicherte Positionen bei befreundeten Unternehmungen untergebracht und solchen Angestellten, die sich eine neue Existenz aus eigener Initiative schaffen wollen, ausreichende Mittel dafür zur Verfügung gestellt werden müssen.

Ferner ist zu verlangen, daß, wenn zu einem späteren Zeitpunkt angesichts des wachsenden Geschäftsumfanges — und diesem Zweck soll die Fusion doch wohl ebenfalls dienen — wieder Neueinstellungen erforderlich werden, dabei in erster Linie auf die abgebauten Angestellten zurückgegriffen werden muß.

Benno Marx.

Geldkalamität beim Wohnungsbau.

Drohende Verzögerung der Baubeginne.

Seit Beginn des Jahres sind nach dem Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung 775 Millionen Mark Wohnungsbauhypotheken erteilt worden gegen 955 Millionen von Januar bis September des Vorjahres, also rund 180 Millionen (d. h. etwa 19 Proz.) weniger als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Besonders in den letzten Monaten stockte die Finanzierung des Wohnungsbaues mit Hypothekendarlehen fast vollständig. Im dritten Vierteljahr dürften kaum mehr als 80 bis 90 Millionen Mark ausgedrückt worden sein (gegenüber rund 345 Millionen im Durchschnitt der ersten zwei Vierteljahre).

Diese Abnahme ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Kreditgewährung der Hypothekendarlehenbanken und der öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten wesentlich nachgelassen hat. Diese Institute haben in den ersten neun Monaten dieses Jahres etwa 525 Millionen Mark, d. h. rund 360 Millionen Mark weniger als in der entsprechenden Zeit des Jahres 1928, an städtischen Hypotheken ausgeschrieben. Dagegen sind die Sparkassen stärker hervorgetreten; sie konnten jedoch den Rückgang in der Gewährung der Bodenkreditinstitute bei weitem nicht ausgleichen.

Da sich die Wohnungsbautätigkeit dieses Jahres bis jetzt annähernd auf Vorjahreshöhe gehalten hat, mußte der Ausfall an Hypothekendarlehen durch verstärkte Inanspruchnahme kurzfristiger Kredite ausgeglichen werden. Der Betrag dieser „Zwischenkredite“ ist zum Teil mit rund 1/2 Milliarde Mark zu veranschlagen. Der Abbau der bereits fälligen Zwischenkredite stellen sich Schwierigkeiten entgegen; denn ein Teil der Bodenkreditinstitute ist infolge des stockenden Pfandbriefabsatzes nicht in der Lage, die früher zugelagerten Hypothekendarlehen jetzt auch tatsächlich auszusahlen. Somit können die Zwischenkreditinstitute diesen Teil ihrer Ausleihungen nicht wieder für andere Bauten zur Verfügung stellen.

Die Stockung im Zwischenkreditgeschäft dürfte sich vor allem in einer Verzögerung der Baubeginne während der nächsten Monate auswirken. Da vorläufig mit einer Belebung im Beleihungsgeschäft der Bodenkreditinstitute nicht zu rechnen ist und auch die Sparkassen kaum eine noch stärkere Ausdehnung der Reudleihungen werden vornehmen können, sind die Aussichten für die Wohnungsbaufinanzierung um die Jahresmitte 1929/30 noch ungünstiger als in den vorangegangenen Monaten.

Deutscher Schuhaußenhandel.

Kräftige Ausfuhrsteigerung bei sinkender Einfuhr.

Die Entwicklung des deutschen Schuhaußenhandels kommt den Zollwünschen der Fabrikanten sehr in die Quere. Die Zollforderungen der Schuhindustrie vom Frühjahr dieses Jahres fußten auf dem starken Einfuhrüberschuß und dem wachsenden Verbrauch des leichteren ausländischen Schuhwerks in Deutschland in den letzten beiden Jahren.

Im Laufe dieses Jahres ist nun eine überraschende Veränderung in der Entwicklung der Ein- und Ausfuhr von Lederschuhwerk eingetreten. Schon im ersten Halbjahr 1929 hatte sich die Einfuhr von 3,02 auf 1,65 Millionen Paar verringert, während die Ausfuhrmenge von 1,0 auf 1,17 Millionen Paar leicht gestiegen war. In den letzten drei Berichtsmonaten Juni bis August hat sich im einzelnen diese günstige Entwicklung des Schuhaußenhandels kräftig fortgesetzt. So betrug

	die Einfuhr	die Ausfuhr
Juni 1929	155 900 Paar	174 250 Paar
Juli 1929	72 000 „	170 045 „
August 1929	66 750 „	205 320 „

Im Vergleich mit den entsprechenden Monaten des vergangenen Jahres ergibt sich für Juni ein Einfuhrrückgang von 70,4 Proz., für Juli von 53,8 Proz. und für August von 65,1 Proz. Dagegen erhöhte sich die Ausfuhr im Juni dieses Jahres um 39 Proz., im Juli um 44,6 Proz. und im August um 26,7 Proz. Die Entwicklung des Schuhaußenhandels in den letzten Jahren zeigt folgendes Bild:

	Einfuhrüberschuß
1927	710 000 Paar
1928	2 190 000 „
Jan bis Aug 1929	243 878 „

Der Einfuhrüberschuß an Lederschuhwerk wird also im laufenden Jahre nur einen Bruchteil gegenüber dem Vorjahre ausmachen. Noch günstiger aber ist die Entwicklung der wertmäßigen Aus- und Einfuhr von Lederschuhwerk. Hier übertrifft die Ausfuhr bereits den Wert der eingeführten Schuhmengen um rund 1/2 Millionen, ist also aktiv geworden.

Diese Entwicklung beweist, daß die deutsche Schuhindustrie die geforderten Zollserhöhungen nicht notwendig hat, um der Auslandskonkurrenz auf dem einheimischen Markt Schach bieten zu können. Mit der Erhöhung der Schuhzölle würden nicht nur handelspolitische Schwierigkeiten geschaffen, sondern auch die notwendigen Rationalisierungsmaßnahmen in der Schuhindustrie gehemmt werden.

Strefemanns Tod und die Börse.

Kursstärkung durch Großbanken.

Der Tod Strefemanns hat auf die Berliner Börse äußerst starke Auswirkungen gehabt. Von einer Schließung der Börse, die man in den Morgenstunden plante, sah man jedoch ab. Das hat sich wohl als richtig erwiesen. Man kann jetzt wenigstens feststellen, daß die Berliner Börse durch ihren Mut, den Dingen entgegenzutreten, an einem schwarzen Tag vorbeigekommen ist. Die Bank, die man durchweg bei Beginn der Börse erwartete, ist nicht eingetreten. Das lag jedoch nicht an der Stimmung der Börse, sondern an einer ausgedehnten Kursstärkung der Großbanken. Das Angebot wird äußerst stark. Dem traten die Banken durch Kaufaufträge entgegen. Die Mitglieder des Börsenvorstandes hatten auch beschlossen, dort, wo sich größere Kursabschläge ergeben sollten, die Kurse streichen zu lassen. So ist es wohl zu größeren Kursabschlägen, aber nicht zur Katastrophe gekommen.

Bestand der Kraftfahrzeuge in Deutschland.

Zunahme um 30 Proz. auf 1,18 Millionen Fahrzeuge.

Die Zahl der in Deutschland vorhandenen Kraftfahrzeuge belief sich nach einer Statistik vom 1. Juli 1929 auf 1,18 Millionen. Gegenüber dem Vorjahr hat sich demnach der Reichsbestand um rund 269 000 Fahrzeuge, also um fast 30 Proz. erhöht, während in der entsprechenden Zeit des Vorjahres das Wachstum des Kraftfahrzeugbestandes sich auf 203 300 Stück stellte.

Auf Personenkraftwagen entfielen hiervon am 1. Juli 81 200 mit einer Steigerung von 23 Proz., Lastkraftwagen 20 000 mit einer Steigerung von 16 Proz., während die Zahl der Motorräder ganz außerordentlich stark um 168 000 auf 606 400 Einheiten zugenommen hat. Dies entspricht einer Zunahme von annähernd 40 Proz. Hieron haben sich die Kleinkraftfahrzeuge reichlich verdoppelt, wegen die mittleren und schweren Maschinen infolge der Abwanderung kaufkräftiger Käuferkreise zum Kleinkraft nur eine Zunahme von 15 bis 17 Proz. aufzuweisen haben.

In den Sommermonaten hat sich der Verkauf von Autos und Motorrädern sehr gut entwickelt, so daß in diesen Tagen die Gesamtzahl der in Deutschland laufenden Kraftfahrzeuge über 1,25 Millionen betragen dürfte. Es würde damit auf jeden 50. Einwohner ein Kraftfahrzeug und auf jeden 100. Ein-

Musikaufträge

Übergibt man nur dem Wahnwitz des Deutschen Kulturbundes, Berlin, Kommandantenstr. 63/64, Dönhofs 327-78, Bestellschein 9-5, Sonntags 10-3 Uhr auf Wunsch: Vertreterbesuch

ZIGARILLOS

Qualitätszeugnisse von hervorragendem Geschmack

Gesundes und billiges Rauchen!



LOESER & WOLFF

wohner in Deutschland ein Kraftwagen entfallen. Der rasche Fortschritt der Motorisierung auch in Deutschland wird dadurch gekennzeichnet, daß 1914 erst auf jeden 700. Einwohner ein Kraftfahrzeug entfiel.

Ist das Gerechtigkeit? Zur Verteilung der Ostpreußenkredite.

Im Frühsommer 1929 verabschiedete der Reichstag abermals ein Gesetz für eine Ostpreußenhilfe, durch die der Provinz, deren Notlage außer Zweifel steht, Millionenbeträge zustoßen. Damals sprachen wir die Hoffnung aus, daß die vom Reichstag bewilligten Gelder auch an die richtige Stelle kommen. Das Reich trug dieser Forderung Rechnung, indem ein besonderer Kommissar für Ostpreußen bestellt wurde.

Dieser Kommissar hat anscheinend nicht verhindern können, daß die Verteilung der Ostpreußenhilfe wieder mal durchaus einseitig und ungerecht vorgenommen wird. Die „Königsberger Volkszeitung“ stellt z. B. fest, daß es der Grundbesitz, unter Duldung des Oberpräsidenten, verstanden habe, die Richtlinien über die Verteilung der Ostpreußenhilfe so verschommen wie nur möglich zu gestalten und die Verteilung selbst mit den besonders ausgefuchsten Kreditausschußmitgliedern selbstherrlich vorzunehmen. Ueberblickt man die Zusammenstellung der an die ostpreußische Landwirtschaft zur Verteilung gelangten Beihilfen und billigen Darlehen des Reichs und Preußens bis zum Abschluß des ersten Halbjahrs 1929, dann muß man der „Königsberger Volkszeitung“ nur zustimmen.

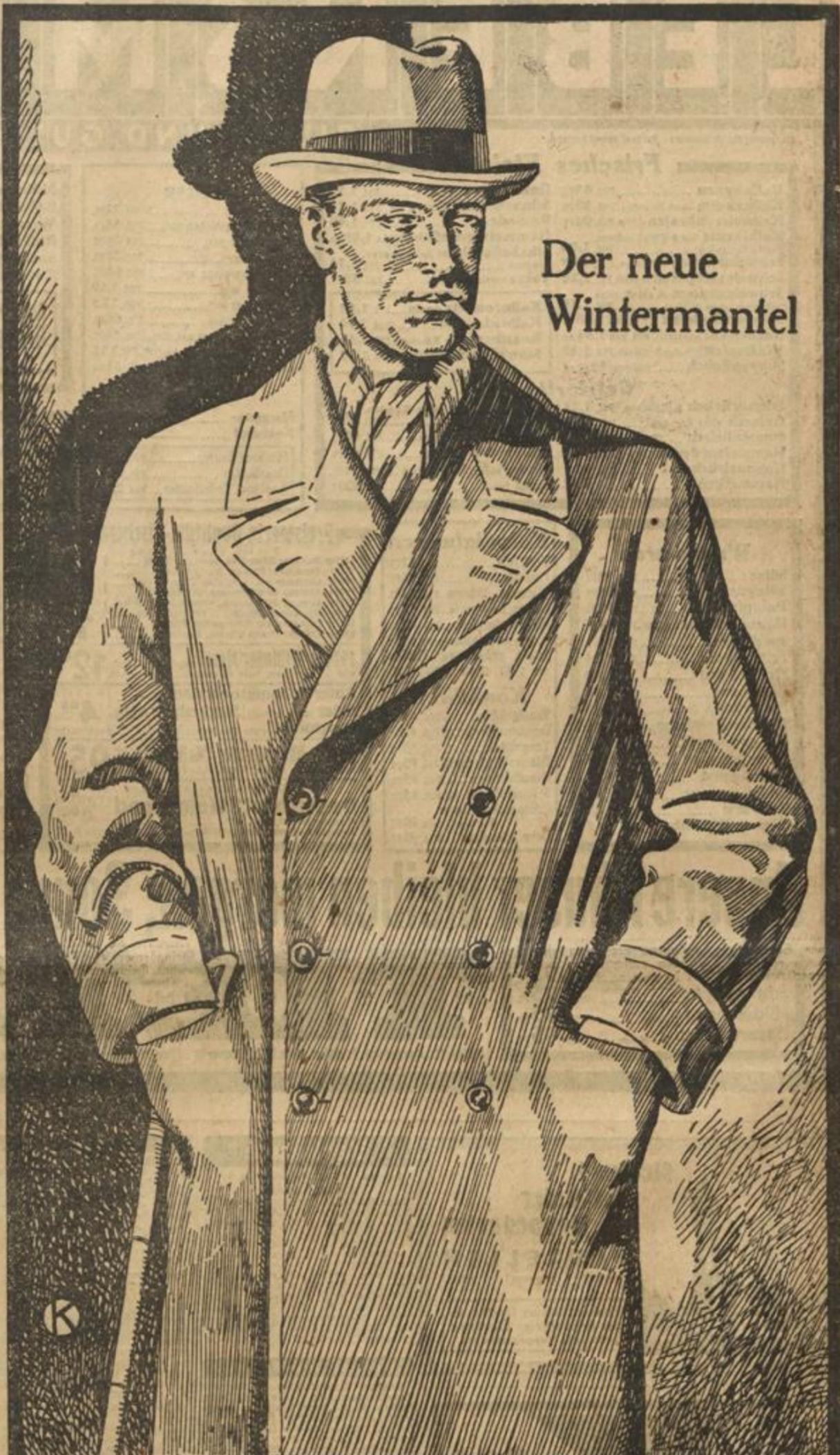
Bis zum genannten Termin wurden etwa 53.290 Millionen Mark ausbezahlt. Davon entfallen 11.641 Millionen Mark auf die bäuerlichen Betriebe, also auf Betriebe in einer Größe bis zu 100 Hektar, dagegen 41.658 Millionen Mark auf den Großgrundbesitz (Betriebe von 200 Hektar bis über 500 Hektar). Betriebe mit einer Besitzgröße bis 100 Morgen erhielten pro Morgen im Kreis Bartenstein 12 Mark, im Kreis Insterburg 11 Mark, im Kreis Osterode 9 Mark, im Kreis Stuhm 10 Mark und im Kreis Wehlau 8 Mark, Betriebe über 400 Morgen dagegen in Bartenstein 73, in Insterburg 68, in Osterode 62, in Stuhm 86 und in Wehlau 83 Mark. Je kleiner der Besitz, desto weniger Staatshilfe.

Wenn man die Eigentumsverhältnisse berücksichtigt und bedenkt, daß in den genannten Kreisen 63 Proz. landwirtschaftlich genutzter Fläche dem Bauernstand (unter 400 Morgen) und nur 37 Proz. dem Großgrundbesitz (über 400 Morgen) gehören, so kommt man zu dem Ergebnis, daß die Bauern mit 63 Proz. Eigentum nur ¼ und die Großgrundbesitzer mit 37 Proz. = ¾ der Staatsbeihilfen erhalten haben. Zieht man in diese Rechnung die ganze Provinz ein, so ergibt sich folgendes: Alle bäuerlichen Betriebe Ostpreußens bis 400 Morgen, die 98 Proz. aller Betriebe mit 49,6 Proz. der Gesamtfläche ausmachen, erhielten 11.641 Millionen Mark = 21,8 Proz. der verteilten Hilfssummen. Der Großgrundbesitz über 400 Morgen mit 2 Proz. der Betriebe und 50,4 Proz. der Gesamtfläche erhielt 41.658 Millionen Mark = 78,2 Proz. der Ostpreußenhilfe. Also auch hier, je kleiner der Betrieb, um so geringer die Hilfe. Auf den einzelnen Hektar entfallen bei Grundstücken von 5 bis 10 Hektar 1,26 Mark, bei 10 bis 20 Hektar 2,70 Mark, bei 20 bis 50 Hektar 7,20 Mark, bei 50 bis 100 Hektar 13,20 Mark, bei 100 bis 200 Hektar 28 Mark und bei 200 bis 500 Hektar 46 Mark!

Das nennt sich Bauernpolitik. Es scheint an der Zeit zu sein, in Ostpreußen wieder einmal nach dem Rechten zu sehen!

Braunshweiger Jute verstärkt ihre Reserven. Die Braunshweiger Juteindustrie A.-G. legt zwar ihre Dividende für das letzte Geschäftsjahr von 8 auf 6½ Proz. herab, jedoch sind die Erträge des Unternehmens kaum geringer als im Vorjahr. So wird ein Rohgewinn von 650.000 gegen 670.000 Mark ausgewiesen. Wenn der Reingewinn nur mit 190.000 gegen 260.000 Mark im letzten Jahr erscheint, so ist das eher auf verstärkte Reservebildung als auf einen Gewinnrückgang zurückzuführen. So ist die Steuerreserve, die noch vor zwei Jahren erst 75.000 Mark betrug, sodann im Vorjahr auf 220.000 Mark sprang, diesmal mit 330.000 Mark ausgewiesen. Wenn die offenen Reserven in der Bilanz erreichen fast 1 Million und betragen damit die Hälfte des Aktienkapitals. Das Unternehmen ist also mit Reserven sehr gut ausgestattet.

Die Epa Einheitspreis-A.-G. macht glänzende Geschäfte. Die ganz im Besitz von Rudolph Karstadt befindliche Einheitspreis-A.-G. hat im abgelaufenen Geschäftsjahr ausgezeichnet verdient, so daß sie die Zahl ihrer Filialen von 13 auf 29 erhöhte. Der Umsatz stieg von von 18,5 auf 45 Millionen Mark und hat in den ersten Monaten des laufenden Geschäftsjahrs die Höhe von 6 Millionen Mark monatlich erreicht. Bei zwei Millionen Mark Aktienkapital wurde ein Reingewinn von 543.000 Mark erzielt, aus dem 12 Proz. Dividende gezahlt werden.



Der neue Wintermantel

A. HEFTER SEIT 75 JAHREN

HEFTERS billige Qualitäts-Fleischwaren:

Rindronaden Mk. 1,40 p. Pfd.
Kalbschuttel 1,90 . . .
Käsebraten von 1,50 . . an.
Käsebraten

Ochsenfleisch billiger!

Prima Oderbruder Halermastgänse . . 1,45 p. Pfd.
Gänseauschlachtung in allen Filialen.

Prima Suppenhühner! Feinste Brathühner!

Beachten Sie die erlesene Qualität,
die saubere Zucht, die billigen Preise!

Für die Kochwurstsaison!

Aus unserer reichhaltigen Auswahl feiner Rotwurst-Spezialitäten empfehlen wir:

Dellkaleh-Zungenwurst
Zungen-Filetwurst
Gut-Fleischwurst
Landblutwurst
Rotwurst weiß. Art
Fleischwurst II Mk. 1,- p. Pfd.
Rotwurst Hallescher Art 0,90 . . .
Billige Blutwurst 0,70 . . .

Ausgezeichnet in Reinheit und Güte. Bietet für jeden Geschmack, für jeden Geldbeutel

Hochfeine
Molkerei-Butter
1,92 Mark
pro Pfund.

erst einmal,
bald öfter,
dann immer

A. HEFTER

In mehr als 40
verschiedenen Größen
vorrätig!

Hauptpreislagen:

M. 48.-, 58.-, 68.-, 78.-, 88.-,
98.-, 115.-, 125.-, 150.-, 175.-

PEEK & CLOPPENBURG
BERLIN, GERTRAUDENSTRASSE 25-27

Emil Bönnehycke: Der Goldgräber

(Schluß)

Der Goldgräber fuhr fort:
„Es ist nicht so einfach... das zu erzählen...“ Er senkte die Stimme: „Ja, verstehen Sie, Herr Pastor, wenn ich sage, daß ich in die Minen mußte... das ging so zu... ich wurde ge-
läßt...“

„Gefährlich?“
„Ja, — von der Polizei!“
Dem Pfarrer gab es einen Ruck. Er blinzelte seinen Landsmann an... Frederik Anthonen schielte einen Augenblick, als ob er bei sich beratschelte, ob er weiter erzählen sollte. Wenn der Pfarrer die ganze Geschichte von Timmins hörte, und warum er nach Timmins gekommen war, würde der gute Eindruck, den der Pfarrer von ihm hatte, verloren gehen. Es wäre auch schade für Alfred und seine Familie. Andererseits war es ja des Pfarrers Beruf, so etwas zu hören...
„Was? ... wie ist denn das zugegangen, Frederik Anthonen?“ fragte der Pfarrer. Er konnte sich kaum von seinem Schreck erholen.
„Das ist so zugegangen, Herr Pastor... eigentlich war es eine Ungerechtigkeits... denn wir hatten nichts weiter begangen... Natürlich waren wir unter den Schritten gekommen... Es gibt nicht viele Gesetze hier in Kanada, aber die paar, die es gibt, geschrieben oder ungeschrieben, die sind streng. Ja, — das ging so zu... ich und ein anderer Däne oben aus Place-River, — Sie wissen, dort, wo die neue Eisenbahn gebaut werden soll, oben in Brülhoff-Columbia... er und ich, wir waren nach Calgary gewandert, um dort Arbeit zu suchen. Doch im Winter ist die Arbeit in Kanada nicht viel wert. In Edmonton, Calgary und Winnipeg gab es viele Arbeitslose. Wir waren eine Zeitlang in der Stadt gewesen und hatten schon kein Nachtquartier mehr. Es war hundetall, und zu essen hatten wir auch nichts mehr. Eines Abends, als die Geschäfte noch offen hatten, gingen mein Freund und ich in eine Bäckerei, um Brot zu kaufen. In dem Augenblick, als der Verkäufer sich umdrehte, nahm mein Kamerad ein Brot vom Tisch und versteckte es unter feinen Mantel. Aber der Mann hatte das im Spiegel beobachtet, oder wie es sonst zugeht, er packte das Brot nicht ein, sondern ging, ohne ein Wort zu sagen, auf die Straße und holte einen Polizisten. Da mußte ich, was geschehen würde. Der Polizist nahm uns mit auf die Station in Young-Street, — oh! ich war so wütend auf den Bäcker, ich hätte ihm eins geben können!... Auf der Station wurden wir gefragt, ob wir kanadische Bürgerrecht besitzen, werden sofort in ihre Heimat abgeschoben... Aber ich bin Kanadier, und ich wurde abgeurteilt. Sie brachten mich nach Timmins. Ich bekam ein Jahr in den Minen. Einen Dollar täglich und die Kost. Wenn ich einmal durch die Eisenbahn war, würde ich nie wieder herauskommen, das wußte ich. In Timmins wird Tag und Nacht gearbeitet. Tagsüber dampft das ganze Gebiet von Staub und Rauch. Nachts ist es wie ein Meer von elektrischen Lampen. Ich arbeitete täglich vierzehn Stunden, wir waren drei Stunden hintereinander unten, etwa tausend Fuß unter der Erde, mit einer Stunde Unterbrechung. Wir wurden in Abteilungen hinabgeführt. Die einen schoben Lorries, die anderen waren beim Sprengen. Wenn ich meine elektrische Lampe hochhob, ganz an die schwarze Felswand, konnte ich das Gold wie Adern im Stein sehen. Das war richtiges Gold. Die guten Minen in Timmins werfen viel Geld ab... Aber die Arbeit da unten! Das ist das Schlimmste, was ich mitgemacht habe. Als ich einen Monat dort gewesen war, bin ich ausgebrochen!“

„Wie haben Sie das fertig gebracht?“ fragte der Pfarrer.
„Ich war mit bei einem Transport Goldbarren von den Minen zur Eisenbahnstation. So ein Transport wird von vier bewaffneten Beamten der Minen begleitet. Ich benutzte meine Chance und sprang vom Zug, in der Nähe von Carlton, und blieb zwei Tage

im Wald. Sie können mir glauben, Herr Pastor, das war hart. Das ging um Leben und Tod...“

Plötzlich erwachte Jones. Das erste, was er tat, war, am Loch in der Wange zu füngern. Der Pfarrer sah, daß die Wunde nicht geheilt war. Jones stand auf und ging auf den Hofplatz.

„Na und dann, Frederik Anthonen?“ fragte der Pfarrer.

„Als ich nach Carlton-Junction kam, wo man nach Elk-Lake umsteigt,“ fuhr der Goldgräber fort, „war dort große Aufregung. Ich hielt mich in Abstand von der Station, aber ich erfuhr doch, daß in der Nacht ein mißglückter Einbruch stattgefunden hatte. Der Stationsmeister war verwundet worden. Sie sagten, er hätte sich verteidigt und hätte auch dem Dieb eins ausgebrochen. Na, das ging mich nichts an, und ich wanderte weiter, die Bahnlinie entlang, bis Temagami, wo man nach den Seen hinab eine Eisenbahn baut. Da hielt einer dieser „service-tranes“, — ja, bei uns zu Hause würde man Arbeiterzüge sagen, — die Arbeiter der neuen Linie wohnten im Zug, ein paar alten Waggons, — da waren Tische und Betten und Dosen dein, und Gardinen vor den Fenstern, und die Frauen und Kinder waren mit. So fährt der Zug mit den Arbeitern und ihren Wohnungen und Familien von Station zu Station... Da traf ich Jones, „Bill“, wie wir ihn nennen. Er sagte, daß er an der Linie Carlton-Temagami gearbeitet und oben in Elk-Lake gewohnt hätte, — aber, wie gesagt: mich kann er nicht zum Narren halten. Ich bin überzeugt, daß er von Timmins kommt und, wie ich, ausgebrochen ist.“

„Woher können Sie das genau wissen?“
Frederik Anthonen zeigte dem Pfarrer seine Hände. Die Handflächen waren rot.

„Ja, denn Jones' Hände sind so rot wie meine,“ sagte er. „Das kommt von der Säure im Wasser beim Goldwaschen.“

Da kam Jones zurück. Der Pfarrer bemerkte, daß das Loch in der Wange rein war. Er war draußen gewesen, die Wunde auszuwaschen...
Jones setzte sich wieder in die Ecke.

„Jetzt lasse ich Sie oder nicht mehr in Ruhe, Herr Pastor!“ sagte Alfred Anthonen und bat den Pfarrer zum zweitenmal zu Tisch.

„Kommen Sie, Frederik Anthonen,“ sagte der Pfarrer. „Sie erzählen so interessant, kommen Sie mit!“

Sie standen auf und folgten Alfred Anthonen in die Speisekammer, — Jones blieb sitzen.

Zur gleichen Zeit trat der Friedensrichter von Salmonhurst mit seinen beiden fremden Begleitern in die Stube, um auch zu Tisch zu gehen. Er begrüßte den Pfarrer und den Bruder des Wirtes:

„Guten Tag, Frederik Anthonen. Das ist schön, daß man Sie wieder einmal hier sieht. Sie waren lange fort!“

„Ja,“ sagte Frederik Anthonen tollkühn. „Ich habe im Westen gearbeitet, bald vier Jahre.“

„Das sind Polizisten aus St. John. Sie sind nach Neu-Dänemark gekommen, weil sie meinen, daß die Spur eines Mannes, den sie suchen, hierher führt, — der soll in Temagami, oben an der Bahnlinie, etwas begangen haben. Er hat den Stationsmeister verwundet. Aber der Stationsmeister hat ihn ins Gefängnis geschossen...“

„Da aber...“ plätscherte der Pfarrer heraus. Er wollte etwas sagen.

Frederik Anthonen machte eine ruhige Wendung zur Stube hinaus und stürzte in die Küche.

Der Platz an der Ecke zwischen der Türe und dem vernickelten kanadischen Herd war leer.

Jones war fort.

Am Abend, gegen Mitternacht, als der Friedensrichter und seine Begleiter zum Fluß hinabkamen, um das Auto über den Strom zu setzen, lag die Fähre auf der anderen Seite. Es dauerte lange, bis sie sie freimachen konnten, sie war vorförmlich vertaut. Es wurde spät, bevor der Friedensrichter und seine beiden Gäste nach Salmonhurst heimkamen und sich schlafen legen konnten.

(Berichtigte Uebersetzung aus dem Dänischen von Adolf Robitzsch.)

Die Weite der Reise sieht selbstverständlich außerhalb des Reiches der kleinen Flugkünstlerin, denn sie hängt völlig von der Luftströmung ab. Oft wird sie nur ein paar Meter betragen, doch hat man solche Spinnen auch schon viele Meilen weit vom Lande entfernt an Schiffen auf hoher See entdeckt. Das ist keineswegs verwunderlich, wenn man bedenkt, wie weit oft Samen und Insekten durch Stürme verschlagen werden. Da der Herbst zu den windigsten Zeiten des Jahres gehört, begünstigt er schon dadurch die Reisen der Spinnen, die sich auch schlechten Naturbeobachtern durch ihre wehenden Fäden verraten.

Bernsteinfunde bei Berlin

Wer in den Ferienlagen am Ostseestrande Bernstein gesucht hat, wird meist nur nach Stürmen, welche den Meeresgrund aufrührten, in einer an den Strand geworfenen, etwas dunkleren Sandmasse Bernsteinstücke zwischen Seetang gefunden haben. Die Funde pflegen jedoch nicht zu groß und zahlreich zu sein, größere Stücke finden sich erst im östlichen Teile der See, wo auch der Bernstein aus dem Meeresboden in Schichten „blauer Erde“ gewonnen wird. Da die Umgebung Berlins in ihrer geologischen Grundformation die gleiche wie die des Ostseegebietes ist, wird es nicht allzu verwunderlich erscheinen, wenn auch in der Mark eine solche Scholle bernsteinhaltiger blauer Erde sich findet, die aber fast überall durch andere Erdschichten in einer Tiefe von mehreren Metern bedeckt ist.

In der Umgebung von Berlin ist jedoch der alte Kiefernbestand auf einer großen Fläche niedergelegt und bei dem Bau eines Kanals vor Jahren eine solche bernsteinhaltige Scholle angezapft worden. Der Sand ist für das Kanalbett ausgehoben und neben dem Kanale auf der früheren Bahndammfläche ausgebreitet worden. Der Boden hat wieder den Charakter des Heidelandes angenommen, den er vor der Kultivierung hatte; es haben sich Wanderdünen gebildet, die man durch lange Anlagen von Flechtweid wieder festgelegt hat. Auf den flachen Dünen hat sich Strandflora entwickelt. Unmittelbar neben einem sehr besuchten Freibade beginnt die Fundstelle und zieht sich neben dem Kanale entlang. Sehr zahlreich sind die Stücke in der Größe etwa einer Erbse oder Bohne, in den Farben von klarem Dunkelrot über Braun und Gelb bis zum milchigen Weiß. Einzelne größere Stücke werden auch in dem Sande, der „blauen Erde“, die dem Seeland gleicht, von dem Winde freigelegt. Viele Stücke sind verwittert oder in kleinste Splitter zerhackt. Keiner der zahlreichen Ausflügler, die in dem Kanale baden und sich in dem Sande von der Sonne bräunen lassen, achtet auf den sonst so begehrten Bernstein. In geologischen Werken (z. B. bei Leismann) ist jedoch die bernsteinhaltige Scholle „blaue Erde“ bei Oranienburg neben den Fundstätten in Pommern, Posen, der Lüneburger Heide usw. erwähnt. Sogar im Elbthale findet sich eine solche bernsteinhaltige Scholle. Gewaltige Wäldungen müssen sich demnach einst im Anfange des Tertiärs von dem heute noch von den Wassern der Ostsee bedeckten Meeresboden über Norddeutschland gezogen haben. Diese sind dann unter dem Meerespiegel versunken und mit einer Sandschicht bedeckt worden, bis sich nach langen Zeitaltern der Meeresboden wieder hob und einer neuen Pflanzen- und Tierwelt, zu der auch der Mensch gehört, Raum bot.

So gewährt uns der Bernsteinfund bei Berlin einen Blick in die geologische Entwicklung unseres Heimatbodens und wird vielleicht manchem Naturfreund Anregung zu eigenen Beobachtungen geben.

K. M.

Schwarzweißrote Rinder

Während Vögel und Fische sich nicht selten durch eine große Farbigeit auszeichnen, herrscht bei den Säugetieren im allgemeinen die Einfarbigkeit, d. h. die Verbindung eines Pigmentes allenfalls mit Pigmentlosigkeit, so daß häufig die schwarzweiße „Schichtung“ auftritt. Doch machen manche Hausiere eine Ausnahme, wie z. B. Hunde und Kaninchen, bei denen gewisse Farbenspiele hervorgebracht worden sind. Man hat sogar vor dem Kriege dreifarbige, und zwar schwarzweißrote Schweine gezüchtet. Dasselbe hat man jetzt, wie Dr. Felge in der Zeitschrift „Der Naturforscher“ berichtet, bei Rindern fertig gebracht, bei denen die Vereinigung der beiden in der Natur auftretenden Pigmente, Schwarz und Rot, zu den größten Seltenheiten gehört. Es kommt nämlich kaum jemals vor, daß die getrennten Anlagen für die beiden Farbreihen sich in denselben Erbtägern vereinigen; auch bei Kreuzungen verteilen sie sich auf verschiedene Individuen. Trotzdem ist es möglich, die Natur zu einem solchen „Erratum“ zu verleiten, wie das Beispiel der Hunde und Kaninchen und besonders der Hühner beweist. Dies ist nun auch bei Rindern geglückt, indem die Anlagen für die Schwarz- und Rotfärbung vereinigt wurden, so daß man schwarzweißrote Tiere erhielt. Wenn auch diese Farbbildung beim Rinde wirtschaftlich kaum von Bedeutung sein wird, so ist sie doch für die Zuchtforschung von großer Tragweite. Denn, wenn es bei dieser Dreifarbenzüchtung gelungen ist, sonst streng getrennte Merkmale auf künstlichem Wege zu vereinigen, so können sich dieselben Möglichkeiten natürlich auch bei wirtschaftlich wichtigen Merkmalen ergeben. Dazu gehören bei unserem Rind z. B. Menge und Fettgehalt der Milch; bisher schloßen sich diese beiden Eigenschaften von einer gewissen Höchstgrenze an gewöhnlich aus, indem der Fettgehalt sinkt, wenn eine gewisse Milchmenge überschritten ist und umgekehrt. Wird aber einmal durch einen „Zufall“ eine Verknüpfung dieser getrennten Merkmale bei einer Züchtung erreicht werden, dann würden wir damit zu einer ganz neuen Art von „Butterflühen“ gelangen.

Alkohol — das Beste gegen Brandwunden. Während alle gebräuchlichen Mittel gegen Brandwunden, so die gutwirkenden Brandbinden und andere mehr oder weniger fragwürdige Hausmittel, nur eine Milderung des Schmerzes auf kurze Zeit bringen, gibt es eine Methode der Behandlung, die sehr viel wirksamer ist. Das ist die Benutzung von Alkohol. Beim Eintauchen verbrannter Gliedmaßen in Weingeist oder hochprozentigen Alkohol hört der Schmerz sofort auf; bei schweren Fällen soll man die Wunden mit einem in Alkohol getränkten Wattebausch verbinden, wodurch eine gründliche Desinfektion und eine rasche Heilung unter Vermeidung aller Brandblasen gewährleistet wird. Wie Dr. Sieber in der Frankfurter Wochenschrift „Die Umschau“ ausführlich für diese Behandlung die Verwendung von 96prozentigem Alkohol nicht erforderlich. Man kann auch alkoholische Getränke, die nur 30 bis 40 Prozent enthalten, mit bestem Gelingen anwenden, wenn man sofort die Wunden damit behandelt. Denaturierter Alkohol, wie Handelsspiritus, ist aber zu vermeiden, da die dafür verwendeten Vergällungsmittel, wie Holzgeist, Pyridinbasen usw. bei offenen Brandwunden leicht schädlich wirken. Für Verbandstücher empfiehlt es sich, 96prozentigen Weingeist zu benutzen, der mit einem Gramm Jodlösung je Liter vergällt ist, damit die Flüssigkeit nicht etwa von ausgepflanzten Keimen genossen wird.

Dr. Hans Friedrich: Marienseide

Am Begrande spielt eine Birke mit ihrem goldenen Gezweig. Die Luft des Oktobermorgens ist herb durchwärmt von dem Rauch der Kohlenfeuer. Leiser Wind umweht uns fast späthommerlich. Auf seinen Schwingen trägt er uns ein paar Sommerfäden entgegen. Sie haben im Volke viele Namen, ein Zeichen dafür, daß sie die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken verstehen: außer Sommerfäden Marienseide, fliegender Sommer, Altwetterommer, um nur die gebräuchlichsten zu nennen. Und wir alle kennen sie. Wehmüt erfüllt uns, wenn wir von ihnen umfattet werden. Denn stets sind sie Sinnbild der schönen Tage, die Abschied nehmen wollen, eine sanfte, doch um so eindringlichere Mahnung, daß die Herbststürme nun nicht mehr lange auf sich warten lassen werden, daß der lichtarme, frierende Winter vor der Türe steht. Marienseide nennen wir auch das erste silberne Haar, das wir an den Schläfen einer geliebten Frau entdecken.

Obwohl die Erscheinung der fliegenden Sommerfäden uns allen wohlvertraut ist, wissen doch nur wenige, wie sie zustande kommt. Es ist auch gar nicht so schnell erzählt. In vergangenen Zeiten, die noch mehr Phantasie als natürliche Beobachtungsgabe besaßen, erklärte man sie für Ausdünstungen der Pflanzen. Jetzt lernen schon unsere Kinder, daß die Sommerfäden von Spinnen herkommen, ohne über ihr Zustandekommen deshalb schon im klaren zu sein.

Wenn wir einen solchen Faden genauer beobachten, fällt uns sofort auf, daß er unmöglich vom Reize einer Spinne abgerissen sein kann. Er macht auch nicht den Eindruck, als sei er fertig geworden, damit sich eine Beute darin wie in einem weitreichenden Lasso verfangen solle. Was hat es also mit ihm für eine Bewandnis?

Wenn wir unsere Spinnenkenntnis bei dieser schwierigen Frage zu Rate ziehen, so führt sie unsere Erinnerung zu den Reizen der Kreuz- und Hauspinne. Diese oft sehr kunstvollen, immer aber praktischen Reize weisen ihre Besitzerinnen als schlaue Spinnen aus. Aber es gibt in der großen Spinnenfamilie auch unruhige Verwandte, ohne solch stolzes, aus eigener Kraft mühsam geschaffenes Eigentum. Sie haben bezeichnend umherstreifende Spinnen. Zu

ihnen gehören die Krabbspinnen. Sie erhielten ihren Namen nach ihrer unverkennbaren Wehnlichkeit mit kurzgeschwänzten Krebsen. Ihre eigenartige Gebaren verstärkt noch diesen Eindruck. Wenn sie an Baumstämmen oder Kräutern einer Beute nachzogen, so strecken sie ihre Beine, von denen die zwei vorderen Paare die beiden hinteren an Länge weit überragen, von sich, drücken sich mit dem Leib flach an die Unterlage und gleiten nun mit Leichtigkeit dahin. Das geschieht nicht nur vor-, sondern auch rück- und seitwärts. Auf diesen Wegen ziehen sie ihre Fäden, die demnach als ein Beförderungsmittel ganz eigener Art zu gelten haben.

Wie es nun kommt, daß wir diese Fäden gerade zu einer bestimmten Jahreszeit so reichlich und sonst gar nicht beobachten, ist noch nicht ganz aufgeklärt. Zwar finden sie sich, wenn auch viel seltener, als „Mädchenommer“ im Frühjahr, und nicht nur bei uns, sondern auch in anderen Weltteilen, zum Beispiel in Paraguay. Diese Fäden sind das Mittel, das die Spinnen anwenden, um ihre Quartiere zu wechseln.

Jedenfalls ist es erlaubt, den Krabbspinnen und einigen ihrer Verwandten, die ebenso handeln, Wandertrieb zuzusprechen. Er soll sie, weil sie doch Raubtiere sind, vor Nahrungsmangel schützen und für die Ausbreitung der Arten sorgen. Beobachten wir eine Krabbspinne bei ihren Vorbereitungen zur Luftfahrt, so beweist uns ihr Benehmen dabei am besten, daß es sich um eine beabsichtigte, nicht um eine zufällige, durch den Wind hervorgerufene Fortbewegung handelt. Die Krabbspinne, und so wie sie machen es auch die Wolfspinnen, heftet zuerst an einem Pfähle, einer Pflanze, einem Steine ihren Faden fest. Dann macht sie ein geringe Seitenwendung, richtet die Hinterleibspitze hoch, dem Luftzuge stets entgegen, und bleibt dann stehen, die Beine steif ausgestreckt und möglichst hoch gehalten. Der ausfließende Faden bildet eine Schlinge, die sich mit den statierenden Fäden in dem Maße verlängert, wie der Luftzug den Faden gespannt erhält. Ist dieser zwei bis drei Meter lang geworden, so beißt die Spinne das festgeklebte Ende ab, löst mit den Füßen los, zieht sie an den Körper und gleitet mit dem Faden dahin.

„Gäuberung“ der Gewerkschaften.

Aus der russischen Bevormundungspraxis.

Die „Stalinisierung“ der russischen Gewerkschaftsleitungen wird fortgesetzt. Der Vorsitzende des Buchdruckerverbandes Boris Schewtschik, ein ehemaliger Tomskaner, hat vor wenigen Monaten ein Neuebekenntnis abgelegt und ist bei der Aufhebung der „Rechten“ und „Versöhnler“ verschont geblieben. Die Freude hat aber nicht lange gewährt. Auf der jüngst abgehaltenen Bezirkskonferenz des Verbandes für den neugebildeten Moskauer Bezirk (der mehrere Gouvernements und nahezu die Hälfte der Verbandsmitgliedschaft umfaßt) hielt Boris Schewtschik ein Referat über die Aufgaben der Gewerkschaften, bei dem ihn das Schicksal ereilte. Im „Trud“ vom 14. September ist darüber zu lesen:

„Genosse Boris Schewtschik hat in seinem Referat auf eine Reihe wichtiger politischer Momente mit Stillschweigen reagiert, aus denen sich die rechte Gefahr im Lande ergibt, als da sind: Verschärfung des Klassenkampfes in Stadt und Land, Konfiskation der Landwirtschaft, Kriegsgefahr, Notwendigkeit einer gesteigerten Förderung der Unterbringung der Industrialisierungsanstelle. Die Tagung reagierte sofort auf diese größten Unterstellungen des Referenten, die für die rechten Abweicher charakteristisch sind.“

Das Referat wurde für unbefriedigend erklärt und beschloß, vom Moskauer Komitee (der Kommunistischen Partei) einen neuen Referenten zur Befriedigung der unberücksichtigten Gebiete der Sowjetunion zu ernennen. Der Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion wurde ersucht, die Arbeit des Zentralvorstandes einer Nachprüfung zu unterziehen. Das weitere dürfte sich bald von selbst ergeben.

Rechtlich steht es aus im Zentralvorstand des Metallarbeiterverbandes.

Vor wenigen Wochen erst wurde der Vorstand unter Verletzung der Verbandsstatuten „erneuert“. Nun hat auch die Stunde des „gefäulerten“ Zentralvorstandes geschlagen. Die ukrainische Landesverwaltung des Metallarbeiterverbandes hat — offensichtlich auf höheren Befehl — die Forderung des Vorstandes gegen den Verbandsvorstand erhoben. Am 14. September wurde in der erweiterten Plenarsitzung der Landesverwaltung eine Erklärung verlesen, in der den Mitgliedern des Zentralvorstandes des Verbandes zum Vorwurf gemacht wurde, daß sie „formell ihre Fehler zugegeben haben, aber nichts tun, um sie zu korrigieren“. Mit großer Begeisterung, die offenbar auch von langer Hand präpariert war, beschloß die Landesverwaltung, die Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages zu verlangen und eine Massenaktion gegen den des „Versöhnleriums“ verdächtigten Zentralvorstand des Verbandes einzuleiten. Der „Trud“ wußte bereits am nächsten Morgen darüber zu berichten und bezeichnete den Beschluß frohlockend als ein „außerordentlich bedeutendes politisches Ereignis“. Das Schicksal des Verbandsvorstandes ist somit besiegelt.

Das sind aber nur die wichtigsten aus der großen Fülle der Berichte, die unter der Parole „Kampf gegen Opportunismus und Bürokratismus“ in den letzten Tagen in der russischen Gewerkschaftspresse veröffentlicht wurden.

Die Gewerkschaften müssen tanzen, wie die Diktatur pfeift. Die KZ-Zentralen in den europäischen Ländern, insbesondere auch die in Berlin, suchen den Gewerkschaften die gleiche schmähliche Rolle aufzuzwingen.

Lohnpfändung.

Der Einzelhandel will ein neues Gesetz.

Wie wir erfahren, hat die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels einen vorläufigen Entwurf eines Gesetzes über Lohn- und Gehaltspfändung ausgearbeitet. In der Begründung heißt es, daß das geltende Lohnpfändungsrecht weder in der Lage sei, das Bedürfnis des Einzelhändlers, noch das des Arbeitnehmers als Schuldner zu befriedigen. Es besteht daher die Notwendigkeit, die gesamten Lohnpfändungsbestimmungen einer neuen einheitlichen Regelung zu unterziehen.

Der Grundgedanke des Entwurfs sieht eine Staffelform der Pfändung unterworfenen bzw. pfändungsfreien Betrages vor. Er geht dabei davon aus, daß auch hier der gleiche Betrag wie bei der Einkommensteuer, d. h. 100 M. monatlich, freizubehalten habe. Von der Pfändung befreit sollen bei Auszahlung für Monate oder Bruchteile von Monaten 100 M. monatlich, bei Auszahlung für Wochen 22 M. wöchentlich, bei Auszahlung für Tage 3,50 M. täglich sein.

Bezüglich der Pfändung des übersteigenden Betrages ist je nach der Höhe des Mehrbetrages dessen zu 10, 20, 30, 40 und 50 Proz. vorgesehen. Hierbei ist davon ausgegangen, daß zwar nach wie vor ein gewisser Schutz des Arbeitseinkommens aufrechterhalten werden muß, daß aber die höheren Einkommensstufen eher in der Lage sind, einen entsprechend höheren Prozentsatz des 100 M. übersteigenden Mehrbetrages für den Gläubiger zur Verfügung zu stellen.

Dementsprechend ist weiter vorgesehen, daß bei Arbeitseinkommen von mehr als 400 M. lediglich 200 M. geschützt und der Pfändung nicht unterworfen sind.

Der genannte Prozentsatz soll sich dann für unterhaltungsbedürftige Personen um je 1 Proz., jedoch höchstens um 7 Proz., erniedrigen. Ferner soll auch die mitverdienende Ehefrau eines nicht arbeitslosen oder nicht arbeitsunfähigen Ehegatten bei der Pfändung mit berücksichtigt werden. Der Einzelhandel ist der Ansicht, daß auch die Ehefrau, die zum Teil nicht unwesentlich zum gemeinsamen Haushalt beiträgt, mit herangezogen werden soll.

Der Entwurf bedeutet natürlich eine wesentliche Verschlechterung der jetzt bestehenden gesetzlichen Bestimmungen. Wenn die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels den Entwurf als einen vorläufigen ansieht, so wird ihr darin vollkommen beizupflichten sein.

„Revolutionäre“ Begriffsverwechslung.

Bolschewisierung im Kleinen.

Die KPD-Presse muß so tun, als habe sie die gesamte Arbeitnehmerschaft hinter sich. Da es jedoch noch gute Weile hat, die deutschen Gewerkschaften unter die Moskauer Bevormundung zu bringen und Deutschland zu einer Provinz der Union der Sowjetrepubliken zu machen, begnügt sich die Berliner Moskautitule einseitig mit der Revolutionierung der in den deutschen Gewerkschaften geltenden Begriffe.

Das läßt sich auf dem verfügbaren Druckpapier zwar mühelos mit einiger Frechheit bewerkstelligen, allein weniger leicht in der Praxis durchzuführen. Ein Beispiel dafür, wie es gemacht wird.

Bei C. Lorenz L. O. in Tempelhof unternahm die KPD-Opposition einen wilden Streik, um die allgemeine Lohnbewegung in der Berliner Metallindustrie baldmöglichst in Gang zu bringen, wie es Niederländer fordert. Am Dienstag berichtete der „Vorwärts“ über den Abbruch und den zweifelhaften Erfolg dieser Aktion.

Seht berichtet die „N. F.“ darüber mit der Überschrift: „Neue Taktik“ der DMB-Bureaufraße:

„Als Ergebnis der Verhandlungen zwischen der Fabrikleitung und DMB ist festzuhalten, daß die Direktion für die Zukunft auf Anraten der Ortsverwaltung nur Lohnbewegungen oder Verhandlungen zwischen DMB und DMB führen will.“

Damit ist der durch den wilden Streik mischalekete Normalzustand wiederhergestellt. Die „Opposition“ aber sucht dem DMB daraus den Vorwurf zu machen, er verführe also über den Weg der Direktion Ausschaltung der Betriebsvertretung und der Streikleitung.

Dazu sei festgestellt, daß es weder Sache der Betriebsräte, noch solche irgendeiner „zusammengeschobenen“ wilden „Streikleitung“ ist, Lohnbewegungen zu führen, sondern Sache der Gewerkschaft, in diesem Falle des Metallarbeiterverbandes.

Der Versuch, das Umgekehrte als richtig hinzustellen, steht auf demselben Niveau wie die Anstrengungen der KPD, Arbeiter als „Streikbrecher“ zu beschuldigen, die zu den tariflichen Bedingungen ihrer Gewerkschaften sich auch dann zu arbeiten erlauben, wenn die KPD. irgendeine „wilde Riste“ rollt.

Spannung im Gastwirtsgewerbe.

Die Abstimmung über den Schiedspruch im Gange.

Der am Freitag voriger Woche vom Schlichtungsausschuß für das Gastwirtsgewerbe gefällte Schiedspruch unterliegt seit gestern der Entscheidung des freigewerkschaftlich organisierten Gastwirts-personals. Der Schiedspruch, dessen Inhalt im „Abend“ bereits mitgeteilt wurde, ist keineswegs eine die gastwirtschaftlichen Arbeitnehmer befriedigende Lösung des Lohnkonflikts. Er sieht insbesondere für das selbstbestohene Personal nur verhältnismäßig geringe Lohnsteigerungen vor, die mit den geforderten Erhöhungen in einem starken Mißverhältnis stehen.

Wie alle Schiedsprüche ist auch dieser Schiedspruch das Spiegelbild des Organisationsverhältnisses der gastwirtschaftlichen Berliner Angestellten. Trotz dieser nicht zu leugnenden Tatsache, der gegenüber sich allerdings die sogenannte Opposition die Augen verbindet, muß doch unumwunden zugegeben werden, daß es den Unterhändlern der Gastwirtsangestellten in den Schlichtungsverhandlungen gelungen ist, den Widerstand der Unternehmer gegen jede Lohnsteigerung zu brechen. Die Ortsverwaltung des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten, in der die ehrenamtlichen Funktionäre aus den Betrieben zahlenmäßig überwiegen, hat deshalb auch nach reiflicher Überlegung einstimmig beschlossen, den Funktionären und Mitgliedern des Zentralverbandes die Annahme des Schiedspruches zu empfehlen. Die Funktionäre haben auch bereits am Mittwoch dem Schiedspruch mit großer Mehrheit zugestimmt.

In beiden Mitgliederversammlungen, die gestern im Hadeschen Hof stattfanden und in denen über das Verhandlungsergebnis berichtet wurde, versuchte die „Opposition“ entgegen der Empfehlung der Ortsverwaltung die Verbandsmitglieder für die Ablehnung des Schiedspruches zu gewinnen. Trotz der üblichen Anpreisungen der Organisationsvertreter und der bekannten politischen Phrasen fanden die grundsätzlich Oppositionellen in den Versammlungen kein Echo.

Im Anschluß an die Versammlungen wurden die geheimen Abstimmungen vorgenommen, die heute in verschiedenen Lokalen noch fortgesetzt werden. Das Abstimmungsergebnis dürfte kaum vor Sonnabend mittag festliegen, zu welchem Zeitpunkt auch die Erklärungsfrist für den Schiedspruch abläuft. Die gastwirtschaftlichen Unternehmer haben bis jetzt noch nichts darüber verlauten lassen, ob sie den Schiedspruch annehmen oder ablehnen wollen, so daß die Situation nach wie vor gespannt ist.

Entlohnungsformen im Friseurgewerbe.

Vertehrter Luftdruck der Opposition.

Im Zweigverein Berlin des Friseurgehilfenverbandes bemüht sich seit Jahren ein kleines kommunistisches Oppositionsgrüppchen ungeduldet darum, den Mitgliedern das Versammlungsleben gründlich zu verderben. Da sachliche Differenzen nicht bestehen, erblickte die „Opposition“ ihre Hauptaufgabe in unermüdlichen Verdächtigungen und Beschimpfungen der Vorstandsmitglieder und der SPD-Mitglieder. Man war schließlich das Treiben gewohnt und ließ es gewähren, zum Schaden der Organisation. Zwei Mitglieder der Dreimänner-Opposition wurden in die Lohnkommission gewählt, wo auch sie saßen, daß mit Wasser gekocht werden muß. Allein die bessere Einsicht wurde immer wieder durch die KPD-Parolen verdrängt.

Die Mitgliederversammlung am 3. Oktober befaßte sich mit den Entlohnungsformen im Friseurgewerbe. Gegen die sachlichen Ausführungen des Referenten Beng, Verbandskassierer, konnte auch die Opposition nichts einwenden, obwohl sie vor Beginn der Versammlung im Versammlungstot durch einen Ausgeschlossenen ihren „Föhn“ verbreiten ließ, worin u. a. bereits zu dem Thema Stellung genommen und die Abschaffung der Trinkgelder und Prozente gefordert wurde, eine Forderung, die der Verband längst in sein Programm aufgenommen hat.

Damit aber die Opposition „wachse und gedeihe“, suchte sie den in ihrem „Föhn“ angeschlagenen Faden in der bei ihr üblichen Weise weiterzuspinnen. Ihr Wortführer trieb es so weit, daß den Mitgliedern endlich die Geduld riß und ein Antrag auf Ausschluß der drei Oppositionsmacher mit allen gegen vier Stimmen angenommen wurde. Der „Luftdruck“, den der „Föhn“ gegen die Organisation ankündigte, hat sich gegen die Opposition selber gewandt, die das Eingeständnis machte, daß sie einen solchen Ausgang ihres Treibens schon längst erwartet habe.

Die Alten stehen treu zur Gewerkschaft.

Zu einer imposanten Kundgebung für Gewerkschaftseinheit und gegen kommunistische Zerspaltung gefaltete sich die Versammlung der pensionierten Mitglieder und Rentnerempfänger des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter am Dienstag im Lehrervereinshaus.

Zu Hunderten hatten die alten Kämpen, trotz des schlechten Wetters, den oft sehr weiten Weg angetreten. Sogar der 80jährige alte Funktionär Wilhelm Röss war erschienen. Der Saal des Lehrervereinshauses war überfüllt, viele fanden keinen Platz mehr.

Schaum sprach über die neuen Regelungen der Ruhegeldversorgung der Staats- und Gemeindearbeiter. Wiederholt wies er darauf hin, daß alles daran gesetzt werden müsse, den Magistrat der Stadt Berlin durch die bevorstehenden Reumahlen so zusammenzufassen, daß der zurzeit geltende Beschluß nicht gefährdet würde. Sozialdemokraten waren es, die im Jahre 1901, gestützt auf das Material des Verbandes, eine besondere Versorgung für die im Dienste der Stadt ergrauten Kolleginnen und Kollegen forderten. Das Referat wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen.

In der Diskussion bedankte sich u. a. ein Redner für die Mühen des Verbandes und bat, den Alten, die noch immer fest zur Organisation ständen, recht bald wieder Gelegenheit zu solch einer Zusammenkunft zu geben.

Der Bendmoir-Chor brachte am Schluß der Versammlung einige Lieder vor, die ebenfalls viel Beifall auslösten. Wenn die Altersmitglieder auch nicht mehr zu den aktiven Kämpfern zählen, in ihrer Treue zum Verband hat sich, allen kommunistischen Einflüsterungen zum Trotz, nichts geändert.

Die Thüringer Polizeibeamten.

Anschluß an den AOB beschlossen!

In Thüringen sind durch eine Urabstimmung unter der gesamten Polizeibeamtenschaft die letzten Hindernisse für eine einheitliche geschlossene Polizeibeamtenschaft auf freigewerkschaftlicher Grundlage aus dem Wege geräumt worden. Die beiden Polizeibeamtenverbände, von denen der „Verband Thüringer Polizeibeamten“ seit langer Zeit dem AOB angehört, während der „Landesverband Thüringer Polizeibeamten“ dem DVB angeschlossen ist, hatten bereits auf ihren letzten Verbandstagen grundsätzlich die Vereinigung beschlossen.

Nur über die Frage, welcher Spitzenorganisation sich der neue Einheitsverband anschließen sollte, war den Mitgliedern beider Verbände die letzte Entscheidung durch Urabstimmung übertragen. Das endgültige Ergebnis dieser Urabstimmung liegt nunmehr vor. Es bedeutet einen glänzenden Sieg für den Allgemeinen Deutschen Beamtenbund. Stimmberechtigt waren 2180 Mitglieder. Davon haben sich 2107 an der Abstimmung beteiligt. Von den abgegebenen Stimmen entfielen 1416 auf den AOB, und 673 auf den DVB. 18 Stimmen waren ungültig.

Mehr als zwei Drittel aller thüringischen Polizeibeamten haben also damit dokumentiert, daß sie der freigewerkschaftlichen Organisation vertrauen und dem AOB treue Gefolgschaft leisten wollen.

Nachlassende Tariffreudigkeit.

Bei den Kautabakfabrikanten.

Der mit der Arbeitgeber-Tariffgemeinschaft des Kautabakgewerbes für Nordhausen, Salza, Wansfried und Eschwege abgeschlossene Tarifvertrag war vom Deutschen Tabakarbeiterverband zum 1. Oktober 1929 gekündigt worden, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Gefordert wurde u. a. eine achtprozentige Lohnsteigerung und eine Vermehrung der Ferien um zwei Tage. Die Unternehmer haben diese Forderungen mit Hinweis auf die nachlassende Tariffreudigkeit der Kautabakfabrikanten abgelehnt. Selbst wenn das der Fall ist, kann die Kautabakarbeiterchaft nicht auf die Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen verzichten. Wenn die Unternehmer keinen Tarifvertrag wollen, dann müssen die Kautabakarbeiter sehen, wie sie zu ihrem Recht kommen.

Amerikanische Kulturschande.

Sieben erschossene Streikende in Marion.

New York, 3. Oktober. (Eigenbericht.)

Die Zahl der Toten bei den am Mittwoch in Marion zu verzeichnenden Zusammenstößen ist inzwischen auf sieben gestiegen. Auf Grund der Zusammenstöße mit der Polizei trafen die Arbeiter neuerdings wieder in den Streik. Es ist erwiesen, daß die Polizei den ersten Schuß abgab und ohne besondere Veranlassung setzte. Ein Arbeiter wurde z. B. gefötet, obwohl er bereits niederknappelt und mit handschellen gefesselt war.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin.

Deuts. Freitag, 19½ Uhr, tagen die Gruppen: Charlottenburg: Jugendheim Spreestr. 30. Der Gruppenabend fällt aus. — Juppelplatz: Jugendheim des Bezirksamts Wedding, Kurier Eds. Eestrohe (Cin. gang Kurier Straße). Heimbesprechung, Vortrag: Aufbau eines modernen Großbetriebes. — Hermannplatz: Jugendheim Gendarmenpl. 11. Eds. Eestrohe. Heimbesprechung, Vorträge: Verbandsstrukturelle. — Köpenick: Gruppenheim Wassertortstr. 9, 9. st. Vortrag: Unsere Berliner Jugendwehr. — Baumgartenweg: Jugendheim Baumgartenweg, Grunhof 16. Heimbesprechung, Vortrag: Internationales Freizeitsport. — Rosenthal: Jugendheim Sonnenburger Str. 30. Werksabend. — Wedding: Jugendheim Kurier Eds. Eestrohe. Freizeitsport. — Köpenick: Gruppenleiter: Die Bedingungen für die Jugendvereine und für den Kulturkreis müssen umgehend in der Junireise abgehandelt werden.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Anaristen.

Deuts. Freitag, finden folgende Veranstaltungen statt: Oberpreier: Jugendheim Laufener Str. 2. Vortrag: Heinrich Heine, Leben und Werk. Referent: Georg Heilmann. — Köpenick: Jugendheim Grünauer Straße 5, Zimmer 2. Gesellschaftsspiele. — Köpenick: Jugendheim Poststr. 11 (Hof Nr. 2, Quergebäude, Zimmer 2), Singabend, hunder Abend.

Der Berliner Arzt Dr. med. G. schreibt: „Wenn alle Leute Kathweiner tranken, hätte ich - nur halb so viel Patienten...“

Sehr richtig - Herr Doktor!

Zum Wahlkampf.

Wohnungsluxussteuer und „Seelsorge“.

In der Stadtbeilage des „Vorwärts“ vom 27. September hatte der Vorsitzende der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion, Genosse Erich Platow, in seinem Artikel „Hinein in den Kampf!“ wichtiges Material für den Kommunalwahlkampf veröffentlicht. Aus technischen Gründen mußten zwei Abschnitte zurückbleiben, die sich mit dem jamosen „Manifest“ der Kommunisten beschäftigten. Wir geben diese Ausführungen nunmehr ergänzend nachstehend wieder.

Die von den Kommunisten geforderte Erhöhung der sogenannten Wohlfahrtsunterstützungs-Richtsätze hätte einen Mehrbedarf von 244 Millionen Mark im Berliner Haushalt 1929 ausgemacht, die Erhöhung der Summe für die sogenannte Allgemeine Notstandsaktion rund 25 Millionen Mark. Diese Forderungen und die weiteren kommunistischen Agitationsforderungen machten die Summe von 340 Millionen Mark aus. Solche Summen verlangte die kommunistische Fraktion in einem Augenblick, in dem sie für den Ausgleich des Berliner Etats aus Angst vor der eigenen Courage nichts getan hatte. Sie wollte wieder den Zuschlag zum Wertzuwachssteuer darstellt, auf 50 Proz. erhöhen, obgleich sie genau wußte, daß dies nach den vorliegenden rechtsgültigen Verordnungen unmöglich war.

Auch mit der Wohnungsluxussteuer hat die kommunistische Fraktion hierbei zur Begründung ihrer übertriebenen Forderungen operiert. Die Wohnungsluxussteuer könnte als Steuer eventuell herangezogen werden, wenn sie nicht zu hohe Verwaltungskosten verlangte, die in keinem Verhältnis zu dem wahrscheinlich sehr geringen Ertrage stehen. § 16a des Kommunalabgabengesetzes setzt hier ganz bestimmte Grenzen und verpflichtet die Gemeinde, so viel Ausnahmen von der Besteuerung überflüssigen Wohnraums zu machen, daß tatsächlich das finanzielle Ergebnis einer solchen Steuer illusorisch gemacht werden würde. Bei zwei Wohnberechtigtsten soll zum Beispiel ein drittes Zimmer steuerfrei bleiben. Die gleiche Steuerfreiheit soll gelten für ein weiteres Zimmer für berufliche Tätigkeit des nicht hausarbeitenden Ehepartners. Ebenso soll ein weiteres Zimmer steuerlich nicht herangezogen werden bei ehrenamtlich tätigen Personen. Die notwendigen technischen Arbeiten für die Erfassung der Steuerpflichtigen würde wahrscheinlich fast den ganzen Ertrag ausbrauchen.

Kapitel 12 Absatz 1 des Berliner Haushalts steht unter der Bezeichnung „Staatliche Ortspolizeiverwaltung“ eine Ausgabe im Betrage von 15 Millionen Mark vor. Diese Ausgabe beruht auf gesetzlichen Verpflichtungen und stellt den Beitrag der Stadtgemeinden zu den unmittelbaren Polizeikosten dar. Dieser Beitrag ist vierjährlich im voraus zahlbar. Er ist in Höhe von 15 Millionen Mark geschätzt worden. Der kommunistischen Fraktion und ihrer „geistreichen“ Leitung bleibt es vorbehalten zu erklären, in welcher Weise sich die Stadt Berlin von dieser gesetzlichen Verpflichtung hätte befreien können. Hieraus macht man einen Unterstützungsfond der Stadt „zur Wiederherstellung der Arbeiter“. Aus denselben Gründen, aus denen eine Unterstützung bestimmter bürgerlicher Vereinigungen und Körperschaften nicht vermieden werden konnte, nämlich weil die kommunistische Fraktion eine Staatsgestaltung unter Ausnutzung der proletarischen Mehrheit nicht mitmachte, mußte auch im Kapitel 18 des Berliner Haushalts ein Posten stehenbleiben, der die Bezeichnung „Seelsorge in den Krankenanstalten“ trägt. Auf Seite 214 des gedruckten vorliegenden Berliner Etats ist für diesen Posten die Summe von 18 000 Mark eingesetzt. Trotz dieser Tatsache bringt es Jomoh! die kommunistische Berliner Parteileitung wie die „Rote Fahne“ fertig, zu behaupten, eine Million Mark sei für Seelsorge, für kirchliche und reaktionäre Vereine eingesetzt. Selbst wenn man noch einige Summen hinzuzählt, die an bürgerliche Vereinigungen und auch an solche religiöser Einstellung gezahlt werden mußten, kommt noch nicht annähernd eine Million Mark heraus. Aber man will ja den Anschein erwecken, als würde eine gesamte Million allein für die Seelsorge ausgegeben. Der Verfasser fragt dann in dem bereits veröffentlichten Artikel, was von dem „Manifest“ wohl mehr zu bewundern sei, die nachweisbare Unkenntnis in allen diesen Dingen oder die Dreistigkeit, mit der erlogene Behauptungen aufgestellt worden seien.

Nun, mögen die Kommunisten „Manifeste“ und Entschuldigungen über Entschuldigungen annehmen, die Berliner Arbeiterschaft weiß doch die Herren lediglich auf diesem Gebiet eine — hier allerdings einzigartige — Leistungsfähigkeit entwickelt haben. Praktische, greifbare und allen Berlinern sichtbare Erfolge hat dagegen die Sozialdemokratie in allen, besonders aber in den proletarischen Bezirken aufzuweisen. Und darum wissen wir, daß Berlin am 17. November in seiner Mehrheit Sozialdemokraten in das neue Stadtparlament wählen wird.

Aus der Arbeit der Bezirke.

Neues Verwaltungsgebäude tut not.

2. Bezirk — Tiergarten.

Die letzte Bezirksversammlung beschäftigte sich mit einem Dringlichkeitsantrag der Wirtschaftspartei, der besagte: Am Pfingstsee hat der evangelische Elternbund einen Kinderpielplatz, dieser ist dem Verein zum 1. November 1929 gelündigt. Es wurde vom Bezirksamt Tiergarten verlangt, Protest gegen die Kündigung einzulegen. Unsere Fraktion konnte diesen Antrag nicht unterstützen, weil uns die Gründe, die das Bezirksamt Wedding bemogen haben, die Kündigung auszusprechen, nicht bekannt sind. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der SPD. und der KPD. angenommen.

Ein Antrag unserer Fraktion, eine Eheberatungsstelle einzurichten, wurde, nachdem die Genossin Frankenthal denselben in vorzüglicher Weise begründete, einem Ausschuss von elf Mitgliedern überwiesen. Einen Antrag der KPD., der verlangte, daß zu den Arbeiten bei der Pfingstausstellung zu den Wahlen nur erwerbslose angestellte Angestellte genommen werden, wurde einstimmig angenommen. Den Ausbau eines Stadtbahndogens zu einem Gymnastik- und Schwerttätigkeitstraum des Sportplatzes Tiergarten wurde zugestimmt.

Die Berichterstatter des Haushaltsausschusses betreffend die Bedarfsanmeldung für 1930 gab der Genosse Schlegel. Er begründete unter anderem die Notwendigkeit eines Verwaltungsgebäudes und führte aus, daß wohl in keinem anderen Bezirk so viel Geld durch Umzüge, Umbauten, Mieten in Privaträumen gezahlt würden, wie im Kreis Tiergarten. Er teilte mit, daß 57 Dienststellen, die in 24 Mieträumen untergebracht sind, 115 mal umgezogen sind, wofür 15 000 M. nur für Umzüge ausgegeben wurden. Für Miete, Einrichtungen würde innerhalb vier Jahre 1 030 000 M. ausgegeben. Für diese Summe wäre es bald möglich gewesen, ein eigenes Verwaltungsgebäude zu errichten.

In der darauf folgenden Aussprache stellte der Vorsitzende der KPD., der selbst Mitglied des Ausschusses ist, verschiedene Anträge mit der Begründung, daß er im Ausschuss nicht in der Lage war, dort die Anträge zu stellen, weil er so schnell den Verhandlungen nicht folgen konnte. Unser Redner, der Genosse Paersch, bemängelte den Zustand der Aborte und Mannschaftsräume in der Feuerwache Turmstraße und verlangte energisch Abhilfe der Mängel. Die Bedarfsanmeldung wurde gegen die Stimmen der KPD. angenommen.

Annahme unserer Anträge.

3. Bezirk — Wedding.

In der letzten Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung stand als wichtigster Punkt die Beratung des Haushaltsplans auf der Tagesordnung. Folgende Anträge der sozialdemokratischen Fraktion fanden einstimmige Annahme: 1. Es wird beantragt, im Bezirk Wedding für Errichtung einer Behringshelms für Mädchen Sorge zutragen. 2. Unter Hinweis auf die außerordentliche Dringlichkeit der Quarantänestation im Kinderkrankenhaus wird das Bezirksamt ersucht, beim Magistrat für die sofortige Freigabe der Mittel einzutreten, damit unverzüglich mit dem Bau begonnen werden kann. 3. Ferner wird das Bezirksamt ersucht, dahin zu wirken, daß unverzüglich Mittel für den Ausbau der jährlichen Betreuung eingestellt werden.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung zeigte es sich, daß es die Kommunisten planmäßig darauf anlegten, die Arbeit der Versammlung zu sabotieren. Schon in der vorigen Sitzung hatte der Fraktionsredner der Kommunisten, der sich der Geschäftsordnung nicht fügte, den Vorsteher gezwungen, die Sitzung vorzeitig zu schließen. Der kommunistische Fraktionsredner des heutigen Abends gebärdete sich wie ein Tollwütiger. Statt zur Sache zu reden, erging er sich in wüsten Beschimpfungen der Sozialdemokratie. Der Vorsteher mußte die Sitzung unterbrechen. Nach der Wiedereröffnung der Sitzung begann derselbe Kommunist bei einem neuen Antrag wieder mit seinen wüsten Schimpfereien, so daß der Vorsteher die Versammlung endgültig schließen mußte.

Gegen Korruptionsgeschrei und Wahlschwindel

5. Bezirk — Friedrichshain.

Eine überaus reichhaltige Tagesordnung — darunter der sehr wichtige Punkt der Beratung des Etats — lag der Bezirksversammlung vor. Doch nur ganz wenige Angelegenheiten fanden ihre Erledigung, da der Fall Sklarek zur Verhandlung stand.

Deutschnationale und kommunistische Dringlichkeitsanträge verlangten, daß anlässlich mehrerer Unglücksfälle in der Remeler Straße diese zur Einbahnstraße erklärt werden soll. Unser Genosse Gutkunst nagelte das Verhalten der Kommunisten und Deutschnationalen fest, die sich nicht scheuen, einen von allen bedauerten traurigen Unfall zu über Wohlmeinung auszunutzen. Die Anträge gelangten schließlich nach einer langen Debatte zur Annahme. Danach stieg dann der Fall Sklarek. Die Kommunisten, die sich anscheinend

nicht sehr wohl bei dieser Angelegenheit fühlten, beschränkten sich in der Begründung ihrer Anfrage fast lediglich darauf, nachzuweisen, daß sie, nach dem Ausschluß von Degener, berufen seien, über die Korruption der „anderen“ zu reden. Bürgermeister Genosse Rieck, der die Anfrage sofort beantwortete, erklärte, daß der Bezirk Friedrichshain nicht geschädigt sei. Wohl haben die Sklareks aus Bestellungen, die jura 35 000 M. betragen, von der Stadtbank 279 000 M. eingezogen. Die Fälligkeiten wären aber so plump, daß bei genügender Aufmerksamkeit der Stadtbank die Fälligkeiten sofort entdeckt werden mußten. Hierfür sei allein die Stadtbank verantwortlich, die auch den Schaden zu tragen habe. Beschwerden über schlechte Beschaffenheit der Waren sowie über die Unterbindung, bessere Ware zu günstigeren Bedingungen zu kaufen, sind vom Wohlfahrtsamt, leider erfolglos, mehrfach geführt worden. Für den Redner unserer Fraktion, den Genossen Theel, war es ein leichtes, die sadistische Moral der Kommunisten und Deutschnationalen gebührend zu beleuchten. Den Deutschnationalen gab er zu bedenken, daß die leitenden Beamten der Stadtbank den Deutschnationalen näher stehen als irgendjemand der republikanischen Parteien. Die Leute, die im Raiffeisen-Skandal verwickelt seien seien bekanntlich ausschließlich Deutschnationale. Die Finanzskandale der Kaiserzeit haben auch gezeigt, daß die Korruption im Lager der Rechten keine Einzelercheinung war, die sie berechtigen könnte, heute über Korruptionszustände in der Republik zu schimpfen. Auch für die Kommunisten eignet sich der Fall Sklarek als Wohlwache sehr wenig.

Die Zustände in den Schulen Rüdersdorfer Straße und Remeler Straße bildeten danach den Gegenstand einer ausgedehnten Aussprache. Beschlossen wird, daß das Bezirksamt aus Vorbehaltsmitteln den beiden Schulen Gelder überweist, damit bei den zurzeit erforderlichen Beschäftigungen und Ausfügen die Eltern finanziell entlastet werden.

Sabotage der Rechtsparteien.

7. Bezirk — Charlottenburg.

Die bürgerlichen Parteien lehnen einmütig unseren Antrag auf Generaldebatte ab und erreichen nur, daß dafür die Spezialdebatte desto ausführlicher wird. Als sie auch hier Terror ausüben wollen, muß ihnen erst in schärfster Weise vom Genossen Lawerau die Meinung gesagt werden und die Geschäftsordnung ins Gedächtnis gerufen werden. Später versuchen sie es mit der Beweisung der Beschlussfähigkeit, sie verlassen den Saal. Es wird das Theater mißlingt, die gesamte Linke hält zusammen und erzwingt gegen die Sabotage der bürgerlichen Rechtsparteien die Verabschiedung.

Selbst der Bürgermeister ist entsetzt über diesen Mangel an Verantwortungsbewußtsein bei seinen eigenen politischen Freunden. Unsere Anträge, die erhöhte Mittel für Anlage von Wegen (auch Radfahrwegen) verlangten, die den Bau einer Stadthalle im Rahmen der Bauausstellung forderten, die eine verbesserte Prüfung und Pflege alten Wohnraums beabsichtigten, die in der Vermittlungsfrage erneut vorstehen, die für die Reinigungsfrauen die tarifmäßige Entlohnung durchzuführen wollten, die eine Wärmehalle im Zentrum Charlottenburgs schaffen wollten — alle diese Anträge wurden von den mildgewordenen bürgerlichen Parteien abgelehnt. Angenommen wurden unsere Anträge, 30 000 M. zur Schaffung von Dauerkolonien einzusetzen und in Zukunft bei Veranstaltungen des Volksbildungsamtes mehr als bisher die künstlerisch wertvollsten Schöpfungen der Arbeiterbewegung zu berücksichtigen, insbesondere solche des Arbeiterchorverbandes und der Arbeiterdichtung. Angenommen wurde ferner unser Ersuchen, die Gebühren für Laubenkolonien (bei Errichtung von Lauben) möglichst zu erlassen. Der Posten für Bodenunterkungen in unserem schwierigen Gelände (man denke an die Hebelstraße, an die Schloßstraße, an die Vorbereitungen für den großen Berufsschulbau) wurde auf unser Drängen erhöht. Dagegen lehnte man unsere Anregung ab, zur Vermeidung der großen Kosten bei Verlegung von Leitungen große Straßen zu untertunneln.

In Schulfragen erreichten wir einen weiteren Fortschritt: die Hindenburg-Realschule wird aufgelöst und in dies Gebäude zieht das Lyzeum. Nachdem sich die Kommunisten heifer gefahren hatten, nachdem ihnen immer wieder aufs schärfste von den Genossen Heidrich, Rüdler, Kagenstein und Gebert die Meinung gesagt worden war, ermattete der Eifer der Verammlung, und am Schluß wurde der Rest des Etats mit samt der Einrichtung eines neuen Jugendheims auf dem Goethe-Spielplatz mit Hilfe der SPD. und der Mitte en bloc angenommen — die Rechte übte ihre Pflichten als Vertreter der Bürgerschaft bereits im Ratsteller aus.

Deutschnationale und Wohnungsnot.

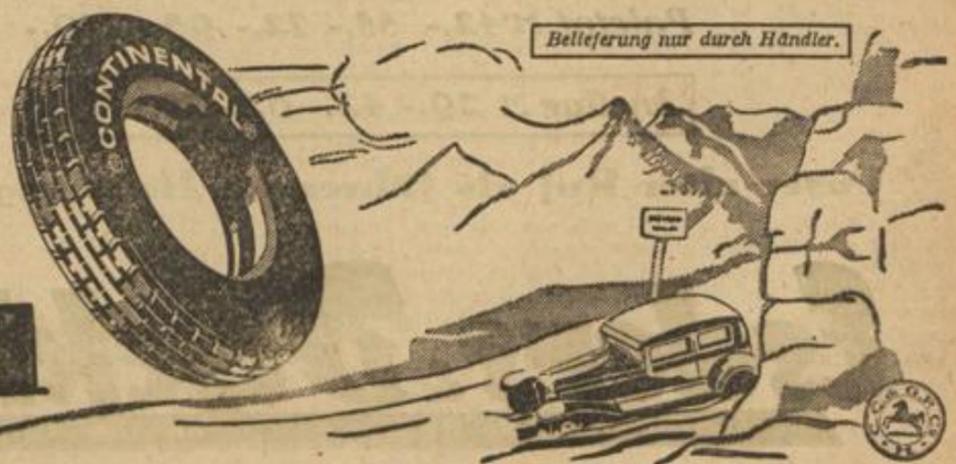
6. Bezirk — Kreuzberg.

In den am 27. und 30. September stattgehabten Bezirksversammlungen wurde der Haushaltsplan für 1930 eingehend beraten und durch Annahme verabschiedet. Zu den einzelnen Kapiteln lagen zahlreiche Anträge aller Parteien vor.

Vertrauen

Zur Elite der Weltmarken gehört Continental.
In allen Erdteilen sind Continental-Fahrer mit ihren Reifen mehr als zufrieden. Überall werden Sicherheit und Wirtschaftlichkeit des Continental-Reifens hervorgehoben, und deshalb genießen Continental-Reifen das Vertrauen von Millionen Kraftfahrern.

Continental



Die **Deutschnationalen** unter Führung von Koeppen und Dr. Matthei beantragten viele Abstriche, u. a. beim Straßenbau, Jugendwohlfahrt und Sozialhygiene. Aber besonders hat es ihnen die **Wohnungswirtschaft** angetan. Herr Koeppen behauptete, daß es **gar keine Wohnungsnot** gebe, sonst würden nicht manche Wohnungen längere Zeit leer stehen. Er verzog natürlich dabei zu sagen, daß die Hausbesitzer dem Wohnungsamt viel Schwierigkeiten machen, indem sie die ihnen zugewiesenen Mieter aus oft an den Haaren herbeigezogenen Gründen ablehnen. Andererseits machen die Wohnungsuchenden in den meisten Fällen von ihrem Recht der Ablehnung einer Wohnung Gebrauch, da die freizuerwerbenden Wohnungen vielfach durch die Schuld der Hausbesitzer sich in einem miserablen Zustand befinden. Herr Dr. Matthei beantragte sogar die Streichung des halben für die Herrichtung trostloser Wohnungen vorgesehenen Betrages. Den Kommunisten dagegen gingen natürlich die Haushaltsansätze nicht weit genug, und sie übersteigerten ihre Forderungen durch Stellung von Anträgen, die sie selbst nicht ernst nehmen. Herr Benzec beantragte z. B. eine Erhöhung der Beamtenegehälter, beginnend in den unteren Gruppen um 30 Prozent in Abstufungen bis zur Gruppe der Stadtspektoren um 12 Prozent. Diesen Antrag lehnte die Bezirksversammlung ab. Auf Anregung des Genossen Litke wurde beschlossen, daß die Wohlfahrtsämter mit dem Verband der Krankenkassen eine Vereinbarung treffen sollen, um den Unterstützungsempfängern die Benutzung der Ambulatorien zu ermöglichen. Eine lebhafteste Auseinandersetzung rief der nach Abschluß der Haushaltsberatungen zur Debatte stehende und von uns gestellte Antrag hervor, demzufolge der Magistrat um geeignete Schritte gegen den Abbau der Arbeitslosenversicherung gebeten wurde. In seiner Begründung wies unser Redner mit Nachdruck darauf hin, daß alles getan werden müsse, um zu verhindern, daß durch die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung eine größere Belastung der Kommunen eintritt. Diesen Antrag stimmte die Bezirksversammlung zu, während ein Kundesentwurf der Kommunisten, der eine Beseitigung der Arbeitslosenfürsorge und Einstellung der Erwerbslosen als Vollarbeiter verlangte, dem Erwerbslosenausschuß der Bezirksversammlung überwiesen wurde.

Angenommen wurde ferner ein Antrag, der die **Errichtung eines Jugendernstheimes** neben der im Umbau befindlichen Monumentenbrücke verlangt, sowie ein weiterer Antrag, der das Bezirksamt ersucht, bei den maßgebenden Behörden erneut vorstellig zu werden, um unter voller Wahrung der Interessen der Erwerbslosenfürsorge die beschleunigte Freigabe der Schulräume in der Bergmannstraße 28/29 zu erwirken.

Schulraumnot. — Kleingarten.

9. Bezirk — Wilmersdorf.

Die letzte Bezirksversammlung sollte dem Bezirksamt die Zustimmung zu der während der Ferien vom Haushaltsausschuß gegen unsere Stimmen beschlossenen und inzwischen in Angriff genommenen Mauer um das Grundstück der Viktoria-Luise-Schule in der Gasteiner Straße erteilen (siehe „Vorwärts“ Nr. 395 vom 24. August).

Wir verzagten auch hier unsere Zustimmung. Von unserem Redner wurde ausgeführt, daß eine angeblich des öfteren vorkommende Belästigung der auf dem Schulhofe turnenden und zeichnenden Schülerinnen durch pädagogische und disziplinäre Mittel unmöglich gemacht werden müßten. Aus diesem Grunde eine hohe Mauer zu errichten, den Schulplatz in einen Kasernenhof zu verwandeln, das sei ein Schandbürgerkrieg, der allen fortschrittlichen Erziehungsgrundrissen hohn spräche: wir wollen Mauern niederreißen und nicht — Mauern errichten! — Gegen den Beschluß des Magistrats, aus Sparmaßregeln auf dem Gebiete der Schulbauten Beschränkungen eintreten zu lassen, wurde seitens der Bezirksversammlung protestiert, da hieron angeblich die bereits im Bau begriffene Volksschule in Schmargendorf betroffen wird, deren Fertigstellung im Hinblick auf die immer brennender werdende Schulraumnot dringend notwendig ist. Die lebhaftesten Fürsprecher einer dahingehenden Entschließung waren die Vertreter der bürgerlichen Parteien. Da war es ihnen nicht sehr angenehm, daß sie sich von unserem Sprecher mühen lassen mußten, daß in der Stadtverordnetenversammlung vom 12. September ihre Vertreter im Roten Hause für die Aussetzung des Beschlusses des Haushaltsausschusses betr. Durchführung des Schulprogramms, in dem auch der Ausbau der Schmargendorfer Schule einbegriffen ist, gestimmt haben — wenn also eine Verzögerung des Baues eintreten würde, woran sicherlich ernsthaft auch der Magistrat nicht denkt, dann hätten gerade die bürgerlichen Parteien das Ihre dazu getan.

Für die Jugendpflege in den Kleingärten der ausgedehnten Schrebergartenkolonien Wilmersdorfs forderten wir aus Vorbehaltsmitteln die bescheidene Summe von 1000 M., nachdem die Kleingärtner von sich aus mehr als das Doppelte für diesen der Erhaltung der Jugend zugute kommenden Zweck gespart haben. Die Deutschnationalen lehnten unter nichtigen Vorwänden die Bewilligung dieser geringen Summe ab — während sie für die überflüssige

Schulmauer fast 8000 M. übrig hatten! — Gegen Ihre Stimmen wurde unser Antrag angenommen und wir vertrauen auf die Einnahme der Wilmersdorfer Wählerkraft, die uns hoffentlich nach den Wahlen mehr Rechtebewußtsein geben werden, unsere Pläne im Sinne der erwerbstätigen Schichten unseres Wohnbezirks durchzuführen.

Rehmt der Rechten die Mehrheit!

13. Bezirk — Tempelhof.

Die erste Bezirksversammlung nach den Ferien hatte als zweiten Punkt ihrer reichhaltigen Tagesordnung die Bedarfsanmeldung für 1930 zu erledigen. Gen. Bürgermeister gab als Vorsitzender den Bericht über die Arbeit des Haushaltsausschusses und ergriff gleich danach das Wort zur allgemeinen Aussprache. Er rechnete zuerst mit den Kommunisten ab, die aus wahlagitorischen Gründen eine Flut von Anträgen eingebracht hätten, sich aber bei dieser Massenproduktion nicht scheuten, geistigen Diebstahl bei der SPD zu begehen. Im übrigen lehnten sie dann im „Roten Hause“ Arm in Arm mit den Deutschnationalen den Etat ab, der zum Teil verwirklichen soll, was sie hier fordern.

Den Deutschnationalen wirft der Redner vor, daß sie noch immer bei Gelegenheit den Ruf: „Los von Berlin!“ erschallen lassen, obwohl gerade in unserem Bezirk der Ortsteil Lichterberg in klarer Weise zeigt, wie notwendig und wie segensreich die Einheitsgemeinde ist. In der Sonderberatung sind 66 Anträge zu erledigen, die zum Teil schon Annahme im Ausschuss fanden. Nur durch Zufallsmehrheiten gelang es, einige Anträge durchzubringen, die in sozialistischem Sinne sind, im allgemeinen macht aber die Rechte unachtsamlich Gebrauch von ihrer einen Stimme Wehrheit. Der 17. November wird hier eine Aenderung schaffen!

Angenommen werden die Anträge der Sozialdemokratie, für die Kleingärtner Mittel zur Gewährung von zinsfreien Darlehen bereitzustellen, Erfrischungsräume in den Berufsschulen herzurichten, den Berufsschüler vor Lohnabzügen zu bewahren, in den Büchereien Literatur aller Weltanschauungen einzustellen, die Schulzahnkliniken auch in den Ferien offen zuhalten und für die Ausfuhr Regenmäntel zu beschaffen. Weiter wurde angenommen, für vertriebene Kleingärtner Gelände zu beschaffen und das Rittergut Marienfelde zu diesem Zweck schneller aufzustellen, die Richtstätte im Schulkolleg für Schulbücherei, für Wertunterricht, für Schülerwanderungen zu erhöhen, die Errichtung einer Waldschule zu betreiben, die Unterstufungsrichtstätte und die unentgeltliche Kohlenbelieferung um 50 Proz. zu erhöhen. Ferner wird gefordert, mehr Jugendheimräume zu schaffen und die Schulpreise zu vermehren, einen weiteren Schularzt anzustellen und die Zahnuntersuchungen öfter stattfinden zu lassen.

Sozialdemokratie für die Kleingärtner!

14. Bezirk — Neukölln.

In der außerordentlichen Bezirksversammlung in Neukölln am 27. September wurde ein kommunistischer Zentralantrag betr. den Streit der Fürsorgearbeiter behandelt. Der nicht wiederkehrende Kommunist Raschewski begründete den Antrag so lebendig, daß Lange rasch einsprang. Aber der erhoffte Kontakt mit der Tribüne war nicht herzustellen. Genosse Gehrtle konnte nachweisen, daß die Forderung auf Sechstagesarbeit heute schon erfüllt sei, weil individuell seit Monaten so verfahren wird.

Die Schwarzweißkroten waren diesmal unter die Kleingärtner gegangen. Kloth trieb vor lauter sozialem Verständnis für die „Opfer“, die am Dammbau dem Schulneubau weichen sollen. Er griff den Genossen Löwenstein an, weil dort gebaut werden soll. Genosse Frische erinnerte die Deutschnationalen daran, daß sie ihr Herz für die Kleingärtner sehr spät entbecken haben, denn sonst hätten sie stets abgelehnt, Gelände für solche Zwecke zu kaufen. Auf Antrag unserer Fraktion wurde beschlossen, die Kündigung bis möglichst 30. November zu verlängern, eine angemessene Entschädigung zu zahlen und den obdachlosen Kleingärtnern, soweit sie wohnberechtigt und an der Reihe sind, eine ihrem Einkommen entsprechende Wohnung zuzuweisen.

Die Versammlung nahm dann noch zwei sozialdemokratische Anträge auf Errichtung von öffentlichen Bedürfnisanstalten im Sportgarten Tempelhofer Feld, Einrichtung eines Familienbadetages im städtischen Bad und Maßnahmen zur Beseitigung von Rauchbelästigungen durch industrielle Betriebe usw. an. Bei der Beratung des kommunistischen Antrages betr. Protest gegen die geplante Aenderung der Arbeitslosenversicherung randolisierten während der Rede des Genossen Harnisch, der die SPD nicht mit Samthandschuhen anlatzte, einige Tribünenbesucher. Der kommunistische Vorsteher-Stellvertreter Schill befahl die Unerschämtheit, nicht etwa die Tribünenbesucher, sondern Mitglieder der Versammlung, die ihn auf keine Geschäftsführung aufmerksam machten, zu rügen. Ein von uns gestellter Antrag auf Erhaltung der Arbeitslosenfürsorge und Ablehnung jeder Verschlechterung, weil Befassung der

Gemeinden, wurde angenommen. Die SPD hatte die von uns seit vier Jahren gestellten Anträge nochmals unter ihrer Firma übernommen, um der Öffentlichkeit zu zeigen, was sie doch für tüchtige Kerle sind. So verlangten sie den Bau verschiedener sozialer Anlagen in Neukölln, die bis jetzt von Berlin stets gestrichen worden waren. Genosse Krndt erklärte im Namen der Fraktion sein Einverständnis mit dem Antrage, erinnerte die Kommunisten aber daran, daß wir wohl solche Anträge gestellt, sie aber soviel „Interesse“ in den letzten vier Jahren gezeigt haben, daß an der Staatsberatung des Jugendamts in den Jahren 1928 und 1929 nicht ein einziges Mitglied des Verwaltungsausschusses teilgenommen hat. Diese Feststellung ging ihnen so an die Nieren, daß gleich zwei Mitglieder ihrer Fraktion diesen einzig dastehenden Vorgang abstreifen mußten. Aber es half alles nichts! Noch einmal stellte Genosse Krndt die protokollarisch belegte Tatsache fest. Dann gab es noch eine Klarek-Debatte. Stadtrat Genosse Radtke konnte mitteilen, daß die Stadt Neukölln kaum geschädigt sein dürfte. Der Winterbedarf in Werte von 139 000 Mark sei zwar eingekauft, aber von dieser Summe sind 60 000 Mark an die Stadtbank gezahlt, und ein Rest von 39 000 Mark siehe noch offen. Die Versammlung setzte einen Ausschuss von 11 Mitgliedern ein, der prüfen soll, ob das Bezirksamt Schaden erlitten hat.

Kinderhort und Jugendheim wird erbaut

16. Bezirk — Köpenick.

Die außerordentliche Bezirksverordnetenversammlung räumte nach dem in der letzten Sitzung abgedroschelten Kommunistentheater bei der Beratung der Bedarfsnachweisung mit dem Rest der verbliebenen Beratungsgegenstände auf. Der Erwerb von 9533 Quadratmetern forstwirtschaftlichen Geländes um die Kirche in Grünau zu Freifläche bzw. Straßenland wird beschlossen sowie der Kauf des Grundstücks Lindenstr. 38/39 zu Köpenick zwecks Inangriffnahme der Verbindung der Brücke von der Spreestraße nach der Köllnischen Vorstadt zum Preise von 140 000 M. getätigt. Ebenso wurde das Grundstück Waltersdorfer Straße 5 in Bohnsdorf zur Errichtung eines Kinderhortes mit Kindergarten nebst Jugendheim zum Preise von 25 000 M. erworben. Gleichfalls wurde dem Erwerb eines Wiesengrundstücks von 9550 Quadratmetern im Erptal zwecks Vergrößerung des Freiflächengebiets zugestimmt. Ein Antrag unserer Fraktion, aus Vorbehaltsmitteln den notwendigen Betrag für eine behelfsmäßige Wasserzuführung zu dem Sportplatz in Friedrichshagen bereitzustellen, fand einstimmige Annahme. Die kommunistische Fraktion hatte noch einige Renommieranträge gestellt, wie die Ueberweisung von 1000 M. aus Vorbehaltsmitteln an die streikenden Rohrleger zu Händen der Internationalen Arbeiterhilfe, der Protest gegen das Erwerbslosenfürsorgegesetz mit obligaten Anträgen zu Lasten des Bezirkes u. a. m., die nach entschiedener Beleuchtung durch unsere Fraktionsredner und Vertreter des Bezirkesamts Ablehnung und einhachen Uebergang zur Tagesordnung erliefen. Ueberflüssig, ihre gewohnte gemeine demagogische und ausfällige Art der Beschimpfung unserer Partei bei der Begründung ihrer Anträge und Anfragen besonders festzustellen.

Debatte über den Wohnungsbau.

17. Bezirk — Lichtenberg.

Die Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg beschäftigte sich am Mittwoch, dem 2. Oktober, mit dem Haushaltsvoranschlag des Bezirkes für 1930.

Auf eine Anfrage der Fraktion der Mitte teilte Genosse Dr. Siggel mit, daß auch in Lichtenberg die Gebr. Klarek durch Fälschung von Unterschriften sich Kredite bei der Stadtbank verschafft haben, und zwar in der Zeit vom Januar bis Juni in Höhe von 381 000 RM. und im August für 158 000 RM. Ueber die Güte der von den Klareks gelieferten Waren hat der kommunistische Dezernent der Kriegsfürsorgestelle, Stadtrat Torgler, der als Konfektionsfachmann gilt, nach einer Besichtigung des Lagers festgestellt, daß die Ware einwandfrei sei. Bei der folgenden Beschlussfassung über den Bezirkshaushalt, über den Genosse Witke eingehend referiert hatte, wurden sämtliche Uebertragungsanträge der kommunistischen Partei abgelehnt. Dabei veräuserten die Kommunisten nicht, wiederholt Angriffe gegen das Bezirksamt zu richten, die von unseren Genossen Thurm, Siggel und Stimming als völlig unbegründet zurückgewiesen wurden. Zu der Kritik, daß das Bezirksamt Einstellungen nach einseitigen Gesichtspunkten vornehme, stellte Genosse Stimming fest, daß das Bezirksamt Lichtenberg seinen Personalbedarf einzig nur durch den Arbeitsnachweis deckt.

In einer sich entzündenden Debatte über das Wohnungsbauproblem sprachen noch unsere Genossen Krndt, Schubert und Rogay. Der Haushaltsvoranschlag gelangte schließlich gegen die Stimmen der Kommunisten zur Annahme. Wegen der vorgerückten Zeit wurde die Sitzung vertagt.

Wozu soviel Worte?

Sie brauchen gute Kleidung und wollen wenig ausgeben

Wir bieten Ihnen:

beste Stoffe, tadellose Verarbeitung, niedrige Preise

Herbst- und Winter-Mäntel

Ulster M 39.- 48.- 68.- 85.- 98.-

Paletot M 42.- 55.- 72.- 98.- 110.-

Anzüge M 29.- 42.- 62.- 79.- 98.-

Unser alter Ruf als führendes Haus sagt alles!

Esders & Dyckhoff

Vertrauensstraße 8-9

An der Petrikirche

